BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 4 **Köln, 20. April 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Hanfried Lenz – Peter Nellen
Dietrich Ernst Ralle – Franz Rauhut
Hermann Rauschning – Hans Rheinfelder
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert – Heinz Sitta
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Hermann Etzel, „Rapallo — aktuell?"* S. 109
- *Dr. Hermann Rauschning, „Um eine neue amerikanisch-englische Partnerschaft"* S. 114
- *Johannes Weidenheim, „Verloren"* S. 114
- *Peter Nellen, MdB, „Hilft unter dieser Sonne nur beten?"* S. 119
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Vierter Brief an einen Bundestagsabgeordneten"* S. 123
- *Pastor Adolf Schmidt, „In Gottes Namen?"* S. 126
- *Dr. Georg Groeninger, „Die Wiedervereinigung — Angelpunkt der deutschen Politik" (II)* S. 130
- *Dietrich Ernst Ralle, „Kriegsdienstverweigerung — ein Ausnahmerecht?"* S. 130
- *Dr. Heinz Sitta, „Rüstung und Frieden"* S. 136
- *Wirtschaft („Das Vertragswerk von Rom und der binnendeutsche Handel")* S. 139
- *Auslandsberichte („Mexikos Katzenkrieg für Algerien")* S. 141
- *Zeitdokumente (Wortlaut des Appells der deutschen Atomforscher)* S. 143

Dr. Hermann Etzel

Rapallo — aktuell?

Zur fünfunddreißigsten Wiederkehr am 16. April

Zwei Parias

Nach dem ersten Weltkrieg gab es zwei Verfemte, zwei Parias auf Erden: das geschlagene, durch den Vertrag von Versailles territorial verstümmelte, wirtschaftlich und finanziell zerdrückte, politisch gefesselte und militärisch teilweise besetzte Deutschland und das in einer gewaltigen sozialistischen Umwälzung begriffene Rußland. Zum alliierten und assoziierten „Westen" zählte damals auch Japan, nicht mehr aber die Vereinigten Staaten. Woodrow Wilsons Friedensprogramm der Vierzehn Punkte war auf der Pariser Friedenskonferenz geplatzt. Der US-Senat lehnte isolationistisch den Eintritt in den Völkerbund und den mit dessen Satzung gekoppelten Vertrag von Versailles ab. Auch der 1921 zwischen Washington und Berlin geschlossene Sonderfrieden beseitigte die deutsche Diskri-

nierung und Isolierung nicht. Die französisch-britisch-italienische Faust blieb. Gegenüber der im März 1918 durch einen All-Unionskongreß in Moskau aufgerichteten neuen Macht der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik RSFSR — die Einbeziehung von Randgebieten des ehemaligen Zarenreichs, nämlich Weißrußlands, Transkaukasiens und der Ukraine, zum Bundesstaat der nunmehrigen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken UdSSR erfolgte erst im Dezember 1922 — vermochte der Westen, zu dem sich in diesem Falle auch die Vereinigten Staaten gesellten, gar nichts. Sowohl die von ihm organisierten und finanzierten Weißen Armeen der Koltschak, Denikin, Judenitsch und Wrangel wie die besonders von Winston Churchill betriebene Intervention der Ententemächte England, Frankreich, Vereinigte Staaten und Japan scheiterten während der Jahre 1918—1921. Für Deutschland brachten auch die Konferenzen von Boulogne und Spaa (1920), Paris und London (1921) keine Lösung der alles überschattenden Reparationsfrage. Europa und in besonders hohem Maße Deutschland litten unter Arbeitslosigkeit.

Wirtschaftskonferenz von Genua

Abschluß und Ratifizierung des Vertrages von Rapallo

Vor solchem Hintergrund wurde am 10. April 1922 in Genua eine von achtundzwanzig Staaten beschickte allgemeine Wirtschaftskonferenz eröffnet. Sie stand unter dem maßgebenden Einfluß Englands, Frankreichs und Italiens. Deutschland war unter der Kanzlerschaft Dr. Wirths durch den Außenminister Dr. Walter Rathenau, das von Lenin geführte Rußland durch Volkskommissar Tschitscherin vertreten. Dieser versicherte alsbald, sein Land sei bereit, mit allen Mächten, gleich welcher Gesellschaftsordnung, in fruchtbaren Handelsaustausch zu treten. Weiter erklärte er, die russischen Delegierten beabsichtigten, eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen vorzuschlagen und alle Anregungen zu unterstützen, die das Ziel verfolgten, die militärischen Lasten zu erleichtern, unter der Bedingung, daß die Streitkräfte aller Staaten verringert und die Regeln der Kriegsführung durch ein völliges Verbot der barbarischsten Formen ergänzt werden, wie des Luftkriegs und der Anwendung von Giftgasen und von Zerstörungsmitteln, die sich gegen die friedliche Bevölkerung richten.

Während der Konferenz kam es an der norditalienischen Riviera zwischen der deutschen und der russischen Delegation zu Gesprächen, in denen die bereits seit mehreren Monaten zwischen Berlin und Moskau schwebenden Verhandlungen fortgeführt und an Ostern, dem 16. April, mit einem Abkommen, dem Rapallovertrag, abgeschlossen wurden. Die am Tage darauf von dem offiziösen Wolffbüro verbreitete Nachricht rief eine Sensation hervor. Im Lager der alliierten und assoziierten Delegationen herrschte Empörung. Deutschland wurden Eigenmächtigkeit und verschwörerische Geheimdiplomatie vorgeworfen. In kaum noch verhüllten Formen des Drucks und der Einschüchterung richteten mehrere Delegationen an Reichskanzler Wirth sogar das Ansinnen, den Vertrag rückgängig zu machen.

Auf Verleumdung nichtkonformistischer politischer Meinungen ausgehende Propaganda hat es fertiggebracht, daß gerade auch in der Gegenwart wieder der Versuch unternommen wird, den in den russisch-deutschen Abmachungen zum Ausdruck gekommenen Verständigungs- und Friedenswillen als Rapallopolitik und Geist von Rapallo werturteils- und schlagwortmäßig zu kategorisieren und im Sinne eines einseitigen sowjetrussisch-deutschen diplomatischen Zusammenspiels zu denunzieren. Eine unvoreingenommene sachliche Prüfung und Würdigung des Vertragstextes erweist die Haltlosigkeit einer solchen Verdächtigung. Der Reichstag machte sie sich damals nicht zu eigen. Er beschloß am 17. Juli 1922 das „Gesetz über den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo", das nach der mit Zustimmung des Reichsrats geschehenen Verkündung durch den (ursprünglich wegen der alliierten Reaktion zögernden) Reichspräsidenten Ebert und den Reichskanzler Dr. Wirth (Reichsgesetzblatt Teil II, Seite 677) am 23. Juli 1922 in Kraft trat. Die Bestimmungen über die Regelung der durch den Krieg betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen (Artikel 1b) und über die Meistbegünstigung (Artikel 4) hatten auf den Tag des Vertragsabschlusses rückwirkende Kraft.

Deutsch-russischer Vertrag von 1926

Stresemann setzte unbeschadet seiner nun mit Schwerpunkt nach Westen verlagerten

Ausgleichs- und Entspannungsbemühungen die mit Rapallo eingeleitete Verständigungspolitik auch gegenüber dem Osten fort. Noch in Locarno vereinbarte er mit dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der UdSSR, Krestinski, einen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag, den die Partner dann am 24. April 1926 in London unterzeichneten. Der Reichstag stimmte am 19. Juni 1926 zu; die Verkündung durch den Reichspräsidenten Hindenburg und den Außenminister Stresemann erfolgte am 13. Juli 1926 (Reichsgesetzblatt Teil II, Seite 359). Am Tage darauf traten Vertrag und Gesetz in Kraft. Während die Vereinbarung von Rapallo nur den schlichten Vertragstext enthielt, war in dem Abkommen von 1926 in einer Präambel eine Grundsatzerklärung vorangestellt, die ihrer richtungweisenden Bedeutung wegen hierhergesetzt sei. Sie lautet:

Die deutsche Regierung und die Regierung der UdSSR,
von dem Wunsche beseelt, alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens beitragen kann,
und in der Überzeugung, daß das Interesse des deutschen Volkes und der Völker der UdSSR eine stetige vertrauensvolle Zusammenarbeit erfordert,
sind übereingekommen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen besonderen Vertrag zu bekräftigen, und haben zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt usw.

Bedeutung des Vertrages von Rapallo

Der Vertrag von 1922 schuf die Grundlagen für die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland über die Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes. Sein Abschluß war ein Akt und eine Äußerung des guten Willens, der ideologische Unterschiede ausschaltenden Verständigungsbereitschaft und großzügiger Liberalität, eine Dokumentation des Friedens. Er zog die Lehren aus der Geschichte, enthielt den beiderseitigen Verzicht auf Reparationen und beruhte auf den Grundsätzen der vollen Gegenseitigkeit (Artikel 1), der Meistbegünstigung (Artikel 4), des wechselseitigen wirtschaftlichen Entgegenkommens und der beiderseitigen Konsultation (Artikel 5). Rapallo war ein sehr ernsthafter und aufrichtiger Versuch, den Gedanken der Koexistenz zu verwirklichen. Es ging nicht darum, ein politisches und gesellschaftliches System anzuerkennen. Rathenau hat das bei seinem Bericht in Stuttgart kurz vor seinem Tode so ausgedrückt: „Wir haben unseren Frieden geschlossen nicht mit einem System, sondern mit einem Volk, und wir haben ihn geschlossen durch die Menschen, die gegenwärtig dieses Volk vertreten." In das Verhältnis der beiden Staaten zu dritten Ländern griff der Vertrag nicht ein. Er bedeutete keinen Verzicht auf die von der Konferenz in Genua verfolgten allgemeinen europäischen Ziele, hatte also mit Blockpolitik nichts gemein, sondern war geeignet, einen wesentlichen Beitrag zur Befriedung Europas zu leisten. Dafür spricht schon die Tatsache, daß der deutsch-russische Ausgleich gerade während der Konferenz von Genua stattfand, und daß sich durch ihn die deutsche Politik unter Stresemann nicht gehindert sah, sich auf die Locarnopolitik einzulassen und noch bei deren Beginn die in Rapallo eingeleitete deutsch-russische Verständigung im Jahre 1926 fortzuführen und zu entwickeln. Dem niedergebrochenen und niedergetretenen Deutschland wurde so der Weg ins Freie geöffnet. Der russische Verzicht auf Reparationen befreite es von einer großen finanziellen Last. Für Rußland entfiel der berüchtigte Frieden von Brest-Litowsk. Die beschlossene wirtschaftliche Zusammenarbeit brachte Deutschland beträchtliche Vorteile; seine Ausfuhr nach der Sowjetunion nahm rasch zu. Sie betrug (in Millionen Mark):

	1923	1925	1928	1930	1931
insgesamt	73	250	403	431	763
Rohstoffe	16	29	61	52	75
Fertigerzeugnisse	57	204	339	367	674

Der deutsch-russische Handel war also gerade auch in der Zeit der 1929 ausbrechenden Weltwirtschaftskrise eine starke Stütze der deutschen Wirtschaft. Der Berliner Börsenkurier schrieb am 7. Juli 1932: „Die deutsche Eisenindustrie lebt ausschließlich von Rußlandaufträgen." Nicht weniger als dreißig Prozent seiner Produktion in Werkzeugmaschinen und zwanzig Prozent seiner elektrotechnischen Erzeugung konnte Deutschland während der Jahre der Weltwirtschaftskrise laufend nach der Sowjetunion ausführen. Die alliierte Unterstellung, dem Rapallovertrag sei ein geheimes Militärabkommen an-

gegliedert, war unbeweisbar. Reichskanzler Wirth hat sie vor dem Reichstag feierlich zurückgewiesen und in aller Form dementiert.

Der Artikel 1 des unter Hindenburg-Stresemann auf fünf Jahre abgeschlossenen Freundschafts- und Neutralitätsvertrags von 1926 bestätigte und bekräftigte den Vertrag von Rapallo als „die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion" und gelobte, daß die beiden Regierungen „in freundschaftlicher Fühlung miteinander verbunden bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen".

Locarno

Stresemann — Briand

Es mag nützlich sein, zu untersuchen, ob und warum Locarno im weiteren Verlaufe das mit Rapallo so verheißungsvoll inaugurierte deutsch-russische Einvernehmen untergraben und den Weg für die dann folgende unglückliche Entwicklung der deutschen Politik bereitet hat. Auch Stresemann erstrebte ein Europa und suchte vor allem die Aussöhnung mit Frankreich. Der einstige nationalistische Anwalt des Annexionismus, der schwarzweißrote Bewunderer Ludendorffs, der Zauderer im Umsturzversuch der Kapp und Lüttwitz erlebte sein Damaskus. Er wurde Verständigungs-, Versöhnungs-, Erfüllungspolitiker. So beendete er während seiner hunderttägigen Kanzlerschaft den passiven Widerstand im Ruhrkampf, glaubte 1924 die Alliierten durch die Kommerzialisierung der Reparationen in dem die deutsche Wirtschafts- und Finanzkraft überfordernden Dawesplan befriedigen und gewinnen zu können, schloß 1925 unter britischer und italienischer Garantie den Locarnopakt mit Frankreich und Belgien, führte 1926 Deutschland in den Völkerbund und erwirkte 1929 durch die Annahme des Youngplanes die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes. In seiner Sucht, die Aussöhnung und Freundschaft mit Frankreich zu erreichen, geriet er, der Realpolitiker, bis an die Grenzen einer fixen Idee. Er verkannte die Mentalität dieses Landes, aber auch die Berufung Aristide Briands, mit dem er 1926 in Thoiry ein berühmt gewordenes Gespräch hatte. Er mußte wissen, daß Briand, dieser vermeintlich realistische, scharfsinnige Politiker, eine zwar redliche, vielleicht sogar idealistische, aber eben Illusionen zugängliche Natur, ein Lyriker auf der erbarmungslosen Tribüne der Politik war und kaum legitimiert sein konnte, für das Frankreich Raymond Poincarés verbindlich zu sprechen. Auch Briand war Europäer, der für eine engere Verbindung und Zusammenarbeit der europäischen Staaten eintrat. Aber er war kein Kleineuropäer. In Gegenüberstellung zu den heutigen kleineuropäischen Illusionären der sechs Messinamächte, die, in ihren Ideen der ideologischen und machtpolitischen Spaltungen und Blockbildungen entrückt, das nationalstaatliche und universalistische Denken immer mehr verlernt haben, erscheint er geradezu als Realpolitiker.

Ebensowenig war Stresemann ursprünglich exklusiv westlicher Kleineuropäer. Das bewies schon sein russisch-deutscher Vertrag von 1926. Aber unversehens glitt seine Politik immer mehr in die Strömung einer überwiegend westlichen Orientierung. Auch wirtschaftlich und finanziell. Das Jahr 1929 des Youngplanes war dasselbe, in dem die Weltwirtschaftskrise von Amerika aus hervorbrach und Deutschland bis in die Grundfesten erschütterte. Über Nacht sah es sich der neun Milliarden täglich fälliger Gelder aus dem Westen beraubt, die es mittel- und langfristig verwendet hatte. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit bereitete den Boden für die nationalsozialistische Usurpation und Katastrophe.

Der Westen hat den guten Willen der Weimarer Republik nicht honoriert. Er ermutigte sie und ihre Regierungen nicht. Er versagte ihnen so vieles, was er später dem Tyrannen als präsumptivem Sturmbock gegen den Osten so freigebig und wohlwollend in den Schoß warf, daß sich die Hybris seiner bemächtigte.

Geist von Rapallo und Aufgabe der Gegenwart

Gewiß ist heute die internationale Lage gegenüber den Jahren 1922 und 1926 umstürzend verändert, und praktische Folgerungen aus einer früheren politischen Phase können nicht immer ohne weiteres auf die Gegenwart übertragen werden. Aber die Grundgedanken von Rapallo sind allgemein und endgültig. Es sind die Ideen des unteilbaren Friedens, der völkerversöhnenden Verständigung, der ideologischen Unterschiede hintansetzenden Universalität. Es sind die Grundsätze, wie sie erstmals auch im chinesisch-tibetanischen Vertrag aufgestellt und von den Mächten der Bandungkonferenz übernommen worden sind. Sie erfordern, einseitige politische und wirtschaftliche Bindungen und militante Block-

bildungen abzuweisen. Das ist der Geist von Rapallo. Es ist zu wünschen, daß sich die westdeutsche Politik von ihm bei den jetzt noch erst zögernd und zurückhaltend unternommenen Anfängen einer wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion umwehen und erleuchten läßt und daß entsprechende Kontakte zur Aufnahme formeller Beziehungen zu anderen Staaten das Ostblocks folgen. Dazu bedarf es der Verschrottung jener am 8. und 9. Dezember 1955 ausgestoßenen Erklärungen der diplomatischen und konsularischen Verweigerung gegenüber den Staaten des Ostblocks und der diplomatischen und konsularischen Boykottierung derjenigen Länder, die sich unterstehen sollten, die DDR anzuerkennen. Der Bundeswirtschaftsminister ist Schirmherr einer deutschen Industrieausstellung, die in Kairo stattfindet. Entgegen seinen wiederholten Zusagen durfte er aber von Kabinetts wegen nicht zur Eröffnung reisen, nur damit nicht in London und Paris der Eindruck erweckt wird, als wolle Bonn in Ägypten die bisher gezeigte westliche Solidarität verletzen. Das sind verderbliche Selbstschüsse, die die westdeutsche Politik gegen sich richtet.

Der notwendigen Universalisierung der westdeutschen Politik, ihrer Lösung aus den stickigen ideologischen Verstrickungen und ihrer Herausführung in die frische, blockfreie Luft der Welt ist schlecht gedient, wenn die Bundesregierung entgegen ernsten Bedenken und Widerständen im In- und Ausland zusammen mit fünf anderen Ländern in einen neuen Pferch wirtschaftlicher Inzucht flüchten, sich in ein, wie Wirtschaftsminister Erhard es ausdrückt, nach außen abgeschirmtes, gepanzertes Automobil mit überdimensionalen Bremsen und unterentwickeltem Motor, den Gemeinsamen Markt und atomaren Verbund des Euratoms, einsperren will, statt die überfällige Selbstbefreiung zu vollziehen. Das deutsche Schicksal ist in der Universalität seiner Stellung sicherer gegründet als auf saharischem Sand.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in Westdeutschland nehmen, nicht nur als Folge der Vorbereitungen zum Wahlkampf, immer stärker fieberige Züge an. Die Schwierigkeiten vermehren sich in jedem Betracht. Die Lohn-Preis-Spirale, durch eine maßlos aufgeblähte Ausfuhr und eine trotz aller angeblichen Liberalisierung gedrosselte Einfuhr, eine in Zeitmaß und Umfang übertriebene, aus den Preisen finanzierte Investition, eine kostspielige Aufrüstung und einen unersättlichen Materialismus in Gang gesetzt, dreht sich unaufhaltsam weiter. Die westdeutsche Welt scheint in einem rasenden Rock'n Roll entfesselt. „Veitstanz auf dem Vulkan" nennt Erhard diesen Zustand. Alarm-, ja Kassandrarufe verkünden trotz des Vorhandenseins eines monetären, aus Gold und Devisen bestehenden Milliardenschatzes in wachsender Zahl und Lautstärke die Gefährdung der Währung. Sie erreichen das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung. Sie erschüttern erst recht das Vertrauen in die Währung, lähmen den Sparwillen, beschleunigen die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und setzen den Kapitalmarkt außer Funktion. In der Verzweiflung über die Tendenz der Preisentwicklung droht der Wirtschaftsminister die Anwendung brutaler Gewalt gegen weiteren Preisauftrieb an.

In einer derartigen Lage muß eine wohlverstandene westdeutsche Politik darauf sinnen, die Wirtschaftsbeziehungen zum Osten, vorab zur Sowjetunion, umfassend und großzügig, ohne politische Bedingungen, ausbauen. Die beiderseitigen Volkswirtschaften ergänzen sich. Die Ausfuhr nach Rußland verlangt und verursacht, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Handelsbeziehungen, keinen das kapitalschwache Westdeutschland schwer belastenden Kapitalexport. Der Entschluß zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ist der sicherste Weg, die bedrohte westdeutsche Währung zu schützen. Der chinesisch-britische Handelsausschuß, dem alle Spitzenverbände der britischen Wirtschaft angehören, hat soeben die Aufhebung des über China verhängten westlichen Embargos, auch des strategischen, gefordert. Ebensowenig sollte die Bundesrepublik die noch gegen die Sowjetunion bestehenden Handelsverbote länger hinnehmen. Auch das deutsche Hauptanliegen, die Wiedervereinigung, erheischt eine solche Entwicklung gebieterisch Sie trüge dazu bei, die Verkrampfungen der durch NATO, Aufrüstung, strategisches Embargo, Militärseelsorgeverträge und unbedachte Äußerungen des Bonner Außenministers genügend erschwerten Lage zu mildern.

Die Besinnung auf die deutsch-russischen Verträge von 1922 und 1926 und ihre wegen der seinerzeitigen innerdeutschen Entwicklungen keineswegs voll ausgenützten Möglichkeiten ist zeitgemäß. In diesem Sinne ist der „Geist von Rapallo" aktuell. Er ist eine hochaktuelle Mahnung. (Abgeschlossen am 11. März 1957)

Dr. Hermann Rauschning

Um eine neue amerikanisch-englische politische Partnerschaft

Die linke Hand nicht wissen lassen, was die rechte tut, mag im moralischen Sektor der Wohltätigkeit empfehlenswert sein, auf dem Gebiet der Politik ist es von zweifelhaftem Wert. Eine ähnliche Erkenntnis mag die durchklingende Grundmelodie bei den Unterhaltungen zwischen Präsident Eisenhower und dem britischen Premierminister Macmillan auf den Bermudas gewesen sein. Es wäre indessen verkehrt, anzunehmen, es habe sich dabei um so etwas wie einen Canossagang des britischen Staatsmannes gehandelt. Die Unterhaltungen vermieden es, auf die früher „verschüttete Milch" zurückzukommen. England kam als gleichberechtigter Vertreter einer eigenen Politik. Es ging nicht um eine sentimentale Wiederversöhnung zeitweise entfremdeter Freunde, sondern um die nüchterne Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine neue Partnerschaft der beiden Mächte künftig wieder möglich sei. Dabei waren die Oberflächenprobleme — Suezkanal, Gazastreifen und Bagdadpakt — nur Randfragen.

Die Verstimmung Englands sitzt viel tiefer als die schnell aufgeflammte, aber bereits erloschene Entrüstung der amerikanischen öffentlichen Meinung über die engliche „Gewaltpolitik". Ob gerechtfertigt oder nicht, in England ist offenbar die Ansicht weit verbreitet, daß Eden das Opfer von amerikanischen halben Zusicherungen, Hinhaltungen, Vertröstungen geworden sei, die die Außenpolitik der Vereinigten Staaten zur Zeit charakterisieren. Die Konferenz müßte daher zu positiveren als den bisher üblichen vagen Linien einer gemeinsamen außenpolitischen Konzeption führen, die bisher das Fundament der „Partnerschaft" bildete, um als Erfolg gebucht zu werden. Mit dem, was in England als die „Eden-Tragödie" bezeichnet wird, und die nicht noch einmal wiederholen zu müssen offenbar einer der Hauptpunkte Macmillans war, ging das Vertrauensverhältnis persönlicher Art zu Ende, das zwischen Churchill und Roosevelt bestanden hatte und stillschweigend von den Nachfolgern fortgesetzt worden war, als ob es gleichsam vererbbar sei. Was nunmehr notwendig ist, wenn anders die Achse des westlichen Bündnissystems verläßlich sein soll, ist die Festlegung auf eine gemeinsame Außenpolitik, die keine Möglichkeiten zu Mißinterpretationen, keine Unklarheiten über Ziele und Methoden und vor allem keine Zweideutigkeiten zuläßt.

Ist das möglich? Die Grundlegung einer gemeinsamen Politik zweier so komplexer und verschiedenartiger Staatsgebilde, wie es die Vereinigten Staaten und das Britische Gemeinwesen sind, ist in jedem Fall schwierig. Sie wird zu einer Unmöglichkeit, wenn einer der Partner oder am Ende gar beide selbst noch im Zweifel über die im eigenen Interesse notwendige Politik sind. In diesem Falle wird es beiden Staatsmännern als das Zweck-

„Verloren"

Wir alle kennen die von Uhland gedichtete schöne Legende, wonach Jesus Christus auf einem seiner Wege durch das Land scheinbar versehentlich und mit stillem Vergnügen Kirsche um Kirsche aus dem Ärmel verlor und Petrus sich jedesmal flugs danach bückte, nachdem er eine Stunde zuvor zu stolz gewesen war, das halbe Hufeisen aufzuheben, für welches der Herr — der es dann selber aufgehoben — die saftigen Früchte eingehandelt hatte.

Und wir kennen seit einigen Tagen die schaurige Meldung, wonach britische Streitkräfte in der Lüneburger Heide einen bleistiftförmigen Metallbolzen verloren haben, der zuerst als Teil eines medizinischen Gerätes, dann als Meßgerät für Radioaktivität — und natürlich nicht als Waffe — bezeichnet und vor dessen Berühren jedermann hektisch gewarnt wurde, weil er tödliche Strahlen aussendendes Kobalt enthalte — ja, es hieß, schon eine Annäherung an den unheimlichen, geheimnisvollen Gegenstand auf weniger als hundert Meter könne lebensgefährlich sein.

Das Erste — ein Stück Leben — spielte sich in einer recht wilden Gegend und zu einer Zeit ab, als das Licht der Bildung erst ganz wenigen Menschen leuchtete, das Zweite — ein Stück Tod — im christlichen Abendland, in der Zeit der Allgemeinen Schul-

mäßige erscheinen, zunächst getrennt zu marschieren, um gegebenenfalls „vereint zu schlagen". Die englische Politik ist unter Umständen in der Lage und vielleicht sogar gewillt, eine sehr selbständige Linie zu verfolgen, obwohl die gescheiterte ägyptische Aktion scheinbar die eng begrenzten Möglichkeiten Englands demonstriert hat. Eine solche eigene Linie könnte der Entschluß Englands sein, das Britische Commonwealth als den Rahmen einer „Dritten Macht" zu entwickeln, mit allem, was dieser Begriff einschließt, die westeuropäischen Nationen darin einzubeziehen und das große, erst teilweise erschlossene Ländermassiv Afrikas als zentrale Bastion auszubauen. Es sei dahingestellt, ob eine solche Politik ohne amerikanische Hilfe oder mindestens wohlwollende Toleranz möglich sei. Zweifelhafter noch ist die von verschiedener Seite angeregte Wiederaufnahme jenes radikalen Churchillschen Vorschlages von 1940: eine staatliche Fusion Englands mit Frankreich. Weniger phantastisch erscheint dagegen die Möglichkeit eines Rückzuges Englands auf eine neutrale Position. Die für so etwas besonders empfängliche Spürnase des „New York Herald Tribune" malt bereits den Teufel an die Wand, indem es verlauten läßt, daß die stärkste Bedrohung gegen das bisherige Sicherungssystem in Europa aus der Allianz der Westmächte selbst, in Gestalt des Neutralismus, kommen könnte. Womit gewiß nicht die Politik der Bundesrepublik gemeint ist.

Macmillans Position bei dem Bermudagespräch war somit keineswegs ausschließlich die eines Hilfesuchenden. Den stärksten Schatten, von dem die gängige optimistische Berichterstattung kaum etwas spürte, warf indessen nicht die Möglichkeit einer selbständigen englischen Politik, sondern die Edentragödie. Sie hat zwei Seiten. Die eine liegt auf der Hand. Eden hat sich offenbar durch vage Andeutungen politischer Möglichkeiten und Hoffnungen für berechtigt gehalten, im Nahen Osten eine „Politik der Stärke" führen zu können, mit der stillschweigenden Zulassung und nachträglichen Billigung der Vereinigten Staaten, denen er solcherweise das Odium einer Hilfestellung für eine „kolonialistische Politik" ersparte. Die Bevorzugung der „Vereinigten Nationen" durch Amerika statt der Bundestreue zu dem alten Partner England ist vermutlich die als möglich nicht erwogene Überraschung gewesen. Die andere Seite der Edentragödie reicht tiefer in die Problematik der Weltlage hinab. Es ist die eigentliche persönliche Tragik eines Politikers „guten Willens" — wenn man schon diesen Ausdruck Roosevelts in seiner Unbestimmbarkeit anwenden darf — der nach einer viele Jahre verfolgten Politik diese als eine Illusion glaubt beiseitewerfen zu sollen.

Edens Politik kreiste um zwei Brennpunkte: um eine starke, handlungsfähige Gesellschaft der Nationen, als Fundament eines dauerhaften Friedens, und um die Hoffnung, daß der Bolschewismus, dem Prozeß einer immanenten Folgerichtigkeit nachgebend, in einer rationalen Evolution zu einem verläßlichen Partner eines Weltgemeinwesens werden und seine weltrevolutionären Bestrebungen aufgeben würde. In beiden Punkten fühlte er seine Politik als gescheitert. Der langjährige Minister für Völkerbundsangelegenheiten im britischen Kabinett, und als solcher der gewandte und nie um eine Einigungs-

---

pflicht und höchstwahrscheinlich in einem Augenblick, als soundsoviel Pfarrer, Lehrer, Diakone und CDU-Politiker just wieder vom Christentum redeten.

Oder redeten sie gerade von der Freiheit? Von jener Freiheit, die der Apostel Petrus nicht hatte; denn er mußte sich demütigen und seine Knie nach den nichtigen Kirschen beugen — nach diesem kleinen Ausdruck göttlicher Weisheit —, es blieb ihm gar nichts anderes übrig; allein schon der Anblick des Rückens seines Meisters — hinter dem sich alles zutrug — genügte, seine Hoffart zu brechen — und von der Freiheit, die wir uns nehmen: denn wir sind fähig, allen unseren Idolen und Propheten keck in die Augen zu blicken und dennoch zu freveln.

Das zwanglose und frevelhafte Verteilen von Spaltmaterial — der Name sagt nicht alles — über den kleinen Planeten Erde ist in vollem Gange. Teils geschieht es noch wohlorganisiert, teils schon, wie Figura zeigt, aus Versehen — so ähnlich, wie in der Vorstellung von Kindern der Osterhase im Vorbeihoppeln mal hier, mal dort im Garten ein buntes Ei fallen läßt. Und während am Ostermorgen auch dieses Jahr wieder von abertausend Altären und Kanzeln das Lob der Auferstehung wiederholt wird, bereitet das entfesselte Bleichgesicht wider besseres Wissen die phantastischste

formel verlegene internationale „Berichterstatter" z. B. der immer neuen Danziger Beschwerden gegen Polen, wurde tief skeptisch gegenüber den Möglichkeiten eines neuen Völkerbundes, der so offensichtlich derselben inneren Dialektik zum Opfer fällt wie der alte Genfer Völkerbund. Tiefer noch mag die Enttäuschung über die so lange gehegte Erwartung einer rationalen Evolution des Bolschewismus gewesen sein — ob zu Recht oder Unrecht, sei hier nicht untersucht. Sie hat vermutlich den Anlaß zu dem „Absprung" aus der bisherigen evolutionistischen in eine aktivistische Politik gegeben, in der Erkenntnis, daß nach der Niederringung der nationalsozialistischen und faschistischen Bedrohung eine allerletzte Auseinandersetzung mit dem Kommunismus notwendig sei. Mit der Unsicherheit und taktischen Ungeschicklichkeit, die selbst den erfahrenen Politiker befallen, wenn er sich in einer bisher ungewohnten Wegrichtung bewegt, wurde dann der ägyptische Feldzug zur ungeeigneten Zeit mit unzulänglichen Mitteln improvisiert.

Wird Edens Skepsis und Desillusionierung von Macmillan geteilt, und fordert er eine von der Rücksichtnahme auf die Vereinigten Staaten unabhängige aktive Außenpolitik? Oder ist England bereit, die amerikanische Politik zu unterstützen, wenn die Vereinigten Staaten in den für England wichtigen Positionen den englischen Standpunkt akzeptieren? England hält eine Druckerleichterung im Fernen Osten mit dem Fortfall des Waren-Embargos gegen China für lebensnotwendig und ein politisches Nachgeben für wünschenswert. Dagegen ist es im Nahen Osten zu keinem Kompromiß bereit, weil es sich hier um eine für England schlechterdings lebenswichtige Position handelt. In Europa selbst bevorzugt England eine hinhaltende Politik des status quo, in der Überzeugung, daß die Entwicklung automatisch in der Richtung einer fortschreitenden Erweichung der Beziehungen der osteuropäischen Staaten zu Sowjetrußland verläuft, so daß hier die alte britische Regel „to wait and see" am Platze sei. Wirklich entscheidend für die künftige Entwicklung ist jedoch die Frage, ob der neue englische Premierminister die pessimistische Ansicht Edens teilt, daß die Entwicklung unaufhaltsam der Klimax einer letzten Entscheidung über die politische Gestalt der Welt entgegengeht.

In England gewinnt scheinbar in einflußreichen Kreisen die Überzeugung die Oberhand, daß Sowjetrußland nicht allein durch den ungarischen Aufstand „das Gesicht verloren" habe, sondern auch am Rande des Zusammenbruches stünde. Solcherweise interpretiert z. B. auch „Intelligence Digest" von Kenneth de Courcy die Lage. Er findet die UdSSR an der Schwelle der ersten Stationen zum Kollaps. Wie immer Moskau zu handeln beschließe: es sei zum Untergang verurteilt. Seine einzige Hoffnung bestünde darin, daß der Westen überredet werden könnte, Geschenke auszuteilen (wie etwa England dem nationalsozialistischen Deutschland in München). Sowjetrußland habe eine „absolute und totale" Rückzahlung alles von Millionen in Osteuropa Erlittenen zu gewärtigen. Man brauchte solche Äußerungen nicht ernst zu nehmen, wenn sie nicht mit Verlautbarungen des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles übereinstimmten, mit denen man die Geburt der amerikanischen „Neuen Politik" in Verbindung bringen muß. Sie wurden in

---

Weltnacht vor — als könne es vor lauter Zivilisationslangeweile das Jüngste Gericht kaum noch erwarten. Und wenn nichts geschieht, wird es auf der Erde sein, wie der Dichter Lenau schon von hundert Jahren sang: „Der Himmel ließ, nachsinnend seiner Trauer, die Sonne lässig fallen aus der Hand . . ."

Wenn nichts geschieht. Aber vielleicht geschieht etwas. Die Millionen Menschen in aller Welt, um deren Leben es geht, beginnen zu merken, daß die dümmsten, schnauzbärtigsten Säbelraßler in ihrer Geschichte vergleichsweise bedeutend harmloser waren, als es nun dieses kaltschnäuzige Spielen und Experimentieren mit künstlicher Sonnenenergie ist. Vor Monaten schwiegen sie noch; heute schweigen sie nicht mehr. Ihre Unruhe ist allgemein, ihre Lust am Dasein radioaktiv getrübt. Noch eine Zeit, und sie werden handeln. Vorausgesetzt natürlich, sie machen sich in großem Maße die Erkenntnis zu eigen, daß alle Fragen und Probleme unserer Welt, aber auch alle — auch die Frage nach der Libertät — hinter die Frage nach dem L e b e n zurückzutreten haben. Solange d a s nicht heraussprингt aus aller unserer Philosophie, sind wir keine Christen, sondern verloren. Und was wir dann auch in die Hand nehmen mögen, es wird verdorren unter unseren Fingern. Selbst die große Idee der Freiheit.

Johannes Weidenheim

jener denkwürdigen NATO-Konferenz im Pariser Palais Chaillot im Dezember v. J. getan, als Dulles seine alttestamentarisch prophetische Rede gegen die „Gewaltherrschaft der Sowjets" hielt, die in „voller Auflösung" seien. Die Macht rinne den Gewaltherrschern zwischen ihren in Wut und Verzweiflung geballten Fäusten davon. Ihre Panzer würden eines Tages Halt machen, ihre Kanonen würden sich gegen die richten, die jetzt noch die Befehle zum Schießen geben. (Der Verfasser muß dabei unwillkürlich an die Worte denken, die ihm ein deutscher Widerstandskämpfer, Dr. Pechel, der Herausgeber der „Deutschen Rundschau", im Frühsommer 1939 in London zurief: „Ran an die Mobilmachung! Das ist die einzige Möglichkeit, den Kerl (Hitler) loszuwerden!" Alles sei vorbereitet, die Gewehre würden „nach hinten losgehen". Nun, sie gingen nicht nach hinten los; sie wurden erst 1945 nach dem bisher blutigsten Krieg niedergeworfen.) Die Frage, die sich bei dieser Übereinstimmung erhebt, ist für die Zukunft eintscheidend. Liegt hier ein verbindendes Element in einer neuen Partnerschaft zwischen USA und England?

Foster Dulles ist nicht der einzige, der in den Vereinigten Staaten den Gang der Außenpolitik bestimmt. Die amerikanische Kritik an der „Eisenhower-Doktrin" ist eher im Wachsen als im Abnehmen, obwohl der Senat sie gebilligt hat. Wayne Morse z. B., der demokratische Senator für Oregon, sieht voraus, daß sich die Lage im Nahen Osten durch die neue amerikanische Politik verschlechtern werde. Sie führe das Land in eine Tragödie. Kritisch sind auch solche Kommentatoren wie Dorothy Thompson und Walter Lippmann. Eine definitive, eine klare und konsequente Politik wird von anderen Politikern als der „Schlüssel zur Situation" und zu einer möglichen Lösung gehalten. Eine solche definitive Politik könnte Rücksichtnahme auf die arabische Neutralität im kalten Krieg, Anerkennung der lokalen nationalen Aspirationen, Respekt für den arabischen Wunsch nach einer „gewissen Einheit" zusichern, vorausgesetzt, es würden bestimmte Linien gezogen, daß solche Bestrebungen nicht die Lebensinteressen des Westens in diesem Gebiet in Gefahr brächten. Schwerer ins Gewicht fallen die Warnungen, die ein Spitzenberichterstatter, einer der Brüder Alsop, in einer Reihe von Artikeln gab, Sowjetrußland beileibe nicht zu unterschätzen. Die Sowjetunion sei weder ein Regime im Stile des bekannten Zukunftsromans „1984" noch eine „Bananen-Republik". In Washington habe man bisher die Sowjetunion im Bilde des „Großen Bruders" jenes Romans gesehen. Neuerdings sei es „fashionable", sie sich als zentralamerikanische Bananenrepublik vorzustellen. In Wirklichkeit sei die UdSSR die Form einer menschlichen Gesellschaft, die vielleicht nicht besonders nett, immerhin aber eine wirkliche menschliche Gesellschaft sei mit ihren eigenen Problemen und eine in den meisten Beziehungen s t a r k e G e s e l l s c h a f t, die durch ihre Probleme nicht so leicht aus ihrer Bahn geworfen würde. Nichts sei gefährlicher, als die Militär- und Industriemacht der Sowjets zu unterschätzen. Das Potential beider sei noch im Wachsen. Zwar sei es den Sowjets nicht gelungen, den neuen Sowjet-Menschen zu schaffen. Dafür sei aber der Sowjeterfolg unzweifelhaft, eine hochentwickelte Industrie-Gesellschaft entwickelt zu haben, die, technisch hervorragend, ein Sozialprodukt liefere, das nur von dem der Vereinigten Staaten übertroffen werde. Der andere Bruder, Stewart Alsop, macht dazu in einem Artikel, der sich gegen neuerliche Tendenzen einer geringeren Einschätzung der Sowjetfliegerwaffe wendet, die betrübte Bemerkung: das politische Nachrichtenwesen sollte wohl die Politik mitbestimmen, aber Politik sollte nicht das Nachrichtenwesen bestimmen wollen, das zu melden, was zuhause den meisten Ohren lieblich klänge.

Am schwersten wiegt indessen wohl der Einwand: kann man die Dullesschen Äußerungen im Palais Chaillot ernst nehmen? Kann man überhaupt Äußerungen von Dulles noch beim Wort nehmen? Ist die amerikanische Politik unter ihm nicht zu einem so komplizierten und in sich widerspruchsvollen Unterfangen geworden, daß sich beim besten Willen niemand mehr auskennt, was wirkliche politische Absichten, was nur Winkelzüge im sogenannten „psychologischen Krieg" sind? Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, ob die viel beschrieene „Eisenhower-Doktrin" nur als ein Auskunftsmittel zu bewerten sei, um das durch den Rückzug Englands aus dem Nahen Osten dort entstandene Machtvakuum auszufüllen, oder ob dahinter weiterreichende Pläne stecken. Ist sie nur die vorläufige Fassung einer künftigen „Universal-Doktrin", von der Dulles in dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten sprach? Und was ist das Ziel einer solchen? Jeder kommunistischen Aktion, wo immer sie auf dem Erdenrund geschehen sollte, mit Waffen

entgegenzutreten? Oder soll und kann dem geplanten System einer globalen amerikanischen Sicherungsverpflichtung die antikommunistische Spitze genommen werden, so daß schließlich und endlich sogar die Sowjets in dieses System aufgenommen werden könnten? Beides kann man aus Andeutungen, Winken und unverbindlichen Äußerungen herauslesen; aber das eine wäre die Isolierung der kommunistischen Staaten, der Schlußstein der Einkreisung, das andere könnte zu einem allgemeinen Sicherungssystem, einem „system of checks and balances" im Weltmachtstabe führen. Auch weiß niemand zu sagen, was es mit der neuerdings so in den Vordergrund gerückten „Befreiungspolitik" anderer Nationen auf sich habe. Der amerikanischen Politik habe es an einer geeigneten Konzeption gemangelt, bemerkt z. B. „Life", um sofort richtig zu reagieren und handeln zu können, wenn solche Ereignisse wie in Ungarn eintreten. Welche Bedeutung hat die neuerdings so in den Vordergrund gerückte Idee der Neutralisierung, die sich in den Vereinigten Staaten gegenwärtig eines solchen Ansehens erfreut, daß sich der Außenminister der deutschen Bundesrepublik in New York vor dem Presseklub ausdrücklich dagegen verwahren mußte? Man könnte eine lange Liste von Widersprüchen aufstellen und stünde vor der unbeantworteten Frage: was steckt hinter diesem Gewoge von sich gegenseitig aufhebenden politischen Zielen, Konzeptionen, taktischen Mitteln? Was ist der rote Faden in diesem Seil, das sich die modernen Nornen in unserer Götterdämmerungszeit in ihrem dunklen Singsang zuwerfen? Ist das der mit Geduld und Beharrlichkeit verfolgte Plan eines auch die kommunistischen Staatswesen als gleichrangige Partner mit einbeziehenden Weltgemeinwesens, in der Zuversicht, das Ziel auf dem Wege rationaler Evolution ohne nochmaligen Krieg erreichen zu können? Oder ist es der Entschluß, mit einer solchen Entwicklung nicht mehr rechnen zu sollen, sondern sich für die unvermeidliche gewaltsame Klimax einer endgültigen Entscheidung zu wappnen, wer der künftigen Welt den Stempel aufdrücken dürfe? Man kann sich nicht damit vertrösten lassen, es gelte, das erste zwar zu versuchen, aber sich auf das zweite vorzubereiten, für den Fall, daß jenes mißlänge. Es geht um die Priorität der politischen Ziele, nicht um die der taktischen Mittel. Daß jeder der Prätendenten für die Krone eines künftigen Weltmonarchen die risikoarmen Mittel politischen Druckes vor solchen militärischer Gewalt bevorzugt, versteht sich von selbst.

Die Unsicherheit der öffentlichen Meinung im Westen über die eigentlichen Ziele ihrer eigenen Politik ist nicht geringer als die über die Ziele der Gegner. Sie ist auf die Dauer untragbar. Worauf soll sich der Zeitgenosse vorbereiten? Auf die Fortdauer des kalten Krieges, auf ein Kompromiß mit den Sowjets, oder auf einen letzten Krieg, um alle künftigen Kriege unmöglich zu machen, „war to end the war", wie die Formel im ersten Weltkrieg lautete? „Intelligence Digest" registriert in England die Meinung: die Mehrzahl sei geneigt, anzunehmen, Sowjetrußland könne ohne allgemeinen Krieg zum Rückzug gezwungen werden. Eine Minderheit glaube, Rußland werde eher kämpfen als sich zurückziehen. Einige, das heißt eine nur geringe Zahl von Außenseitern, halte die Lage für geeignet, mit den Sowjets zu Vereinbarungen zu kommen. Man wird für Amerika nicht versuchen können, ein ähnliches summarisches Bild zu entwerfen. Man kann hier nur feststellen, daß die öffentliche Meinung zur Zeit völlig desorientiert ist. Niemand ist imstande, hinter dem mysteriösen Halbreden und Halbverschweigen das zu entdecken, was denn eigentlich gespielt werde.

Die englische Politik, bisher bekannt für ihre Neigung zum „muddling through", dem praktisch-pragmatischen Hindurchwursteln durch die Tagesprobleme ohne eine feste Konzeption, wenn auch mit einigen festen unverrückbaren Richtungspunkten, bedarf in der gegenwärtigen Lage der Nation einer klaren politischen Linie. Sie steht vor einer Entscheidung, die für lange Zeit die künftige Lebenslinie sein wird. Die amerikanische Außenpolitik scheint dagegen in der Gebrochenheit ihrer Linie einen Vorzug statt einen Mangel zu sehen. Sie läßt sich von den widersprechendsten Impulsen der verschiedenen Meinungsgruppen nach allen Himmelsrichtungen vorwärtsstoßen und versucht, es möglichst allen recht zu tun, um sie an der Strippe zu halten. Sie muß ihre eigentlichen politischen Absichten nicht allein vor den gegnerischen Mächten verschleiern; sie muß sie auch der eigenen Nation gegenüber in einem wohltätigen Dunkel lassen, das jeder Gruppe zu denken erlaubt, ihren besonderen Tendenzen würde dabei voll Rechnung getragen. So weiß im Grunde heute niemand, was die amerikanische Außenpolitik wirklich ist und

will. Böse Zungen behaupten, daß selbst John Foster Dulles es nicht wisse. Womit gar nichts Kränkendes ausgesagt wäre. Denn es entspricht der Neigung Amerikas zum reinen Pragmatismus, und nicht allein der Rücksicht auf die Meinung verschiedener politischer Gruppen, nach allen Seiten hin mit den verschiedensten politischen Konzeptionen vorzustoßen, um schließlich diejenige Linie weiterzuverfolgen, die sich als erfolgreich erweist. Was im Interesse der Nation liegen und erfolgreich sein könnte, ist nicht im voraus durch Analysen der Lage eindeutig festzulegen. Es ist allein durch ständigen Versuch und Korrekturen des begangenen Irrtums allmählich zu ermitteln. Das wäre eine Politik „freibleibender" Möglichkeiten und Mittel, die denkbar weit von der dogmatisch verhärteten und stur eingleisigen Bonner Außenpolitik entfernt ist. Aber geschieht in Washington nicht des Guten ein wenig zu viel?

Eine Politik wie die Bonns erliegt der Gefahr, sich der ständig ändernden Wirklichkeit mit ihren Möglichkeiten zu verschließen oder ewig hinter der Entwicklung nachzuhinken. Die gegenwärtige Washingtoner Politik steht dagegen in Gefahr, sich in ihrem vielmaschigen Netz von Möglichkeiten, Absichten und taktischen Mitteln so zu verstricken, daß sie die Gelegenheit zum richtigen Handeln verpaßt und das Vertrauen bei ihren eigenen Freunden verscherzt. In der gegenwärtigen gespannten Lage ist sie gefährlich, weil sie Freund wie Gegner mißtrauisch macht und das Schlimmste befürchten läßt. Im Falle Eden hat es zunächst nur zu einer persönlichen Tragödie geführt. In Zukunft könnte daraus leicht eine allgemeine Tragödie entstehen. Gab die Bermudakonferenz den Anstoß zu einer Klärung und damit für das Ende einer Politik, bei der die rechte Hand nicht weiß, was die linke betreibt?

Es scheint, daß die Bermudakonferenz eine Entscheidung gebracht hat; aber es ist keine, die mit Erleichterung aufgenommen werden könnte, weil sie den Willen zum Frieden und zu einer g e m e i n s a m e n Lösung der Weltprobleme, nicht nur mit den bisherigen Partnern, sondern mit den West- u n d Ostmächten nicht bekundet. Es ist vielmehr eine, die offenbar zugunsten einer neuen gemeinsamen „Politik der Stärke" gefallen ist. Eine andere Schlußfolgerung ist kaum aus der Unterstützung des Bagdadpaktes durch die Vereinigten Staaten und aus der Überlassung von ferngelenkten Raketen mit Atombombenkopf an England zu ziehen. Es wäre damit eine Entscheidung für die Wiederaufnahme des kalten Krieges und für den Ausbau, nicht für einen Abbau der militärischen Sicherheitssysteme, nicht für einen Frieden der Verständigung.

P e t e r N e l l e n, MdB

Hilft unter dieser Sonne nur beten?

„Die Versuche mit Wasserstoffbomben sind entsetzlich beunruhigend. Auch die großen Forscher haben Angst vor der Atombombe. Niemand kann und darf die Verantwortung für die Fortsetzung solcher Experimente auf sich nehmen. Das sage ich mit Angst im Herzen, einer Angst, die mich nie verläßt." So Albert Schweitzer.

Hier hat ein der ganzen Welt verehrungswürdiger und beispielhafter Mann, den auch die Bundesrepublik mit höchsten Ehrungen bedacht hat, jenes gespenstische offenbare Geheimnis ausgesprochen, das seit der Genfer Konferenz der internationalen Atomwissenschaftler und der kurz nachher stattgefundenen sogenannten Gipfelkonferenz vom Sommer 1955 ständig unsere höchste Aufmerksamkeit beanspruchen muß. Damals haben sich die entscheidenden Großen unserer in Blöcke zerspaltenen Welt so offen und deutlich geäußert, wie es nur dann zu erwarten ist, wenn eine gefährlichst spannungsgeladene weltpolitische Entwicklung sie unabweisbar in eine Sackgasse geführt hat. Wir sollten uns genau an das erinnern, was der Präsident der Vereinigten Staaten damals zu dem Thema einer wirkungsvoll kontrollierten Abrüstung und besonders zum Abbau der atomaren Aufrüstung, zur Einstellung der A-Bomben-Versuche nicht nur ausgesprochen, sondern gefordert hat.

Dr. Hermann Rauschning

Um eine neue amerikanisch-englische politische Partnerschaft

Die linke Hand nicht wissen lassen, was die rechte tut, mag im moralischen Sektor der Wohltätigkeit empfehlenswert sein, auf dem Gebiet der Politik ist es von zweifelhaftem Wert. Eine ähnliche Erkenntnis mag die durchklingende Grundmelodie bei den Unterhaltungen zwischen Präsident Eisenhower und dem britischen Premierminister Macmillan auf den Bermudas gewesen sein. Es wäre indessen verkehrt, anzunehmen, es habe sich dabei um so etwas wie einen Canossagang des britischen Staatsmannes gehandelt. Die Unterhaltungen vermieden es, auf die früher „verschüttete Milch" zurückzukommen. England kam als gleichberechtigter Vertreter einer eigenen Politik. Es ging nicht um eine sentimentale Wiederversöhnung zeitweise entfremdeter Freunde, sondern um die nüchterne Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine neue Partnerschaft der beiden Mächte künftig wieder möglich sei. Dabei waren die Oberflächenprobleme — Suezkanal, Gazastreifen und Bagdadpakt — nur Randfragen.

Die Verstimmung Englands sitzt viel tiefer als die schnell aufgeflammte, aber bereits erloschene Entrüstung der amerikanischen öffentlichen Meinung über die engliche „Gewaltpolitik". Ob gerechtfertigt oder nicht, in England ist offenbar die Ansicht weit verbreitet, daß Eden das Opfer von amerikanischen halben Zusicherungen, Hinhaltungen, Vertröstungen geworden sei, die die Außenpolitik der Vereinigten Staaten zur Zeit charakterisieren. Die Konferenz müßte daher zu positiveren als den bisher üblichen vagen Linien einer gemeinsamen außenpolitischen Konzeption führen, die bisher das Fundament der „Partnerschaft" bildete, um als Erfolg gebucht zu werden. Mit dem, was in England als die „Eden-Tragödie" bezeichnet wird, und die nicht noch einmal wiederholen zu müssen offenbar einer der Hauptpunkte Macmillans war, ging das Vertrauensverhältnis persönlicher Art zu Ende, das zwischen Churchill und Roosevelt bestanden hatte und stillschweigend von den Nachfolgern fortgesetzt worden war, als ob es gleichsam vererbbar sei. Was nunmehr notwendig ist, wenn anders die Achse des westlichen Bündnissystems verläßlich sein soll, ist die Festlegung auf eine gemeinsame Außenpolitik, die keine Möglichkeiten zu Mißinterpretationen, keine Unklarheiten über Ziele und Methoden und vor allem keine Zweideutigkeiten zuläßt.

Ist das möglich? Die Grundlegung einer gemeinsamen Politik zweier so komplexer und verschiedenartiger Staatsgebilde, wie es die Vereinigten Staaten und das Britische Gemeinwesen sind, ist in jedem Fall schwierig. Sie wird zu einer Unmöglichkeit, wenn einer der Partner oder am Ende gar beide selbst noch im Zweifel über die im eigenen Interesse notwendige Politik sind. In diesem Falle wird es beiden Staatsmännern als das Zweck-

„Verloren"

Wir alle kennen die von Uhland gedichtete schöne Legende, wonach Jesus Christus auf einem seiner Wege durch das Land scheinbar versehentlich und mit stillem Vergnügen Kirsche um Kirsche aus dem Ärmel verlor und Petrus sich jedesmal flugs danach bückte, nachdem er eine Stunde zuvor zu stolz gewesen war, das halbe Hufeisen aufzuheben, für welches der Herr — der es dann selber aufgehoben — die saftigen Früchte eingehandelt hatte.

Und wir kennen seit einigen Tagen die schaurige Meldung, wonach britische Streitkräfte in der Lüneburger Heide einen bleistiftförmigen Metallbolzen verloren haben, der zuerst als Teil eines medizinischen Gerätes, dann als Meßgerät für Radioaktivität — und natürlich nicht als Waffe — bezeichnet und vor dessen Berühren jedermann hektisch gewarnt wurde, weil er tödliche Strahlen aussendendes Kobalt enthalte — ja, es hieß, schon eine Annäherung an den unheimlichen, geheimnisvollen Gegenstand auf weniger als hundert Meter könne lebensgefährlich sein.

Das Erste — ein Stück Leben — spielte sich in einer recht wilden Gegend und zu einer Zeit ab, als das Licht der Bildung erst ganz wenigen Menschen leuchtete, das Zweite — ein Stück Tod — im christlichen Abendland, in der Zeit der Allgemeinen Schul-

mäßige erscheinen, zunächst getrennt zu marschieren, um gegebenenfalls „vereint zu schlagen". Die englische Politik ist unter Umständen in der Lage und vielleicht sogar gewillt, eine sehr selbständige Linie zu verfolgen, obwohl die gescheiterte ägyptische Aktion scheinbar die eng begrenzten Möglichkeiten Englands demonstriert hat. Eine solche eigene Linie könnte der Entschluß Englands sein, das Britische Commonwealth als den Rahmen einer „Dritten Macht" zu entwickeln, mit allem, was dieser Begriff einschließt, die westeuropäischen Nationen darin einzubeziehen und das große, erst teilweise erschlossene Ländermassiv Afrikas als zentrale Bastion auszubauen. Es sei dahingestellt, ob eine solche Politik ohne amerikanische Hilfe oder mindestens wohlwollende Toleranz möglich sei. Zweifelhafter noch ist die von verschiedener Seite angeregte Wiederaufnahme jenes radikalen Churchillschen Vorschlages von 1940: eine staatliche Fusion Englands mit Frankreich. Weniger phantastisch erscheint dagegen die Möglichkeit eines Rückzuges Englands auf eine neutrale Position. Die für so etwas besonders empfängliche Spürnase des „New York Herald Tribune" malt bereits den Teufel an die Wand, indem es verlauten läßt, daß die stärkste Bedrohung gegen das bisherige Sicherungssystem in Europa aus der Allianz der Westmächte selbst, in Gestalt des Neutralismus, kommen könnte. Womit gewiß nicht die Politik der Bundesrepublik gemeint ist.

Macmillans Position bei dem Bermudagespräch war somit keineswegs ausschließlich die eines Hilfesuchenden. Den stärksten Schatten, von dem die gängige optimistische Berichterstattung kaum etwas spürte, warf indessen nicht die Möglichkeit einer selbständigen englischen Politik, sondern die Edentragödie. Sie hat zwei Seiten. Die eine liegt auf der Hand. Eden hat sich offenbar durch vage Andeutungen politischer Möglichkeiten und Hoffnungen für berechtigt gehalten, im Nahen Osten eine „Politik der Stärke" führen zu können, mit der stillschweigenden Zulassung und nachträglichen Billigung der Vereinigten Staaten, denen er solcherweise das Odium einer Hilfestellung für eine „kolonialistische Politik" ersparte. Die Bevorzugung der „Vereinigten Nationen" durch Amerika statt der Bundestreue zu dem alten Partner England ist vermutlich die als möglich nicht erwogene Überraschung gewesen. Die andere Seite der Edentragödie reicht tiefer in die Problematik der Weltlage hinab. Es ist die eigentliche persönliche Tragik eines Politikers „guten Willens" — wenn man schon diesen Ausdruck Roosevelts in seiner Unbestimmbarkeit anwenden darf — der nach einer viele Jahre verfolgten Politik diese als eine Illusion glaubt beiseitewerfen zu sollen.

Edens Politik kreiste um zwei Brennpunkte: um eine starke, handlungsfähige Gesellschaft der Nationen, als Fundament eines dauerhaften Friedens, und um die Hoffnung, daß der Bolschewismus, dem Prozeß einer immanenten Folgerichtigkeit nachgebend, in einer rationalen Evolution zu einem verläßlichen Partner eines Weltgemeinwesens werden und seine weltrevolutionären Bestrebungen aufgeben würde. In beiden Punkten fühlte er seine Politik als gescheitert. Der langjährige Minister für Völkerbundsangelegenheiten im britischen Kabinett, und als solcher der gewandte und nie um eine Einigungs-

---

pflicht und höchstwahrscheinlich in einem Augenblick, als soundsoviel Pfarrer, Lehrer, Diakone und CDU-Politiker just wieder vom Christentum redeten.

Oder redeten sie gerade von der Freiheit? Von jener Freiheit, die der Apostel Petrus nicht hatte; denn er mußte sich demütigen und seine Knie nach den nichtigen Kirschen beugen — nach diesem kleinen Ausdruck göttlicher Weisheit —, es blieb ihm gar nichts anderes übrig; allein schon der Anblick des Rückens seines Meisters — hinter dem sich alles zutrug — genügte, seine Hoffart zu brechen — und von der Freiheit, die wir uns nehmen: denn wir sind fähig, allen unseren Idolen und Propheten keck in die Augen zu blicken und dennoch zu freveln.

Das zwanglose und frevelhafte Verteilen von Spaltmaterial — der Name sagt nicht alles — über den kleinen Planeten Erde ist in vollem Gange. Teils geschieht es noch wohlorganisiert, teils schon, wie Figura zeigt, aus Versehen — so ähnlich, wie in der Vorstellung von Kindern der Osterhase im Vorbeihoppeln mal hier, mal dort im Garten ein buntes Ei fallen läßt. Und während am Ostermorgen auch dieses Jahr wieder von abertausend Altären und Kanzeln das Lob der Auferstehung wiederholt wird, bereitet das entfesselte Bleichgesicht wider besseres Wissen die phantastischste

formel verlegene internationale „Berichterstatter" z. B. der immer neuen Danziger Beschwerden gegen Polen, wurde tief skeptisch gegenüber den Möglichkeiten eines neuen Völkerbundes, der so offensichtlich derselben inneren Dialektik zum Opfer fällt wie der alte Genfer Völkerbund. Tiefer noch mag die Enttäuschung über die so lange gehegte Erwartung einer rationalen Evolution des Bolschewismus gewesen sein — ob zu Recht oder Unrecht, sei hier nicht untersucht. Sie hat vermutlich den Anlaß zu dem „Absprung" aus der bisherigen evolutionistischen in eine aktivistische Politik gegeben, in der Erkenntnis, daß nach der Niederringung der nationalsozialistischen und faschistischen Bedrohung eine allerletzte Auseinandersetzung mit dem Kommunismus notwendig sei. Mit der Unsicherheit und taktischen Ungeschicklichkeit, die selbst den erfahrenen Politiker befallen, wenn er sich in einer bisher ungewohnten Wegrichtung bewegt, wurde dann der ägyptische Feldzug zur ungeeigneten Zeit mit unzulänglichen Mitteln improvisiert.

Wird Edens Skepsis und Desillusionierung von Macmillan geteilt, und fordert er eine von der Rücksichtnahme auf die Vereinigten Staaten unabhängige aktive Außenpolitik? Oder ist England bereit, die amerikanische Politik zu unterstützen, wenn die Vereinigten Staaten in den für England wichtigen Positionen den englischen Standpunkt akzeptieren? England hält eine Druckerleichterung im Fernen Osten mit dem Fortfall des Waren-Embargos gegen China für lebensnotwendig und ein politisches Nachgeben für wünschenswert. Dagegen ist es im Nahen Osten zu keinem Kompromiß bereit, weil es sich hier um eine für England schlechterdings lebenswichtige Position handelt. In Europa selbst bevorzugt England eine hinhaltende Politik des status quo, in der Überzeugung, daß die Entwicklung automatisch in der Richtung einer fortschreitenden Erweichung der Beziehungen der osteuropäischen Staaten zu Sowjetrußland verläuft, so daß hier die alte britische Regel „to wait and see" am Platze sei. Wirklich entscheidend für die künftige Entwicklung ist jedoch die Frage, ob der neue englische Premierminister die pessimistische Ansicht Edens teilt, daß die Entwicklung unaufhaltsam der Klimax einer letzten Entscheidung über die politische Gestalt der Welt entgegengeht.

In England gewinnt scheinbar in einflußreichen Kreisen die Überzeugung die Oberhand, daß Sowjetrußland nicht allein durch den ungarischen Aufstand „das Gesicht verloren" habe, sondern auch am Rande des Zusammenbruches stünde. Solcherweise interpretiert z. B. auch „Intelligence Digest" von Kenneth de Courcy die Lage. Er findet die UdSSR an der Schwelle der ersten Stationen zum Kollaps. Wie immer Moskau zu handeln beschließe: es sei zum Untergang verurteilt. Seine einzige Hoffnung bestünde darin, daß der Westen überredet werden könnte, Geschenke auszuteilen (wie etwa England dem nationalsozialistischen Deutschland in München). Sowjetrußland habe eine „absolute und totale" Rückzahlung alles von Millionen in Osteuropa Erlittenen zu gewärtigen. Man brauchte solche Äußerungen nicht ernst zu nehmen, wenn sie nicht mit Verlautbarungen des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles übereinstimmten, mit denen man die Geburt der amerikanischen „Neuen Politik" in Verbindung bringen muß. Sie wurden in

---

Weltnacht vor — als könne es vor lauter Zivilisationslangeweile das Jüngste Gericht kaum noch erwarten. Und wenn nichts geschieht, wird es auf der Erde sein, wie der Dichter Lenau schon von hundert Jahren sang: „Der Himmel ließ, nachsinnend seiner Trauer, die Sonne lässig fallen aus der Hand . . ."

Wenn nichts geschieht. Aber vielleicht geschieht etwas. Die Millionen Menschen in aller Welt, um deren Leben es geht, beginnen zu merken, daß die dümmsten, schnauzbärtigsten Säbelraßler in ihrer Geschichte vergleichsweise bedeutend harmloser waren, als es nun dieses kaltschnäuzige Spielen und Experimentieren mit künstlicher Sonnenenergie ist. Vor Monaten schwiegen sie noch; heute schweigen sie nicht mehr. Ihre Unruhe ist allgemein, ihre Lust am Dasein radioaktiv getrübt. Noch eine Zeit, und sie werden handeln. Vorausgesetzt natürlich, sie machen sich in großem Maße die Erkenntnis zu eigen, daß alle Fragen und Probleme unserer Welt, aber auch alle — auch die Frage nach der Libertät — hinter die Frage nach dem L e b e n zurückzutreten haben. Solange d a s nicht heraussprингt aus aller unserer Philosophie, sind wir keine Christen, sondern verloren. Und was wir dann auch in die Hand nehmen mögen, es wird verdorren unter unseren Fingern. Selbst die große Idee der Freiheit.

Johannes Weidenheim

will. Böse Zungen behaupten, daß selbst John Foster Dulles es nicht wisse. Womit gar nichts Kränkendes ausgesagt wäre. Denn es entspricht der Neigung Amerikas zum reinen Pragmatismus, und nicht allein der Rücksicht auf die Meinung verschiedener politischer Gruppen, nach allen Seiten hin mit den verschiedensten politischen Konzeptionen vorzustoßen, um schließlich diejenige Linie weiterzuverfolgen, die sich als erfolgreich erweist. Was im Interesse der Nation liegen und erfolgreich sein könnte, ist nicht im voraus durch Analysen der Lage eindeutig festzulegen. Es ist allein durch ständigen Versuch und Korrekturen des begangenen Irrtums allmählich zu ermitteln. Das wäre eine Politik „freibleibender" Möglichkeiten und Mittel, die denkbar weit von der dogmatisch verhärteten und stur eingleisigen Bonner Außenpolitik entfernt ist. Aber geschieht in Washington nicht des Guten ein wenig zu viel?

Eine Politik wie die Bonns erliegt der Gefahr, sich der ständig ändernden Wirklichkeit mit ihren Möglichkeiten zu verschließen oder ewig hinter der Entwicklung nachzuhinken. Die gegenwärtige Washingtoner Politik steht dagegen in Gefahr, sich in ihrem vielmaschigen Netz von Möglichkeiten, Absichten und taktischen Mitteln so zu verstricken, daß sie die Gelegenheit zum richtigen Handeln verpaßt und das Vertrauen bei ihren eigenen Freunden verscherzt. In der gegenwärtigen gespannten Lage ist sie gefährlich, weil sie Freund wie Gegner mißtrauisch macht und das Schlimmste befürchten läßt. Im Falle Eden hat es zunächst nur zu einer persönlichen Tragödie geführt. In Zukunft könnte daraus leicht eine allgemeine Tragödie entstehen. Gab die Bermudakonferenz den Anstoß zu einer Klärung und damit für das Ende einer Politik, bei der die rechte Hand nicht weiß, was die linke betreibt?

Es scheint, daß die Bermudakonferenz eine Entscheidung gebracht hat; aber es ist keine, die mit Erleichterung aufgenommen werden könnte, weil sie den Willen zum Frieden und zu einer g e m e i n s a m e n Lösung der Weltprobleme, nicht nur mit den bisherigen Partnern, sondern mit den West- u n d Ostmächten nicht bekundet. Es ist vielmehr eine, die offenbar zugunsten einer neuen gemeinsamen „Politik der Stärke" gefallen ist. Eine andere Schlußfolgerung ist kaum aus der Unterstützung des Bagdadpaktes durch die Vereinigten Staaten und aus der Überlassung von ferngelenkten Raketen mit Atombombenkopf an England zu ziehen. Es wäre damit eine Entscheidung für die Wiederaufnahme des kalten Krieges und für den Ausbau, nicht für einen Abbau der militärischen Sicherheitssysteme, nicht für einen Frieden der Verständigung.

P e t e r N e l l e n, MdB

Hilft unter dieser Sonne nur beten?

„Die Versuche mit Wasserstoffbomben sind entsetzlich beunruhigend. Auch die großen Forscher haben Angst vor der Atombombe. Niemand kann und darf die Verantwortung für die Fortsetzung solcher Experimente auf sich nehmen. Das sage ich mit Angst im Herzen, einer Angst, die mich nie verläßt." So Albert Schweitzer.

Hier hat ein der ganzen Welt verehrungswürdiger und beispielhafter Mann, den auch die Bundesrepublik mit höchsten Ehrungen bedacht hat, jenes gespenstische offenbare Geheimnis ausgesprochen, das seit der Genfer Konferenz der internationalen Atomwissenschaftler und der kurz nachher stattgefundenen sogenannten Gipfelkonferenz vom Sommer 1955 ständig unsere höchste Aufmerksamkeit beanspruchen muß. Damals haben sich die entscheidenden Großen unserer in Blöcke zerspaltenen Welt so offen und deutlich geäußert, wie es nur dann zu erwarten ist, wenn eine gefährlichst spannungsgeladene weltpolitische Entwicklung sie unabweisbar in eine Sackgasse geführt hat. Wir sollten uns genau an das erinnern, was der Präsident der Vereinigten Staaten damals zu dem Thema einer wirkungsvoll kontrollierten Abrüstung und besonders zum Abbau der atomaren Aufrüstung, zur Einstellung der A-Bomben-Versuche nicht nur ausgesprochen, sondern gefordert hat.

Der zähe und schwierige Verhandlungsstil und das erschreckende Hin und Her auf der im Frühwinter 1955 stattgefundenen Konferenz der Außenminister hat manchem einen willkommenen Anlaß geboten, die Genfer Sommerkonferenz als ein utopistisches, unseriöses Spektakel der sogenannten „Koexistenz des Lächelns" abzutun und sich dabei gegen alle Vernunft in einer Art zynischer Lethargie, vielleicht sogar in einem verzweifelten, untergründigen Nihilismus zu „beruhigen". „Es kommt ja doch nichts dabei heraus! Die Russen wollen eben nicht!" So einfach kann es sich kein unverbindlicher politischer Belletrist, noch weniger der politische Historiker, am allerwenigsten der verantwortliche, zum Planen und Handeln verpflichtete Politiker machen.

Höchst bemerkenswerterweise und in einer geradezu düsteren Drastik hat sich Papst Pius XII. in seiner bekannten Weihnachtsbotschaft von 1955 zu dem Thema dieser Konferenz geäußert. Die Deutlichkeit seiner Botschaft ist alarmierend, wenn man den vorsichtigen kurialen Stil kennt, mit dem im allgemeinen auch die schwierigsten Probleme mehr indirekt, andeutend und insinuierend behandelt werden. Wir müssen das intensive Studium gerade dieser Papstansprache nachdrücklichst empfehlen. Mit höchster moralischer Autorität, zugleich auf Grund jahrzehntelanger politisch-diplomatischer Tätigkeit und Erfahrung zieht der Pontifex sozusagen die Summe aus den politischen Konferenzen, Staatsbesuchen und Notenwechseln des Jahres 1955.

Auf allen genannten Veranstaltungen war unwiderlegbar deutlich geworden, was der Papst selbst ebenso mutig wie realistisch schon in seiner hochbedeutsamen Weihnachtsbotschaft vom 24. Dezember 1954 (veröffentlicht am 3. Januar 1955) in den kurialen Sprachgebrauch eingeführt und damit, fast möchte man sagen, politisch-diplomatisch parkettfähig gemacht hat. Er scheut sich nicht, von der realen Koexistenz, dem Zugleich-Bestehen zweier Gruppen (Blöcke) zu sprechen. Er benutzt dieses Wort, um ebenso nüchtern in derDiagnose wie zupackend und durchschlagend in der Prognose einen politischen Tatbestand von höchster, realer, grundlegender Bedeutung und Gefährlichkeit zu fixieren. In diesem Zusammenhang muß es — sehr milde und friedlich gesprochen — als grotesk erscheinen, wenn Politiker auch der Bundesrepublik die Redensart von den koexistierenden Blöcken als töricht, leichtsinnig, irreführend und gefährlich bezeichnen. Sie fahren damit einem der erfahrensten Diplomaten unserer Zeit mit Bonner Arroganz und Beiläufigkeit sozusagen über den Mund.

Die reale, allen heutigen politisch-diplomatischen Aktionen, Analysen und Überlegungen schlechthin vorgegebene und sie stärkstens beeinflussende Tatsache dieser Blöcke — und zwar in erschreckender atomarer Parität, mit den beiderseitigen Möglichkeiten unvorstellbarer Vernichtung — wird auch dadurch nicht im geringsten abgeschwächt, daß man die Schuld an der Blockbildung einer Seite zuschiebt oder mit ansonsten ungewohnter politischer Unschuld auf den absolut freiwilligen und rein defensiven Charakter des Nordatlantikpaktes hinweist und den Warschauer Pakt mit dem Prädikat eines terroristisch erzwungenen Zusammenschlusses eindeutig aggressiven Charakters versieht. Politisch-moralische Urteile, verständliche Abneigung oder berechtigte Vorliebe ändern leider nichts an der harten Tatsache, daß eben diese Blöcke als „zwei Gruppen" bestehen. Und man tut gut daran, sich dieser harten, weil die Realität realistisch bezeichnenden Ausdrucksweise zu bedienen. Diese ominösen Vokabeln sind zwar erregend und gehen an die Nerven. Aber doch wohl nur darum, weil die harten Tatsachen selbst an die Nerven gehen. Man schafft sie nicht aus der Welt, ja, man vermag sie nicht im geringsten zu verändern, indem man die Begriffe und Worte zum psychologischen, politischen und sprachgeregelten politisch-publizistischen Tabu erklärt. Sie beanspruchen vielmehr unseren politischen Intellekt und müssen unsere produktive Vorstellungskraft stacheln, uns etwas einfallen zu lassen, was den Teufelskreis der „Koexistenz in reiner Furcht" und des militärisch-strategischen Denkens durch ein Vertrauen gegen alles Mißtrauen aufbricht und in einer wohlüberlegten, verantwortbaren Weise sich an neue Versuche heranwagt.

Die Spaltung unserer immer kleiner werdenden, auf Einheit drängenden Erde birgt unvorstellbare Gefahren in sich. Zwei Welthälften existieren zur gleichen Zeit und am gleichen Ort dieser zusammenschrumpfenden Welt. Sie existieren in stärksten ideologischen Gegensätzen. Sie bannen sich gegenseitig in gespanntester und gefährlichster Aufmerksamkeit. Sie beachten jedes Anwachsen des wirtschaftlichen und militärischen Potentials der anderen Seite und sehen in der Erhaltung der Parität ihre größte, ent-

scheidende und existenzrettende Aufgabe. Sie scheinen dem am meisten zu vertrauen, vor dem sie zugleich die größte Furcht haben, der Rüstung zum Kriege. Die Ungleichheit des Potentials zu Ungunsten der einen Gruppe wird zumindest seit den Sommerkonferenzen von Genf, seit dem Sommer 1955, von keinem mehr als ein Grund der Sicherheit, der Beruhigung und des Vertrauens zugunsten des Westens angesehen. An ihre Stelle ist eben die atomare Parität getreten, verschärft durch die Entwicklung der atomaren Raketenwaffen. Der Besuch der führenden Kreml-Männer in England hat weitere desillusionierende Einblicke vermittelt. Wem das alles noch nicht genügt hat, um sich zu einer realistischen Betrachtung der heutigen Weltlage bewegen lassen, dem hätte die Suezkrise die Augen öffnen können. Das beispiellose russische Ultimatum an England und Frankreich hat ja deswegen so durchschlagend und prompt zum Erfolg geführt, weil die Drohung mit dem Einsatz atomarer Raketenwaffen schlechterdings nicht unbeachtet bleiben konnte.

Wir sollten es allesamt allmählich leid werden, jede noch so ernst gemeinte und zumindest versuchsweise — was kann bei dieser überdimensionalen Problemfront anders erwartet werden? — mit tastenden, mühevoll erarbeiteten, niemals glatten Argumenten geführte kritische Diskussion über die militärisch-strategischen Überallianzen ältester und unter atomarem Aspekt täglich sinnloser werdenden Observanz schon vor der Schwelle des so notwendigen Gesprächs abzuweisen. Wir fürchten — wir sagen es mit äußerster Beklemmung — daß hier eine vielleicht unbewußte und ungewollte, aber leider schon zur dauernden Haltung gewordene Arroganz mit mehr Eifer am Werk ist als die Bereitschaft zu sachlicher und durchdachter Argumentation. Die vergiftenden, alles andere als sachlichen Wortprägungen, die hier üblich geworden sind, verstärken unsere Sorge: „unklar, utopisch, leichtsinnig, unrealistisch, demagogisch, unverantwortlich, vertrauensselig gegenüber dem Osten, unberechtigt kritisch gegenüber dem Westen und seiner Führungsmacht, marxistisch auf dem Wege nach Moskau, neutralistisch, katastrophal, Vorschub leistend einer unwiderstehlichen Infiltration, naiv und optimistisch gegenüber einem elementaren Sog des Ostens."

Dabei sind wir unmittelbar beim Thema zweier wichtiger Bücher der letzten Zeit, die unsere ernsthafte politische Aufmerksamkeit verdienen. Um so mehr, als ihnen von anerkannten wissenschaftlichen Autoritäten ernsthafte fachliche Fundierung bescheinigt wird.

„Heller als tausend Sonnen" strahlt in ständig neuen und gesteigerten Atombomben-Versuchen im südpazifischen und sibirischen Raum das diabolische Überlicht der Explosionen hochentwickelter atomarer Waffen.

Die kernphysikalische Wissenschaft hat den Trägern politischer Macht neben den Möglichkeiten friedlicher, in Zukunft unabweisbar notwendiger Nutzung der Kernenergie Zerstörungsmittel in die Hand gegeben, deren Eindämmung und Abbau zu einem Weltproblem ersten, vielleicht entscheidenden Ranges geworden ist. Robert Jungk unterrichtet in seinem Buche über eine Entwicklung, die als zweckfreie, auf wissenschaftliche Erkenntnis abzielende Forschung ausgegangen ist von den Laboratorien weltberühmter Gelehrter und Forscher in Paris, Oslo, Göttingen und Rom, in England und den USA. Die Namen dieser Männer und Frauen sind heute weltbekannt. Es gehört zu den dunkelsten Schrecknissen unserer Zeit, daß der ungeheure Zuwachs an Erkenntnis und Nutzung der Naturkräfte fast im Augenblick ihrer Erschließung sich in die Fabrikation bisher unvorstellbarer terroristischer Waffen zur Massenvernichtung umgesetzt hat. Wir wollen hier schweigen über die Tragödie des großen wissenschaftlichen Einzelmenschen, über seinen Weg des Heils und des Unheils, über seine Verantwortung und über seine Gewissensentscheidung. Wir stellen nur fest, daß die von ihm ausgelöste Entwicklung und die durch seine Tätigkeit freigewordenen und verfügbaren Machtmittel der Vernichtung wesentlich die höchstgefährliche Natur der politischen Blockbildung unserer Zeit bestimmen.

Chaos und totale Vernichtung für große Teile unserer Welt sind leider nicht mehr eine theoretische Möglichkeit, sondern eine echte aktuelle Gefahr. Man kann sie nicht damit bagatellisieren, daß man psychologisch-propagandistisch und zugleich damit auch politisch verharmlosend von einer verständlichen Verliebtheit ins Metier, von einer Betriebs-

blindheit der Atomwissenschaftler und Techniker und der professionellen militärischen Spezialisten der Atomrüstung spricht und sich mit den „konventionellen Möglichkeiten" tröstet. Die geradezu stürmische Entwicklung der letzten Wochen scheint es von Tag zu Tag gewisser zu machen, daß man in einem sogenannten Ernstfall militärisch das tun wird, was man tun kann. Sowjet-Marschälle und NATO-Generäle sprechen die gleiche Sprache. Der Weltvorrat von allein fünfzigtausend Atomraketen, um nur davon zu sprechen, kann nun einmal nicht übersehen werden. Über den Kellern, in denen dieser Vorrat lagert, halten wir unsere Pressekonferenzen, führen wir unsere Gespräche und geben wir unsere Empfänge.

Es sollte nicht vergessen werden, was der zuständige amerikanische General James M. Gavin — aber vielleicht ist er betriebsblind verliebt in seine „niedlichen Waffen" — als Leiter der Versuchs- und Entwicklungsabteilung des amerikanischen Heeres nur wenige Tage vor der Debatte des Deutschen Bundestages über das Wehrpflichtgesetz erklärt hat. Auch die deutsche Presse hat darüber berichtet. Vor dem Symington-Ausschuß des amerikanischen Senats sagte er: „Die gegenwärtigen Schätzungen belaufen sich auf mehrere hundert Millionen Toter nach der einen oder anderen Seite, je nach der Windrichtung. Wenn die Windströmung nach dem Südosten geht, dann würden die Verluste zumeist in der Sowjetunion eintreten, aber auch in den japanischen und vielleicht in den philippinischen Raum hineinreichen. Geht die Windströmung in die andere Richtung, dann würden sich die Verluste gut bis nach Westeuropa erstrecken." Neuerdings werden ähnliche erschreckende Zahlen sehr offen im NATO-Hauptquartier auch für Europa genannt.

Schon vor Jahren hat der inzwischen pensionierte NATO-Chef Gruenther in klarer Erkenntnis dieser Entwicklung den ebenso paradoxen wie gefährlichen Charakter der militärischen Blockbildung bei atomarer Parität gekennzeichnet: „Der dritte Weltkrieg ist eine Sache, die auf keinen Fall stattfinden darf!" Allein für dieses realistische und warnende Wort hat er das Bundesverdienstkreuz mit Stern verdient.

Inzwischen ist die Entwicklung weitergegangen. Adalbert Bärwolf berichtet in seinem Buch „D a h i l f t n u r b e t e n" besonders über die schwindelerregenden Fortschritte in der Entwicklung und Serienproduktion der atomaren Raketenwaffen. Seine Ausblicke auf die biologischen und chemischen Vernichtungswaffen sind nicht weniger erschütternd. Was er über die Fortschritte der Russen sagt, ist äußerst bemerkenswert.

Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß er in voller Übereinstimmung mit allen ernsthaften, z. T. weltbekannten Fachleuten nachweist, in welch erschreckendem Maße die Wissenschaft heute noch außerstande ist, festzustellen, ob wir nicht schon durch den bisherigen Einsatz atomarer Waffen und die ständig gesteigerten Experimente mit ihnen unseren Planeten zu einem für den Menschen unbewohnbaren Platz machen. Vielleicht erleben wir erst in einigen Jahren die volle Auswirkung jenes Unheils, das wir in unverantwortlicher Verwegenheit und in seelenblinder Herzenshärte als strahlende Substanz in die Luft sprengen. Die Verwegenheit, mit der wir uns über die ernstesten Bedenken hinwegsetzen und statt dessen weiterhin diese gefährliche Ungewißheit mit ihren leider nicht auszuschließenden ernsten Folgen für die gesamte Menschheit in Kauf nehmen, ist mehr als erschütternd. Die Vorstellungen etwa des japanischen Volkes, seines Parlamentes und seiner Regierung werden mit dem Ausdruck des Bedauerns abgewiesen.

Es ist erschütternd, aus dem Buch von Jungk klar und deutlich feststellen zu müssen, daß die politische und sittliche Haltung, wie sie etwa bei der Fertigung und beim Einsatz der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki zumindest zeitweilig bei maßgeblichen Wissenschaftlern und Militärs und bei den verantwortlichen Männern der Regierung zutagetritt, fast mit Notwendigkeit zum Automatismus fortgesetzter, immer gefährlicherer Experimente mit immer stärker werdenden Vernichtungswaffen führt.

Bei der sorgenvollen Betrachtung dieses gefährlichen Zustandes und noch mehr bei dessen politischer Würdigung denken wir nicht einen Augenblick daran, die beiden ersten Forderungen der schon nachdrücklichst genannten päpstlichen Weihnachtsansprache, nämlich Einstellung der Versuche mit Atomwaffen, Vernichtung dieser Waffen und Ächtung des Atomkrieges, isoliert zu vertreten. Man kann nicht auf die gleichzeitige Durchführung auch der dritten Maßnahme, der wirkungsvollen, kontrollierten Inspektion der ersten und zweiten verzichten. Wir müssen uns als Realisten erweisen.

Es muß dringend verlangt werden, daß die Politiker ihre Völker über den unbeschreiblich innerlich widersprüchlichen und gefährlichen, militärisch, politisch und sittlich geradezu paradoxalen Charakter jeder heutigen Aufrüstung vollständig und deutlich aufklären. Selbstverständlich soll hinzugefügt werden, daß sie notwendig erscheint, solange über die drei genannten lebensrettenden Programmpunkte keine politische Verständigung und noch weniger eine zuverlässige Abmachung gefunden werden kann. Sich dabei aber auch nur einen Augenblick zu beruhigen und auf des Weichwerden des Gegners im kalten Kriege unbegründet zu spekulieren, wäre ebenso illusionär wie gefährlich. Ob es sittlich verantwortet werden kann, wollen wir nicht untersuchen.

Daß sich die beiden atommächtigen Giganten, USA und UdSSR, gegenseitig paralysieren und der atomare Ernstfall immer unwahrscheinlicher werde, ist leider ein unbeweisbarer, vielleicht täglich ungewisser werdender Trost. Auf jeden Fall zeigt er den höchste Sorgen erregenden Charakter eines heillosen Zwischenzustandes der „Koexistenz in der reinen Furcht", die nur den Sinn haben kann, durch die nüchternste, angestrengteste und zeitgerechte Bemühung um reale Entspannung und kontrollierte Abrüstung abgelöst zu werden. Jeder Aufschub, gleichgültig von welcher Seite, ganz besonders, wenn er mit unrealistischen Bedingungen, deren Unannehmbarkeit klar und politisch nicht zumutbar ist, begründet wird, ist nicht nur gefährlich, sondern auch politisch und sittlich nicht zu verantworten.

Die Bücher von Robert Jungk und Adalbert Bärwolf blenden den erschreckenden Hintergrund der Vernichtung, die hier droht, mit nüchterner, realistischer und darum besonders überzeugender Deutlichkeit auf.

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

4. Brief:

Jugenheim (Bergstraße), im April 1957

Mein Lieber!

Wir sind beide Katholiken — Du und ich. Wir kennen uns seit der Zeit unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg und haben Jahre hindurch — entscheidende Jahre der deutschen Reichspolitik — in unmittelbarer Nähe von Männern gelebt, welche vom katholischen Lebensraum her diese Reichspolitik wesentlich mitbestimmt haben. Wir haben beide, wie wenige Menschen, tiefe und letzte Einblicke in das Schicksal unseres Volkes empfangen und müssen hier unser Wissen verantworten. Zweimal wurde nach zwei großen Weltkriegskatastrophen die Führung des Reichs in die Hände von Katholiken gelegt. Katholiken als Reichskanzler haben zwischen 1918/19 und 1933 die Führung des Volksschicksals in ihren alles mitbestimmenden Händen gehabt . . .

Beide Male sind die Zügel des Schicksals diesen Händen entglitten — beide Male haben sie nicht nur das Abgleiten des Volksschicksals in eine neue Katastrophe nicht verhindert, beide Male haben diese katholischen Parteien — früher Zentrum und Bayerische Volkspartei, heute CDU/CSU — die Irreleitung dieses Volksschicksals mit zu verantworten. Du und ich haben gesehen, aus nächster Nähe mit Entsetzen gesehen, wie das kam und wie es unmöglich war, die Katastrophe von 1933 aufzuhalten, wie es unmöglich ist, — wenn nicht ein totales Herumwerfen des Steuers in diesem Parteischiff der CDU/CSU erfolgt — eine neue Katastrophe abzuwenden, die unmittelbar vor uns liegt.

Die Gründe sind uns beiden klar ersichtlich, wenn Du auch nun, eingefangen in die Verantwortung für diese irrwegige Bonner CDU/CSU-Politik, es nicht wahrhaben willst, daß Ihr heute wieder dieselben Fehler macht wie zwischen 1919 und 1933.

Diese Fehler müssen wir klar aufzeigen:

Zunächst ist die Politik dieser christlichen Parteikörper (Zentrum — Bayerische Volkspartei — CDU/CSU) nur eine pseudoweltanschaulich orientierte Politik. Sie ist nie, wie laut auch das Phrasengedresche der Prinzipienverkündigungen geübt wird, eine „Politik aus dem Glauben". Es war schon nach 1918/19 und ist heute wieder eine sehr subalterne kleinbürgerliche, vom Ständewirtschaftlichen her orientierte Politik, die sich die in Deutschland ziemlich ohnmächtige, jeder schöpferischen Zeitmächtigkeit ferne Kirche ins Schlepptau genommen hat. Nicht die Kirche führt — sie ist in Deutschland selbt führerlos und hat nicht die geringsten schöpferischen Beziehungen zu den Nöten und Problemen der Zeit — sie bedient sich aber auch nicht der stärkeren und klügeren Führung Roms und seiner großen Päpste der letzten Vergangenheit und Gegenwart — ich habe in meinem letzten Briefe auf die peinliche Situation hingewiesen, die sich zeigt, wenn wir die Haltung der CDU/CSU-Presse und der katholischen Kirchenblätter zu der erschütternden Friedenspolitik des Papstes Pius XII. überprüfen und die perversen Zuhälterdienste ins Auge fassen, welche katholische „Moraltheologen" der Bonner Politik leisten.

Dieses „non serviam" — von Luzifer zuerst gesprochen — zieht sich durch die ganze „christkatholische deutsche" Politik. Diese Sabotagehaltung der großen Papstpolitik gegenüber ging zuweilen, wie mir führende Politiker dieser deutsch-katholischen Front gelegentlich darlegten, bis zur Fälschung päpstlicher Enzykliken in der deutschen Übersetzung, damit das deutsche katholische Volk sich der Unvereinbarkeit der Zentrumspolitik etwa in der sozialen Frage und der Papstpolitik nicht bewußt werde. Unter katholischer Politik versteht man da, daß der katholische Bauer seinen Kunstdünger von einer katholischen Genossenschaft bezieht und, wenn er sich ausschmieren läßt, sich dann wenigstens durch einen katholischen Betrüger ausschmieren läßt. Man kämpft, der Kirche zu danken, tapfer für die Bekenntnisschule! Hat man das getan, läßt man im übrigen die Schule selbst verwahrlosen — das spielt keine Rolle mehr! Man kämpft für das „christliche Abendland"! Was das ist, kann man heutzutage nicht mehr recht sagen, aber es klingt gut. „Akademie des christlichen Abendlandes" — fabelhaft! Man läßt die Literatur in Verwahrlosung untergehen; die zu Ende des vorigen Jahrhunderts unter Karl Muth in seiner Zeitschrift „Hochland" mit einem großartigen Elan vorschießende neukatholische Dichtung wird von den Spießbürgern in der Gemeinschaft so lange verfolgt, bis alles wieder hin ist. Man empört sich über die Sittenlosigkeit der zweideutigen Kolportageliteratur, läßt sich aber bei diesem Gezeter seinen Kaffee gut schmecken und taucht schmatzend die Hörnchen ein, während man die weltliche Verkommenheit verflucht, und der irre Blick geistert dann über die warm gepflegte Devotionalienliteratur. Man empört sich über die Sittenlosigkeit der Filmwelt und ist zu keiner eigenen Schöpfung fähig — man bucht mit erfolgsgeschwellter Brust, daß alle Rundfunksender am Sonntagmorgen eine Predigt senden, welche die meisten Hörer abschalten, und das „Dominus vobiscum!" im Äther berauscht den Pfarrer, der es singt. Dafür überläßt man dem Rundfunk den hemmungslosen Jahrmarkt der letzten Verpulverung der Volksehrfurcht in den Herzen. Man sitzt mit „Vertretern" in allen Rundfunkräten und in den Gremien der Filmselbstkontrolle und läßt die Welt im Schlitten bergab, dem Abgrund zu, fahren — gewiß, gewiß —, man veröffentlicht Hirtenbriefe, die, ehrlich und gut gemeint, ernsthafte Gefahren aufzeigen — aber das rauscht vorüber wie die Hilfeschreie des heiligmäßigen Papstes, die von Rom her nach Frieden rufen — aber die „katholischen" Politiker Deutschlands haben es mehr mit Dulles, der sich in der Kunst übt, Politik zu treiben, die das Letzte riskiert, aber es vermag — bis jetzt hat es geklappt — das Zündhölzchen ganz dicht an die Schnur zu halten, welche die Katastrophe auslösen könnte. Aber — es hat immer noch geklappt, die Finger rechtzeitig zurückzuziehen!

Gewiß: Einmal kann es auch schief gehen!

D a s ist katholische politische Wirklichkeit in Deutschland. Man geht in seine Sonntagskirche und trinkt im Franziskanerkloster gut katholisch, d. h. gut gebrautes echtes Klosterbier. Man hat gut katholische Prinzipien und tritt für das christliche Ethos ein, und zu Weihnachten hängt zeitgemäß, zwischen die Weihnachtskerzen, der Aufrüstungspolitiker ein paar Atombömbchen.

Man muß doch auf alles vorbereitet sein!

So ist der Bruch zu sehen, der mitten durch das Leben der Christen geht. Ihr Leben und das, was sie tun, zeugen gegen das, was sie auf den Lippen führen.

Dieses Leben und die Öffentlichkeit wehren sich ebenso gegen den Gehorsam — den letzten und unerbittlichen Gehorsam vor Christus wie auch vor der heiligmäßigen Kirche und den großen Proklamationen der letzten Päpste.

Dieser p o l i t i s c h e Katholizismus verweigert sich auch einer geistigen Führerschicht wahrhaftiger „Politik aus dem Glauben" der christkatholischen Intelligenz, die durchweg in Frontstellung gegen diese Kleinbürgerpolitik der politischen Machtkörper steht.

Der deutsche Katholizismus hat im letzten halben Jahrhundert hervorragende Köpfe hervorgebracht; keiner von ihnen hat auf diese kleinbürgerlich geführten politischen Machtkörper irgendeinen Einfluß gewonnen. Wo etwa im Zentrum Leute wie Brüning, der frühere Reichskanzler Dr. Joseph Wirth und einige ganz wenige im Stillen die Brücke zu den katholischen Intelligenzschichten zu schlagen sich mühten, wurden diese Bemühungen immer durchstoßen. Wer sich nicht fügt, verfällt dem Femetod der Ächtung.

Dem „Ruftod" — so las ich neulich in einer Zeitung.

So ist die höchste Geistigkeit, die entwikkelt wird, die des Studienrates, der sich zum Militärexperten entwickelt und die westlichen Politiker für Gentlemen, die östlichen für Verbrecher erklärt. Man übernimmt alles an Ämtern im Tatendrang, wird Kultusminister und hat selbst keinen Hauch einer Kultur. Man wird sogar Atomminister. Und da soll nun einer einmal sagen, die Katholiken hätten es nicht weit gebracht in der Politik! Sie haben mitgeholfen, das Deutschland der Weimarer Republik hitlerreif zu machen, sie halfen nach dem zweiten Weltkrieg dazu bei, jene unselige Entwicklung einzuleiten und ihr die Hände zu leihen, die das Auseinanderreißen Deutschlands verewigt und unkorrigierbar macht, und fühlen sich stark, spielt die Kapelle der neuen Wehrmacht wieder die alten Märsche und sitzen die Schachspieler Hitlers wieder am Spielbrett der Geschichte.

Hoppla, wir leben!

Fehlt nur noch, daß einer dieser christlichen Politiker auf den Einfall käme, Jesus Christus das Bundesverdienstkreuz I. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern zu verleihen, damit offenbar werde, in welcher Siriusweite diese sehr profane Politik an dem vorüberzieht, der da ist der Morgenstern, das Licht der Welt!

Der Zweite Weltkrieg ist vorüber. Ich schlage das Buch der Geheimen Offenbarung St. Johannis auf und lese im 10. Kapitel, 10. Vers:

> „— und die Menschen, die nicht getötet worden waren von diesen Plagen, taten nicht Buße für die Werke ihrer Hände, sie beteten weiterhin an: die Teufel und die goldenen und silbernen und die ehernen und die steinernen und die hölzernen Götzen, welche weder sehen noch hören, noch wandeln können, —
>
> — und sie taten auch nicht Buße für ihre Morde, Zauberei, Hurerei, Diebe-rei" (Kap. 10, Vers 20).

D a s ist es! D a s, liebe Christen!

Pastor Adolf Schmidt

In Gottes Namen?

Bemerkungen zur Spandauer Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD) hat auf ihrer Tagung vom 3. bis 8. März 1957 mit überraschender Mehrheit den Vertrag zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Bundesregierung über die Regelung der Militärseelsorge angenommen. Der Vorsitzende des Rates der EKiD, Bischof Dibelius, bekräftigte seine Empfehlung des Vertrages, offenbar namens des Rates, mit den gewichtigen Worten „Ja in Gottes Namen!" Es entspricht dem Wesen einer evangelischen Synode, daß sie alles, was sie tut, im Namen Gottes zu tun hat. Dabei ist allerdings jeweils zu fragen, ob die getroffenen Entscheidungen wirklich diesem Auftrag und Anspruch standhalten können und also für Kirche und Welt verheißungsvoll sind. Diese Frage ist auch an die Spandauer Entscheidung zu richten.

I

Mit diesem Anspruch verträgt sich schlecht das Vorgehen des Rates der EKiD in dieser Sache. Auf der außerordentlichen Synode der EKiD im Juni 1956 wurde ausdrücklich festgestellt, „daß der Rat der EKiD beschlossen hat, endgültige Maßnahmen zur Ordnung der Militärseelsorge nicht zu treffen, bevor nicht ein von der Synode zu beschließendes Gesetz die Rechtsgrundlage schafft". Die Synode sprach damals auch die Erwartung aus, „daß der Beschluß des Rates beachtet wird, daß keine neuen Tatsachen geschaffen werden und daß nichts geschieht, was die EKiD in dieser Sache bindet". Über diese Beschlüsse hat sich der Rat der EKiD souverän hinweggesetzt und die ordentliche Synode dieses Jahres vor vollendete Tatsachen gestellt. Ehe die Synode mit der Sache befaßt werden konnte, wurde der Vertrag über die Militärseelsorge fertiggestellt und in Bonn durch den Vorsitzenden des Rates unterzeichnet. Der Synode wurde gesagt, sie habe nur die Möglichkeit, ja oder nein zu dem Vertragswerk zu sagen. Zudem erhielten die Synodalen den Text des Vertrages erst einige Tage vor der Synode, die Synodalen aus der DDR sogar erst unmittelbar vor Beginn der Synode in Spandau selbst. Der hessische Synodale Metzger urteilt noch recht milde, wenn er dazu sagt: „Ich habe das Gefühl, daß darin keine genügende Achtung der Synodalen liegt." Und beschämend ist die Feststellung, die der Ausschuß, der den Vertrag auf der Synode zunächst beriet, über den selbstherrlichen Weg des Rates traf: „Das sah so aus, als ob damit auf unsere Entscheidung ein erheblicher Druck falle, als ob wir nicht mehr ganz frei seien." Die Synode stand somit unter einem Zeitdruck, aber auch unter einem moralischen Druck. Der Bericht der „Evangelischen Welt, Informationsblatt für die Evangelische Kirche in Deutschland" über die Synode deutet wohl sehr richtig einen Grund für die Annahme des Vertrages an, wenn sie schreibt: „Die Annahme des Staatsvertrages war eine Vertrauenserklärung an den Rat der EKiD als Vertragspartner der Bonner Regierung." Dieser und andere Beweggründe für diesen Beschluß der Synode waren aber keine sachlichen, sondern taktische. Von daher wird man die Entscheidung der Synode nicht als eine echte ansehen können. Wäre der Rat nicht seinen eigenmächtigen Weg gegangen, so wäre sicherlich nicht dieser Vertrag, sondern ein anderer zustande gekommen. Aber Änderungen waren ja nicht möglich. „Wenn aber eine Synode keine Möglichkeit besitzt, Abänderungen anzubringen, wird eine Erörterung wesentlich entwertet, und man kann sich nicht ganz des Eindruckes erwehren, daß sich hier staatliche Macht über die kirchliche schiebt" (Schweiz. Ev. Pressedienst). Das guter synodaler Art widersprechende Vorgehen des Rates der EKiD ist außerordentlich beunruhigend.

II

Es ist der Synode der Vorwurf gemacht worden, daß sie mit der Zustimmung zu dem Seelsorge-Vertrag die westliche Militärpolitik unterstütze. Bischof Dibelius und andere Befürworter des Vertrages haben sich dagegen verwahrt; der Vertrag über die Seelsorge in der Bundeswehr diene weder dem Krieg noch irgendeiner Politik. Aber der Vorwurf entbehrt nicht der Berechtigung. Man erinnere sich des Konkordatsabschlusses der katholischen Kirche mit Hitler. In diesem Konkordat ging es der katholischen Kirche auch um

ihre Belange und ihren Dienst. Tatsächlich jedoch hat der Konkordatsabschluß dazu gedient, dem „Dritten Reich" diplomatisch und völkerrechtlich auf die Beine zu helfen. Daß es sich bei dem Vertrag über die Militärseelsorge nicht nur um eine kirchliche Frage handelte, brachte der Synodale Bundestagspräsident Gerstenmaier auf einer Pressekonferenz während der Synode zum Ausdruck. Dort sagte er nach Im-Korrespondenz: „Eine Ablehnung des Vertrages wäre nicht nur eine kirchliche, sondern auch eine politische Entscheidung."

In diesem Zusammenhang interessiert der Brief des Verteidigungsministers der DDR, Stoph, an den Ratsvorsitzenden, in dem er kategorisch Verhandlungen über eine Militärseelsorge innerhalb der „Nationalen Volksarmee" ablehnt. „Stimme der Gemeinde" nennt diesen Brief ein Ereignis, „dessen politische und kirchenpolitische Auswirkung noch nicht abzusehen ist". Der Brief erreichte Bischof Dibelius während der Tagung der Synode. „Es ist anzunehmen", so heißt es in „Stimme der Gemeinde", „daß diese Antwort, die schon lange anstand, unter Berücksichtigung des Zeitpunktes zum Gegenstand einer politischen Berechnung erhoben wurde, wobei man nicht außer acht lassen darf, daß die zu erwartende kirchliche Reaktion auf diesen Brief ohne Zweifel einkalkuliert ist. Sie erfolgte dann auch prompt, 91 Synodale stimmten für den Staatsvertrag, 19 gegen ihn, 5 enthielten sich der Stimme. Die Perspektiven auszuweiten, die sich aus diesem politischen Spiel aus Aktion und Reaktion ergeben, wird denen als Auftrag zufallen, die das Verhältnis von Staat und Kirche im Raum der DDR mitzugestalten und mitzutragen haben". Wenn dieses Verständnis des Briefes des ostzonalen Verteidigungsministers richtig ist, hätte die Synode durch die Annahme des Vertrages gerade der politischen Konzeption Rechnung getragen, der sie widersprechen wollte. In diesem Komplex mag auch die Zustimmung der meisten Synodalen aus der DDR ihren Grund haben. Auf jeden Fall hat ein solcher Vertragsabschluß wie der Militärseelsorge-Vertrag seine bedeutsamen politischen Beziehungen.

III

Was ist nun der wesentliche Inhalt des Vertrages? Für die Bundeswehr wird eine ständige Militärseelsorge eingerichtet. Sie wird als Teil der kirchlichen Aufgabe im Auftrag und unter der Aufsicht der Kirche ausgeübt. Der Staat sorgt für den organisatorischen Aufbau der Militärseelsorge und trägt ihre Kosten.

Aufgabe der Militärgeistlichen ist der Dienst an Wort und Sakrament und die Seelsorge. In diesem Dienst ist der Militärgeistliche im Rahmen der kirchlichen Ordnung selbständig.

Die Militärseelsorge wird in personalen Seelsorgebereichen ausgeübt. Diese werden von den beteiligten Gliedkirchen gebildet. Den Gliedkirchen bleibt es überlassen, für die Militärseelsorge Militärkirchengemeinden als landeskirchliche Personalgemeinden zu errichten. Die Bildung, Errichtung und Änderung der einzelnen personalen Seelsorgebereiche und der Militärkirchengemeinden wird zwischen dem Militärbischof und den beteiligten Gliedkirchen nach vorheriger Verständigung mit dem Bundesminister für Verteidigung vereinbart. Mit den Militärkirchengemeinden sind Parochialrechte verbunden.

Der Militärbischof, dem die Leitung der Militärseelsorge obliegt, wird vom Rat der EKiD ernannt, nach Vergewisserung bei der Bundesregierung, daß gegen ihn keine schwerwiegenden Bedenken erhoben werden. Er ist zuständig für alle kirchlichen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Militärseelsorge, im Rahmen des allgemeinen kirchlichen Rechtes. Soweit seine Vorschriften und Richtlinien staatliche Verhältnisse betreffen, bedürfen sie der Zustimmung des Bundesministers für die Verteidigung.

Zur Wahrnehmung der zentralen Aufgaben der evangelischen Militärseelsorge wird am Sitz des Bundesministeriums für Verteidigung ein „Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr" eingerichtet, das dem Bundesminister für Verteidigung unmittelbar nachgeordnet ist. Zu seinem Leiter wird auf Vorschlag des Militärbischofs ein Militärgeneraldekan berufen. Dieser untersteht dem Militärbischof. Soweit er mit der Militärseelsorge zusammenhängende staatliche Verwaltungsaufgaben wahrnimmt, untersteht er dem Bundesminister für Verteidigung.

Die Militärgeistlichen stehen in einem geistlichen Auftrag, in dessen Führung sie von staatlichen Weisungen unabhängig sind. Sie werden aber in ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen, für sechs bis acht Jahre. Soweit sie dauernd für leitende Aufgaben in der Militärseelsorge verwendet werden sollen, werden sie in das Beamtenverhältnis auf

Lebenszeit berufen. Vorschläge zur Ernennung und Beförderung sowie Versetzungen der Militärgeistlichen bedürfen des Einverständnisses des Militärbischofs. Vor sonstigen wichtigen Entscheidungen in personellen Angelegenheiten der Militärgeistlichen ist vom Bundesminister für Verteidigung die Stellungnahme des Militärbischofs einzuholen. Der Staat stellt auch die für die gottesdienstlichen Handlungen und Verwaltungsaufgaben erforderlichen Hilfskräfte zur Verfügung.

IV

Hier geschieht, was Prof. Iwand in der Aussprache hervorhob: daß sich „die Kirche mit diesem Militär institutionell verflechte". Die Institution der Seelsorge wird zu einem Teil der Militärmaschinerie!! Die Verflechtung geschieht, kirchlich gesehen, auf dem Wege der Trennung von Verkündigung und Verwaltung. Gegen diese Trennung hat sich die Kirche zur Zeit des Hitlerregimes von ihrem Bekenntnis her gewehrt — bis zum Leiden! Diese Trennung wird auch in der Theologischen Erklärung der ersten Bekenntnissynode in Barmen verworfen. Diese Erklärung wurde zwar nach 1945 landauf — landab anerkannt, aber heute erinnert man sich weithin nicht mehr gerne an sie.

Die Militärgeistlichen sollen nach dem Vertrag zwar in ihrem kirchlichen Dienst frei sein, aber sie sind Staatsbeamte. Sie sind in der äußeren Ordnung ihres Dienstes vom Staate abhängig. Niemöller wies darauf hin, daß sie damit einer doppelten Loyalität unterworfen sind. „Wo wird die Loyalität im Konfliktsfall liegen?" Die neun Beamten auf Lebenszeit (Generaldekan und Dekane) bilden das Gerippe des Ganzen und haben die Schlüsselstellung inne. Die oberste Verwaltungsstelle der Militärseelsorge untersteht dem Verteidigungsminister. Der Synodale Metzger bemerkte mit Recht, daß bei diesem Vertrag die Gefahr der Überfremdung der Kirche gegeben sei. Was würden die Befürworter des Vertrages eigentlich sagen, wenn ein solcher Vertrag tatsächlich auch mit der Regierung der DDR abgeschlossen würde. Man halte sich die Perspektiven vor Augen, und es wird gerade daran deutlich, daß grundsätzlich die Verflechtung mit dem Staat, wie auch immer er jetzt bei uns beschaffen ist, abzulehnen ist. Es handelt sich im vorliegenden Falle ja nicht nur um eine Verkoppelung mit der westdeutschen Bundesrepublik, sondern über sie hinaus sachlich doch auch um eine solche mit der NATO. Es ist keine Frage: die Freiheit der Verkündigung der Militärseelsorge ist durch diesen Vertrag gefährdet. Welche Paradoxie in den Worten von Bischof Dibelius: „Dieser Vertrag ist zwar keine Garantie für die Freiheit der Seelsorge (!) — die gibt es nicht. Aber es ist eine Magna Charta für die Unabhängigkeit evangelischer Seelsorge unter den Soldaten (?). Deshalb sagen wir im Rat der EKiD: Ja in Gottes Namen"!

Man fragt sich, warum denn überhaupt diese Form der Militärseelsorge? Warum könnte sie nicht analog etwa der Krankenhausseelsorge geordnet werden? Wäre dann etwa dieser kirchliche Dienst z u frei? Wenn die an einem Ort stationierten Soldaten etwa von einem jeweiligen Ortspastor betreut würden, oder wenn die Ortsgemeinde ihrerseits einen oder mehrere Soldatenpfarrer anstellen würde, müßte die Betreuung der Soldaten auch gewährleistet sein. Gewiß, die Kirche müßte dann wohl selber die Kosten übernehmen! Der Dienst hätte aber die Möglichkeit völliger Unabhängigkeit vom Staat und vom Militär. Aber — fürchtet man das etwa? — es bestünde dann natürlich die Möglichkeit, daß sog. „politisch unzuverlässige" Pfarrer an die Soldaten herankommen könnten. Das ist auf Grund des Seelsorgevertrages allerdings ausgeschlossen, denn Staatsbeamte müssen ja unter allen Umständen „politisch zuverlässig" sein. Damit ist deutlich: „Die Kirche hat ihre Freiheit auf diesem Sektor bereits verloren, ehe sie noch mit der Arbeit beginnt" (H. W. Bartsch).

Interessant ist die Bemerkung Niemöllers einem epd-Vertreter gegenüber, daß der Beamtencharakter damit begründet werde, daß er auch in anderen NATO-Staaten üblich sei. Außerdem entspreche er dem Wunsch der katholischen Kirche und dem geheimen Zusatzabkommen zum Reichskonkordat.

V

Die theologische Frage, die auf der Synode gestellt werden mußte und auch gestellt wurde, ist die: „Was wird denn nun in der Militärseelsorge verkündet?" (Niemöller). Diese Frage geht von dem Tatbestand eines mit Atomwaffen ausgerüsteten Heeres aus. „Was ist die Botschaft der Kirche an den Soldaten, der die Massenvernichtungsmittel in seiner Hand hat und sich auf ihren Gebrauch vorbereitet?" (Beckmann). Soll die Seelsorge ihm ein gutes Gewissen geben?

Prälat D. Kunst sagte: „Der cantus firmus in der Militärseelsorge ist die gute Botschaft von Jesus Christus." Nun, was heißt das? Heißt das, daß die Verkündigung sich nur auf den erbaulich-individualistischen Bereich des einzelnen richtet und ihm also beisteht in allen möglichen persönlichen und moralischen Nöten, Versuchungen und Fragen und nicht in den Entscheidungen, die ihm gerade sein Soldatsein vor die Füße legt? Also auch in der Entscheidung: darf ich die Massenvernichtungswaffen bedienen oder ihrem Einsatz dienen? Ist die Frage damit beantwortet, daß Bischof Bender meint, es ginge ja letztlich nicht um die Rettung des physischen Lebens, man müsse also beim Abwurf einer Wasserstoffbombe die Vernichtung von Hunderttausenden von Menschenleben eben in Kauf nehmen, sondern um der Seelen Seligkeit?

Gerstenmaier lehnte eine Verquickung von Militärseelsorge und Atomwaffenfrage ab (epd). Unbegreiflich! Kunst stellte fest (epd), der Staatsvertrag beruhe auf der Überzeugung, daß ein Christ auch heute noch im Atomzeitalter Soldat sein könne. Gut, daß Heinemann davor warnte, die Seelsorge als „moralischen Kitt" für militärische Planungen zu verstehen. Deutlich sagte Niemöller, daß es eine wirkliche Betreuung der Atomsoldaten im Sinne einer Beruhigung ihrer Gewissen gar nicht geben könne. Er und seine Freunde sagten Nein zu einer Seelsorge, die den Fragenden und Angefochtenen abspeist mit Beruhigungspillen. „Lasse ich Gott noch Gott sein, indem ich den Menschen Gottes töte?" (Vogel). Die Frage nach der rechten Verkündigung der Militärseelsorger ist von der evangelischen Kirche nicht beantwortet. Die Kirche geht mit dem Staatsvertrag an ein Unternehmen, für das sie nicht gerüstet ist.

Das Dilemma liegt für sie aber noch viel tiefer begründet. Während D. Kunst sagte, daß es zwischen einem radikalen Pazifismus und den Voraussetzungen, auf denen der Vertrag beruhe, allerdings keine Brücke gebe, und Prof. Künneth es für unmöglich hält, den Soldaten zu sagen: „Mit dem Maschinengewehr darfst du schießen, aber hüte dich vor Atomwaffen", fragte Niemöller: „Kann ein moderner Krieg überhaupt noch als Mittel angesehen werden, dem Nächsten zu dienen?" Es stand also die Frage zur Diskussion, ob ein Christ heute überhaupt noch Soldat sein kann. Diese Fragen in ganzer Freiheit zu entscheiden, ist der evangelischen Kirche durch den Staatsvertrag außerordentlich erschwert.

Oder bedeutet die Zustimmung der Synode zum Seelsorgevertrag schon eine Entscheidung? Diese Frage kann man angesichts der Entschließung der Synode über die Atomwaffen nur sehr besorgt stellen. Es war wohl ein gutes Wort, das Prälat Kunst aussprach: „Der Militärseelsorger muß repräsentieren, daß die Kirche für den Frieden steht. Er muß in seinen Reden deutlich werden lassen, daß die neuen Waffen eine neue Stellung zum Soldatsein erfordern ... Was Rat und Synode in Sachen der Atomwaffen gesagt haben, hat in der Militärgemeinde Gültigkeit". Das wäre eine klare Sache, wenn die Worte des Rates und der Synode aus den letzten Jahren noch wirklich ernst genommen würden. Aber werden sie das? Noch die außerordentliche Synode der EKiD des vergangenen Jahres erklärte: Das Evangelium „verwehrt uns mit der Wissenschaft Götzendienst zu treiben, ihrem Fortschritt den Menschen zu opfern und sie zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln zu mißbrauchen, die durch keinen Zweck geheiligt werden können". Der diesjährigen Synode lag ein Antrag vor, der von ihr forderte, angesichts des atomaren Wettrüstens der Weltmächte und im Blick auf die Aufrüstung auch deutscher Streitkräfte mit atomaren Waffen noch einmal ihr Nein gegenüber diesen Waffen auszusprechen und die Prediger und Seelsorger zu bitten, die Gewissen der ihnen anvertrauten Menschen in der Erkenntnis zu schärfen, daß kein Zweck die Herstellung oder Verwendung der Massenvernichtungsmittel rechtfertige. Die Synode versagte diesem Auftrag ihre Zustimmung und hielt es nur für nötig, an den Ökumenischen Rat der Kirche zu appellieren, sich weiter um ein Verbot der Massenvernichtungswaffen zu bemühen. Wenn diese Bemühungen nun erfolglos bleiben, was dann? Gilt dann das Nein der Kirche noch oder nicht?

Die evangelische Kirche muß sich fragen lassen, ob ihr Handeln ihren Worten entspricht, ob ihre „kirchliche Existenz ein Vakuum ist, das die Welt mit ihrem Leben erfüllt", ob ihre „christliche Aussage eine Wassersuppe ist, die keinen Menschen satt macht" und ob ihr „Zeugnis ein Spruchband ist, über das man zur Tagesordnung übergeht" (Stimme der Gemeinde).

„Ja in Gottes Namen"? Das ist mehr als fragwürdig!

Dr. Georg Groeninger

Die Wiedervereinigung - der Angelpunkt der deutschen Politik (II)

Leitgedanke: Nur ein universales, durch echte Humanitätsgesinnung erneuertes und entgiftetes Denken kann die Politik befähigen, die Probleme der Wiedervereinigung zu lösen.

III. Interessen und Geheimnisse im Hintergrund

Eines der schlimmsten Übel in der Politik ist das Mißtrauen, weil es aus dem Hintergrund geheimer Ziele und Eigeninteressen heraus den Geist der Gemeinschaft zerstört. „Ich betrachte das Geheimnis in der Politik als Sünde ... und hasse es wie ein Verbrechen", sagt Gandhi und ruft aus: „Niemals eine Mentalreservation!" („La jeune Inde", Paris 1924, VII, S. 105).

Es steht auch im stärksten Widerspruch zur Demokratie, daß die Politik noch zu sehr mit „geheimen Vorbehalten" und der Taktik eines Talleyrand arbeitet, die Sprache zu gebrauchen, um die Gedanken zu verbergen. Weltliche Macht- und Geld-Interessen zeigen hier ebenso wie kirchliche Diplomatie und hierarchisches Denken eine in Jahrhunderten geübte Überlegenheit. Dabei sind Hierarchie und Demokratie in ihrem innersten Wesen unvereinbare Gegensätze und führen bei ihrem Zusammentreffen zu einer Entmachtung der Demokratie. Hieraus erklärt sich manches im Hintergrund des heutigen politischen Geschehens.

1. So stehen sich auf der entscheidenden Linie der Ost-West-Spannung in alter politischer Taktik die treibenden Mächte der Weltpolitik gegenüber. Auf der Westseite: die hochkapitalistisch orientierte Weltmacht der USA, die kapitalistisch-weltmarktgebundenen Staaten Westeuropas und der auf kirchliche Weltgeltung bedachte, nach 1945 besonders regsame politische Katholizismus. — Auf der Ostseite: die Weltmacht des staatskapitalistisch orientierten, durch den zweiten Weltkrieg mit westlicher Hilfe zur Militärweltmacht erstarkten, antichristlichen Kommunismus. — Es darf nicht verkannt werden, daß der antichristliche Zug im Kommunismus — wie auch im Denken mancher kolonial beherrschter Völker — wohl weniger einen antireligiösen als vielmehr einen politischen Untergrund hat, und zwar deswegen, weil bei der äußeren Verbindung der herrschenden europäischen Völker mit dem Christentum die Übergriffe und die Ausbeutung im Kolonial-Imperialismus sowohl auf das Schuldkonto der Nationen als auch auf das der Christen gesetzt werden. Das um so mehr, als bei manchen Völkern koloniale Beherrschung und christliche Mission einander in die Hand arbeiteten.

Dietrich Ernst Ralle

Kriegsdienstverweigerung — ein Ausnahmerecht?

Von den bisher gemusterten Wehrpflichtigen des Jahrganges 1937 hat nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl — aus Gründen, die im Rahmen dieses Aufsatzes nicht näher zu untersuchen sind — ihre Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragt. Diese durch Zahlen belegbare Tatsache scheint auf den ersten Blick der derzeitigen Bundesregierung und den Befürwortern der Aufrüstung recht zu geben, die immer wieder erklärten, das Kriegsdienstverweigerungsrecht sei ein „Ausnahmerecht" (vgl. auch die Blank-Broschüre „Vom künftigen deutschen Soldaten", S. 34!). Es ist deshalb dringend notwendig, der juristisch nicht haltbaren Auffassung dieser Herren entgegenzutreten, die mit dem Lächeln der Auguren davon profitieren, daß ein Rechtsunkundiger im allgemeinen nicht scharf genug unterscheidet zwischen einem Ausnahmerecht und einem Grundrecht, von dem nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht wird.

Ein Grundrecht kann seinem Wesen nach kein Ausnahmerecht sein. Bei den Grund-

Daß Wirtschafts- und Handelsinteressen zu Konflikten führen, ist unvermeidbar. Bei den heutigen Ausmaßen von Massenvernichtung und ihrer gleich schweren Rückwirkung auf Urheber und Opfer eines Angriffs können diese Konflikte nicht mehr mit Waffengewalt entschieden werden. Es muß der Gedanke zur Geltung kommen, daß die Millionen von Menschen wichtiger sind als die Millionen in den Bilanzen, und daß das Zusammenleben der Völker (Ko-Existenz!) nichts anderes ist als die naturgegebene und selbstverständliche Bedingung ihres Daseins auf dieser Erde. Auf die Anerkennung dieser Tatsache gründet sich jegliche Ordnung von der Familie bis hin zum Staat und zur Völkergemeinschaft.

Wie soll man aber die Weltmacht- und Geldmacht-Interessierten zu dieser Einsicht bringen, wenn selbst die christlichen Kirchen, die Träger weltweiter Brudergesinnung sein sollten, dem Geist des Verstehens so wenig zugänglich sind? Mit Recht führen die christlichen Kirchen bittere Klage gegen die Verfolgung der Kirchen im Osten und deren Unterdrückung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Diese berechtigte Klage verliert aber erheblich an Gewicht, wenn sich die katholische Kirche sagen lassen muß, daß sie es in katholischen Ländern (z. B. Spanien und Südamerika) nicht besser macht und sogar Glaubensbrüder christlicher Religionen verfolgt und sie schwer unter Druck setzt. Diese Dinge nimmt die nichtchristliche Welt sehr genau und mit ernster Kritik zur Kenntnis. Die Kirche gibt dadurch ihr Ansehen preis vor den Nichtchristen — und auch vor der Großzahl tolerant gesinnter Christen — und schwächt dadurch ihre Abwehrstellung in aller Welt in lebenswichtigen eigenen Anliegen. Wir haben dann aber auch nicht das Recht, anderen ihr antichristliches Denken und ihren Unglauben vorzuwerfen, wenn wir selbst kein besseres Zeugnis von Christus geben.

Mit ganz besonderem Bedauern ist hier festzustellen:

Die aggressive Haltung der Romkirche gegen die höchst duldsame Lutherkirche, die bei uns infolge der politischen Interessenverschränkung nach außen möglichst verdeckt wird, ist im Prinzip offenkundig. Wenn man sich die Aktivität des Klerikalismus, sein Vordringen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und die Tonart seiner Reden vergegenwärtigt, drängt sich bei dem jahrelangen Stillstand ernsthafter Planung für das Ziel unserer Einheit die Frage auf: wären wir in der Wiedervereinigung nicht weitergekommen, wenn die römische Kirche darauf verzichtet hätte, einerseits die westdeutsche Aufrüstung von Anfang an so entschieden zu unterstützen und andererseits aus dem westlichen Deutschland ein Missionsland mit dem Ziel einer Rekatholisierung zu machen und — unter Ausschaltung der überwiegend protestantischen Bevölkerung im Osten Deutschlands — gegenreformatorische Ziele anzustreben?

Es könnte unserm Volk und der Menschheit keineswegs besser gehen, wenn der Protestantismus von der so waffenbereiten Romkirche aufgesogen würde. Die Lage des

---

rechten handelt es sich, wie Prof. Dr. Giese sagt,

> „um ‚Menschenrechte', die im natürlichen Recht wurzeln, vom positiven Recht nicht geschaffen werden, sondern dem positiven Recht vorgegeben sind ..." (Kommentar zum Grundgesetz, 3. Aufl., Vorbem. II zu Abschn. I, S. 11).

Die Grundrechte sind das Fundament unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit, sie sind absolut und unabänderlich.

Ausnahmerechte dagegen sind Privilegien (z. B. privilegium de non appellando), sie gelten heute als unvereinbar mit der vom Rechtsstaat geforderten Gleichberechtigung aller Staatsbürger.

Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung könnte höchstens unter der Voraussetzung als Ausnahmerecht angesehen werden, daß eine moralisch und rechtlich allgemein verbindliche Grundpflicht zum Kriegsdienst bestünde. Eine derartige allgemein verbindliche Grundpflicht, die „im natürlichen Recht wurzelt", kennt unsere Verfassung nicht. Sie existiert nicht, und sie könnte nach dem Grundgesetz schon deswegen nicht existieren, weil eben jeder auf Grund einer freien, verfassungsrechtlich garantierten Gewissensentscheidung den Kriegsdienst verweigern darf. Bundespräsident Prof. Heuß hat diesen Sachverhalt schon am 9. Dezember 1949 richtig erfaßt, als er sagte:

> „Jeder Deutsche hat das Recht, den Dienst in einer bewaffneten Macht zu verweigern."

Wenn demnach jeder Staatsbürger das Recht hat, den Wehrdienst zu verweigern, so kann dieses Recht wohl kaum als Ausnahmerecht angesprochen werden.

Protestantismus ist ernst. Ein Blick auf Spanien kann ihm große Sorgen machen. Denn er muß hier sehen, wie der protestantischen Kirche jede Lebensmöglichkeit abgeschnitten werden soll — Schließung sogar des einzigen Predigerseminars! — und wie schonungslos die katholische Kirche in Glaubensdingen vorgeht. Der spanische Pater (SJ) L. Padrosa hat sich deshalb von ihr getrennt, weil er so schweres Unrecht nicht mehr mittragen konnte. Es ist bedrückend, daß Hierarchie selbst in kirchlichen Dingen keine besseren Formen im Geist christlichen Verstehens zeigt und sich trotz aller Not so wenig bemüht, dem „Frieden auf Erden" besser zu dienen.

2. Der Wiedervereinigung entstehen aber auch Schwierigkeiten aus wirtschaftlichen Gründen von seiten der westeuropäischen Staaten, obwohl diese sich im Potsdamer Abkommen verpflichtet haben, unsere Einheit wiederherzustellen. Wir dürfen ihnen nicht einmal verübeln, daß sie bei ihren schlimmen Erfahrungen seit 1914 und 1939 mit Sorge auf ein geeintes Deutschland sehen — nicht zuletzt aus Konkurrenzfurcht. Deswegen fordern sie trotz aller Bedenken unsere Aufrüstung, weil die deutsche Wirtschaft ohne Rüstungslasten die Weststaaten von dem Weltmarkt verdrängen könnte. In der führenden französischen Zeitung „Le Monde" war das seit 1950 wiederholt zu lesen. Auch in England wurden solche Stimmen laut (Lord Vansittart). Staaten, die unsere Aufrüstung verlangen, denken dabei nicht an die deutschen Interessen, sondern an ihre eigenen. Sie werden in gleicher Weise auch bei der Wiedervereinigung handeln. Wir dürfen ihnen das nicht einmal verargen, wenn wir selbst unsere Interessen nicht besser zu wahren suchen.

Wir hätten klüger getan, wenn wir uns bei den beachtlichen Gründen, die uns zur Seite standen und stehen, mit guter diplomatischer Form nach beiden Seiten hin neutral verhalten und jede Verschärfung der Dinge vermieden hätten. Wenn wir die Aktiv- und Passiv-Posten sowohl der Aufrüstung als auch der Wiedervereinigung vergleichen, müssen wir im Saldo einen empfindlichen Fehlbetrag verbuchen. Auch das Klein-Europa wirkt sich zu sehr auf der Passivseite aus und belastet unter anderem auch mit der Montanunion, ihren Preis-, Waren- und Zoll-Problemen und dem „Gemeinsamen Markt" die an sich schon so schwache Position der Wiedervereinigung. Es ist zu viel Gemachtes, zu wenig Durchdachtes. Kennzeichnend genug ist, daß der Bundeswirtschaftsminister dieses neue Vertragswerk mit scharfen Worten ablehnte. Aufs Ganze gesehen, äußert auch der belgische Außenminister Spaak seine Bedenken: „Ich fürchte nur — und das bekenne ich —, es könnte sich eine immer verworrenere Lage entwickeln, in der die westliche Welt nichts zu gewinnen hätte" („Das Parlament" v. 6. 3. 1957, S. 133). Wie kann sich da der Westen für die deutsche Einheit einsetzen!

3. Auch die Vertreter des Kommunismus haben ihre geheimen Gedanken. Sie sind, wie so viele von uns, von Mißtrauen erfüllt. Den Vertragsbruch Hitlers und den Überfall im Juni 1941 können sie nicht so leicht vergessen, und seit dem Beginn unserer Aufrüstung sehen sie die Atomwaffen des Westens — Sowjetrußland war damals noch ohne Atom-

---

Grundrechte, die nicht von allen Staatsbürgern in Anspruch genommen werden, wie z. B. das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Art. 5 Abs. 1 GG), sind deswegen noch keine Ausnahmerechte oder Privilegien für diejenigen, die von ihnen Gebrauch machen.

Weshalb aber legen die Bonner Rüstungspolitiker überhaupt so großen Wert auf die Feststellung, bei dem in Art. 4 Abs. 3 GG verankerten Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung handele es sich um ein „Ausnahmerecht"? Ganz einfach deswegen, weil Ausnahmevorschriften nach allgemeinen juristischen Grundsätzen eng auszulegen sind (sog. restriktive Interpretation). Beim Wehrpflichtgesetz haben diese vermeintlich hier anwendbaren Grundsätze schon einige Verfassungsbeschwerden ausgelöst. Im Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes ist nämlich einfach vom Gewissen die Rede („Niemand darf gegen sein Gewissen . . ."), während der § 25 des Wehrpflichtgesetzes schon eine deutliche Einengung der freien Gewissensentscheidung enthält („Wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt . . .").

Schon der bekannte Grundgesetz-Kommentar von Mangoldt-Klein (2. Aufl. 1955, S. 225) wandte sich gegen diese Ansicht. Auch Andreas Hamann stellt in seinem Kommentar zum Grundgesetz fest, daß es sich bei der Bestimmung des Art. 4 Abs. 3

waffen — als Drohung auf sich zukommen. Wir sollten mit dem Abbau des Mißtrauens beginnen. Denn im Grunde bestehen hier wenige Geheimnisse. Wir wissen, daß der Kommunismus den Kapitalismus vernichten will und daß er der Gegner der christlichen Kirchen ist, die leider politisch zu sehr auf seiten des Kapitals und der Kanonen standen. Und drüben im Osten weiß man, daß der Kapitalismus mit Hilfe der Kirchen den Kommunismus vernichten will. Also stehen zwei Ideologien, die gefährlich sind, weil sie aus Haß und Mißtrauen genährt sind, und zwei Institutionen im Kampf gegeneinander. Ideen lassen sich nicht mit Waffen bekämpfen; sie sollen es im geistigen Wettbewerb um beste Sozial- und Kultur-Leistungen tun, aber nicht mit den Mitteln der Gewalt, die die Völker das Leben kosten und die Menschen immer mehr in Not und Verzweiflung treiben. Sie haben genug gelitten und geblutet.

Wenn wir diese Ideologien: hier Christ — dort Antichrist; hier Privatkapital — dort Staatskapital mit Kollektivwirtschaft — ausschalten, bleibt kein Grund mehr, weshalb wir nicht auch mit den Völkern und der Wirtschaft des Ostens in Verbindung treten sollten. Dort hat man uns — in Ergänzung zum Westen — bei einer krisenfesteren entwicklungsfähigeren Wirtschaft sehr viel zu bieten, im Bezug wie in der Lieferung von Waren und Rohstoffen („Der Spiegel", Heft 12, S. 34). Die sowjetischen Staatsmänner waren vor einem Jahr in London sehr gern gesehen, als sie ihre Millionenaufträge für die englische Industrie übermittelten. Denn beim Geschäft, beim wirtschaftlichen Planen gibt es keinen Unterschied zwischen Ost und West — trotz aller Ideologien. „Ganz gewiß aber ist der Kommunismus nicht der Feind unserer westlichen bürgerlichen, kapitalistischen und materialistischen Zivilisation", sagt Fulton J. Sheen, der Bischof von New York (S. 38 in „Kommunismus und Gewissen der westlichen Welt"). Soll der „Todfeind" im Osten nur die Rolle des „Erbfeindes" im Westen übernehmen?

Aber auch die Ideologien selbst rechtfertigen nicht diese starre, geradezu dogmatische Ablehnung alles dessen, was vom Osten kommt. Wir dürfen auch hier auf Fulton J. Sheen hören, der nach sehr eingehender Untersuchung zu dem Ergebnis kommt: „Nicht darum ist der Kommunismus zu fürchten, weil er widergöttlich ist, sondern weil wir gottlos sind; nicht weil er stark ist, sondern weil wir schwach sind ..." (a. a. O., S. 45). In der Tat, der Kommunismus ist in den Zeiten unserer größten Schwäche — jeweils beim Zusammenbruch der „Politik der Stärke" (1917 und 1945) — zur Macht gelangt!

Es ist nicht zu verstehen, daß man aus ideologischen Gründen heraus im Osten wirtschaftstrennende und -hemmende Gräben aufreißt, obwohl die beiden Arten von Kapitalismus in dem gleichen Streben nach guten Geschäften, nach Wirtschaftsstabilisierung und nach wirtschaftlicher Machtsicherung Hand in Hand gehen. Jedenfalls bietet der Osten bei der Wiedervereinigung wohl kaum ein w i r t s c h a f t l i c h e s Hindernis. Denn er braucht die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht zu fürchten und unsere Aufrüstung nicht zu wünschen, um uns wirtschaftlich niederzuhalten.

„unbestrittenermaßen um ein echtes Grundrecht von aktueller, nicht nur programmatischer Bedeutung"

handele. Es stehe in engstem Zusammenhang mit der in Art. 4 Abs. 1 GG garantierten Gewissensfreiheit,

„die ihrerseits wiederum eine zwangsläufige Folgerung aus dem materiellen Hauptgrundrecht des Art. 1 Abs. 1 auf Wahrung der Menschenwürde darstellt."

Es sei daher „völlig abwegig", wenn das Kriegsdienstverweigerungsrecht in der amtlichen Begründung zum Regierungsentwurf des Wehrpflichtgesetzes (Bundestag-Drucksache 61/56, S. 31) als „Ausnahmerecht" bezeichnet werde, das lediglich eine Gruppe von Wehrpflichtigen von einer allgemeinen Staatsbürgerpflicht befreie. Hamann sieht im Kriegsdienstverweigerungsrecht vielmehr

„die K o n k r e t i s i e r u n g e i n e s a l l g e m e i n e n v o r - u n d ü b e r s t a a t l i c h e n R e c h t s p r i n z i p s, das als solches der Wehrpflicht als einer vom Staat geschaffenen Ordnung im Range vorgeht und für eine solche primär die Grenzen zieht. Für eine Anwendung des allgemeinen Grundsatzes, daß Ausnahmevorschriften eng auszulegen sind, ist daher hier überhaupt kein Raum mehr." (Sperrungen vom Verfasser.)

Diesen Worten des juristischen Kommentators ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Uns würde es nur interessieren, wie die regierungstreuen Verfechter des „Ausnahmerechtes" sich aus der Schlinge zögen, wenn eines Tages — was ja theoretisch immerhin möglich ist — die Gruppe der wehrdienstverweigernden Staatsbürger, die das „Ausnahmerecht" für sich in Anspruch nehmen, größer wäre als die der wehrfreudigen Untertanen, die ihrer „allgemeinen Staatsbürgerpflicht" nachkommen.

IV. Der Weg — und die Wahlen

Rückblickend auf unsere Außenpolitik seit 1949 muß man — bei voller Anerkennung des sonst Geleisteten — leider sagen, daß wir über die Methoden und das Niveau der gescheiterten Politik der Vergangenheit nicht hinausgekommen sind. In anderer Umrahmung dasselbe Bild: Politik der Stärke, Aufrüstung, scharfe Reden, Wehrkraftsorgen, Wirtschaftsauftrieb ohne produktive Wertsteigerung, Preissteigerung mit Währungsrisiken — dazu die Atombewaffnung. Die Männer am Steuer haben wohl gewechselt, aber der Wagen rollt weiter mit der alten Last und einer noch schlimmeren explosiven Ladung. Diese Politik kann nicht beanspruchen, positiv und konstruktiv zu sein. Denn d i e s e Art der Aufrüstung in unserer Situation kann sich nur zum Nachteil der Wiedervereinigung, bei der drückenden wirtschaftlichen und seelischen Belastung unseres Volkes als Kriegsfolge und bei der Verlustbelastung durch die Aufrüstung selbst als Negation der Volksinteressen auswirken.

1. Die Regierungsparteien werden es bei den Wahlen schwer haben, ihre Außenpolitik mit Sachgründen zu belegen. Sie können nicht bestreiten, daß durch die Aufrüstung die Wiedervereinigung wie auch die Lösung der übrigen an sich schon schwierigen Ostprobleme erheblich erschwert wird. Unserem Volke kann es aber nicht von Nutzen sein, wenn der Mangel an Sachgründen mit einem Millionenaufwand für die Wahl und mit kirchlicher Hilfsstellung ersetzt werden soll.

Die Opposition ist in den Sachgründen viel stärker, als sie es sich bis jetzt zugetraut hat. Ihre besten Trümpfe hat sie in den Debatten nicht ausgespielt; und wer es zu tun sich anschickte, wurde im Fraktionszwang — diesem unglücklichen und undemokratischen Kollektiv des Parteibetriebs — ausgeschaltet. Sie müßte nun bei den Wahlen aus dem unsicheren Lavieren herauskommen, ein klares Ziel und ihre Selbstsicherheit finden. Ihre alte Tradition als Partei der internationalen Verständigung sollte sie geschlossen wieder aufnehmen und als „Stimme des Volkes" die Wiedervereinigung in den Vordergrund stellen. Eine solche ist aber nicht möglich ohne eine Verständigung mit Sowjetrußland. Mag uns auch das System seiner Regierung nicht gefallen, so sollten wir doch bedenken, daß wir selbst eine Diktatur geschaffen und geduldet haben, unter der wir den Völkern Europas und zumeist auch denen im Osten soviel Schweres angetan haben. Wir haben also keinen Grund zur Überheblichkeit und sollten, wie im Westen, von Mensch zu Mensch — nicht mit der betonten diplomatischen Distanz — ein aufrichtiges Gespräch über die Sorgen unserer Völker führen. Und wenn man glaubt, es um der Regierung willen nicht tun zu können, so sollten wir es dem V o l k zuliebe tun. Denn wir dürfen nicht weiter in dem Gedanken verharren, als ob die Politik um der Regierungen willen da sei. Sie hat den Völkern dienstbar zu sein. Denn in den Völkern sitzt die Kraft des Lebens, nicht in den Regierungen. Die Völker sind die Träger des Staates und der Wirtschaft, nicht die Sondergruppen, die von oben her das Ganze zu bestimmen suchen.

Die Wiedervereinigung soll dem Leben und Gedeihen unseres Volkes, zugleich aber auch der Verständigung mit Ost u n d West dienen, damit die Völker in den Gegensätzen von Systemen und Ideologien nicht vollends zugrunde gehen, hinter denen sich doch nur persönliche und korporative Macht und Geld-Interessen verbergen.

2. Wenn wir politisch begriffen haben werden, was wir im Aufbau der Staaten den tragenden breiten Schichten in Wirtschaft und Volkstum zu danken haben; wenn wir dann weiter begreifen, daß sich diese große Gemeinschaft nach Wirtschafts- oder Staats-Systemen, nach nationalen, rassischen oder religiösen Gesichtspunkten im universalen Denken existentiell gar nicht trennen läßt (Ko-Existenz!), weil sie die Einheit der großen Schöpfung ist — dann würden wir verstehen, wie sehr die bisherige und heutige Politik an ihrem entscheidenden Ziel und an ihrer wichtigsten Aufgabe — der Erhaltung und Förderung der Lebensgemeinschaft von Volk und Völkern — vorbeiging. In diesem Versagen der Politik liegt die wesentliche Ursache des Niederganges.

In beachtlicher und besserer Erkenntnis der Dinge sprach ein heutiger Vertreter unserer Regierung vor zehn Jahren das treffende Wort: „In Deutschland sieht man sich leider zu sehr genötigt, alles, was den Osten angeht, in Schwarz-Weiß-Malerei zu sehen. Der unselige Versuch der Amerikaner, den antikommunistischen Feldzug zu führen, hat die Verwirrung der Leute nur vertieft. Es ist unsere Pflicht, dazu beizutragen, auch gegenüber Rußland den tiefsten Grund der Feindschaft zu beseitigen, nämlich das Mißtrauen"

(„Stimme der Gemeinde", 1955, Nr. 7). Das war die Zeit, als die Staatsmänner erklärten, daß unser Volk keine Waffen mehr tragen dürfe und daß es als Volk der Mitte neutral bleiben müsse. Diese so rasch vergessenen Worte tragen soviel an absolutem Wertgehalt in sich, daß sie auch heute und in Zukunft als Beweis für und gegen die Richtigkeit politischer Entscheidungen zu werten sind.

Den Männern wie Martin Niemöller müßten wir dankbar sein, daß sie schon vor Jahren diese Wege suchten; daß sie verachtet und gelästert — nach dem Wort: „Gehet hin in alle Welt und lehret die Völker" — auch nach dem Osten gegangen sind, um in echter Humanitäts- und Christen-Gesinnung sich der „Mühseligen und Beladenen", insbesondere der Gefangenen, anzunehmen und Worte der Versöhnung zu sprechen, während ihre christlichen Brüder im Westen boshafte Reden führten und nach Waffen riefen.

Wann werden die Kirchen, die heute mit voller Verantwortung im politischen Forum stehen, erkennen, daß sie auch im politischen Leben und gerade hier ihrer höchsten Offenbarung zu dienen haben? Wenn sie diesen Weg nicht finden, müssen wir bei Gandhi und seinem so schwer verkannten (Kaschmir!) Jünger Nehru lernen, wie man mit den absoluten Werten christlicher Offenbarung und humaner Ethik Politik macht. Über diese absoluten Werte hat kein Parlament zu befinden. Hier gibt es keine Mehrheit, sondern nur die menschheitsverbindende Wahrheit. Das sind keine Utopien, keine unerfüllbaren Ideale, sondern die absoluten Forderungen an jeden, insbesondere an die politisch und geistig Verantwortlichen, Forderungen, die heute Leben oder Tod bedeuten.

Im gleichen Gedanken fordert E. Diesel die Vergeistigung der Politik im Sinne der höchsten Werte des Geistes: „Der Wert der zukünftigen Nationen wird genau ihrem geistigen und sittlichen Wert entsprechen ... Diejenigen Nationen werden die größten sein, die die reinsten Geister hervorbringen" („Völkerschicksal", S. 137).

Nur mit solchen Maßstäben können wir im Wirrsal von heute überhaupt noch an die Politik herangehen, vor allem aber an die Probleme der Wiedervereinigung. Laßt uns den Osten besser verstehen, wie wir auch im Westen — aus dem Wahn der „Erbfeindschaft" heraus — den Weg des Verstehens gegangen sind; dann wird man im Osten auch uns verstehen! Wir dürfen nicht länger die V ö l k e r mit den Dingen belasten, die die R e g i e r u n g e n in ewigem Hader halten. Denn es geht um unser Volk und um unsere Einheit, dann aber auch, in weiterer Sicht, um das Leben aller Völker und um ihre Gemeinschaftsordnung. Und schließlich gilt es, die größte Gefahr, die geistige Verblendung im Zeitalter der atomaren Vernichtung, aus der Politik auszuschalten und durch Größe des Geistes und des Herzens zu überwinden.

3. Die Wahlen müssen einen entscheidenden Umschwung in der politischen Arena herbeiführen, wenn sie ein Erfolg für unser V o l k werden sollen. Wenn die Reden und Debatten nicht auf ein hohes Niveau kommen und im rauhen Ton der alltäglichen Gehässigkeiten durch Herabsetzung des Andersdenkenden — statt durch Sachgründe — Beifall zu finden suchen, wenn sie nur eine Rechtfertigung des Vergangenen und nicht neue Gedanken für die besseren Wege, die noch zu beschreiten sind, bringen wollen, dann wird es trotz freier Wahlen für unser Volk schlimm bestellt sein. Aber Wahlen sind nicht die letzte Entscheidung. Politisch falsche Wege und Fehlentscheidungen werden nicht dadurch richtig, daß sie unter propagandistischem Einfluß eine Mehrheit finden. Die letzte Entscheidung liegt im Gewissen der Gewählten und der Verantwortlichen und endgültig in der Gewissensbindung an die zwingenden absoluten Werte, mögen sie in der christlichen Ethik oder in weltanschaulich gebundener Humanitätsgesinnung begründet sein. Bei diesen obersten Normen gibt es keinen Unterschied der Parteien, Nationen und Konfessionen. Hier muß Politik über alles sonst Trennende hinweg ihren festen Untergrund finden, auf dem alle stehen.

Wir haben allen Grund, um unser Volk in größter Sorge zu sein, und müssen alles für sein Bestes tun. Nach so schweren Enttäuschungen und Opfern in den früheren Jahrzehnten darf es das Beste von denen verlangen, die sein Schicksal bestimmen wollen. Es ist immer zu willig dem Geist gefolgt, der „von oben her" zu ihm kam. Seit 150 Jahren ist es politisch zu sehr mißbraucht worden von denen, die es sinnvoll hätten führen müssen. So mußte es — um mit Grillparzer zu sprechen — den traurigen Weg gehen von der Humanität — durch die Nationalität — zur Bestialität. War es anders seit 1939—1945? So ging sein Weg vom Idealismus der Goethezeit über den Militarismus der nationalen Erstarkung zum Nihilismus der Diktatur. Man kann ihn aber auch anders beschreiben: Von der Hu-

manität durch die Legalität zur Brutalität. Kann man den Ausdruck unseres heutigen Lebensstils, der alles, was aus Gemüt und Seele kommt, verdrängt hat und auf äußere Form, Verflachung und Lebesstandard eingestellt ist, anders bezeichnen? Und dann diese peinliche Legalität, die mit ihrer eiskalten Gesetzmäßigkeit an bestem Volkstum achtlos vorübergeht! In dieser Entwicklung konnte sich ein gesundes politisches Selbstbewußtsein und kritisches Denken zu wenig entfalten. Dieser Umstand verpflichtet aber die politischen Führer zu besonderer Leistung, vor allem bei den Wahlen.

In der politischen Restauration seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts wurde das Volk um seine Rechte gebracht und in die tiefste Erniedrigung gestürzt (1945). Nun sind wir in einer neuen Restauration. Sie wird unser Volk in weitere Not bringen, wenn die Politik bei dem alten traditionellen Geist verharrt. Wir brauchen den neuen politischen Geist, der die geistigen Elemente negativen Inhalts ausschaltet. Wir brauchen aber auch den Geist, der auf unser Volkstum bezogen ist. Die Wahlen müssen daher das erste Ziel haben, daß unsere Politik vom d e u t s c h e n Volksinteresse her bestimmt wird, unabhängig von Wünschen und Interessen der Westmächte oder des Ostblocks oder Roms. Es könnte uns aber ein Vorbild im Geiste Gandhis gegeben sein, dem es als dem führenden Politiker des 20. Jahrhunderts gelungen ist, die Grundforderungen der Humanitätsgesinnung und der Wahrung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten in der Verbindung mit einer weltweiten Religiosität, wie sie nur der christlichen Lehre eigen ist, in der Bürokratie des Kirchentums aber leider verkümmern mußte, politisch in Aktion zu setzen. Die politische Leistung Gandhis steht einzig in der Welt. Sie ist Richtschnur der Weltpolitik geworden, ja sogar die Voraussetzung zur Erhaltung der Menschheit in den Atomgefahren.

Mehr als sonst ist es notwendig, daß man mit der inneren Hingabe und der Gläubigkeit eines Gandhi an die Probleme herangeht. Wer sie mit Widerwillen und Unbehagen angreift, wird nie zum Erfolg kommen. Das hemmt auch die politische Arbeit.

Wenn wir uns auf die Höhen des Geistes aufzuschwingen vermögen, wie ihn E. Diesel fordert — eine Geistesvollendung, die uns über die Interessen-Bindungen und Feindschafts-Hemmungen hinausträgt — werden wir in den Wahlen die beste Vorarbeit für die kommenden Dinge leisten und die richtigen Ansatzpunkte finden für die Wiedervereinigung, für die übrigen Ostfragen und vor allem für den Friedensvertrag, der unserem Volk schon viel zu lange vorenthalten wird.

Die Probleme sind alle zu lösen. Man muß nur heraus aus den Vorbehalten und stillen Hemmungen, damit man in geistiger Anpassung an die Dinge auf die Ebene gelangt, von der aus sie allein zu lösen sind.

Politik ist nicht mehr die „Kunst des Möglichen" in bezug auf das Eigeninteresse, sondern weit mehr die „P f l i c h t d e s N o t w e n d i g e n" auf das Interesse des Ganzen bezogen.

Denken wir daran gerade im Wahljahr 1957!

Dr. H e i n z S i t t a

Rüstung und Frieden

In letzter Zeit hören wir vielfach die Meinung, es werde keinen dritten Weltkrieg geben, weil jeder der beiden Machtblöcke die Gefahr sehr genau kenne, der er sich auch in einem schließlich siegreichen Kriege aussetzen würde. Die Entwicklung der modernen Waffen, so wird argumentiert, macht den Krieg zu einem zu großen Wagnis. Jede der beiden Seiten weiß, daß die andere Macht selbst nach einem plötzlichen Überfall noch die Mittel zu wirkungsvollen Gegenschlägen hätte und daß ein Sieg daher mit fast völliger Vernichtung auch des eigenen Volkes und Landes bezahlt werden müßte. Ständige Rüstung sei notwendig, um den Gegner stets an dieses Risiko zu erinnern.

Dieser scheinbar bestechend logische Gedankengang ist in Wirklichkeit sehr gefährlich. Denn zunächst müßte man fragen: besteht nicht die Gefahr, daß die gegenwärtige „Sicher-

Dr. Georg Groeninger

Die Wiedervereinigung - der Angelpunkt der deutschen Politik (II)

Leitgedanke: Nur ein universales, durch echte Humanitätsgesinnung erneuertes und entgiftetes Denken kann die Politik befähigen, die Probleme der Wiedervereinigung zu lösen.

III. Interessen und Geheimnisse im Hintergrund

Eines der schlimmsten Übel in der Politik ist das Mißtrauen, weil es aus dem Hintergrund geheimer Ziele und Eigeninteressen heraus den Geist der Gemeinschaft zerstört. „Ich betrachte das Geheimnis in der Politik als Sünde ... und hasse es wie ein Verbrechen", sagt Gandhi und ruft aus: „Niemals eine Mentalreservation!" („La jeune Inde", Paris 1924, VII, S. 105).

Es steht auch im stärksten Widerspruch zur Demokratie, daß die Politik noch zu sehr mit „geheimen Vorbehalten" und der Taktik eines Talleyrand arbeitet, die Sprache zu gebrauchen, um die Gedanken zu verbergen. Weltliche Macht- und Geld-Interessen zeigen hier ebenso wie kirchliche Diplomatie und hierarchisches Denken eine in Jahrhunderten geübte Überlegenheit. Dabei sind Hierarchie und Demokratie in ihrem innersten Wesen unvereinbare Gegensätze und führen bei ihrem Zusammentreffen zu einer Entmachtung der Demokratie. Hieraus erklärt sich manches im Hintergrund des heutigen politischen Geschehens.

1. So stehen sich auf der entscheidenden Linie der Ost-West-Spannung in alter politischer Taktik die treibenden Mächte der Weltpolitik gegenüber. Auf der Westseite: die hochkapitalistisch orientierte Weltmacht der USA, die kapitalistisch-weltmarktgebundenen Staaten Westeuropas und der auf kirchliche Weltgeltung bedachte, nach 1945 besonders regsame politische Katholizismus. — Auf der Ostseite: die Weltmacht des staatskapitalistisch orientierten, durch den zweiten Weltkrieg mit westlicher Hilfe zur Militärweltmacht erstarkten, antichristlichen Kommunismus. — Es darf nicht verkannt werden, daß der antichristliche Zug im Kommunismus — wie auch im Denken mancher kolonial beherrschter Völker — wohl weniger einen antireligiösen als vielmehr einen politischen Untergrund hat, und zwar deswegen, weil bei der äußeren Verbindung der herrschenden europäischen Völker mit dem Christentum die Übergriffe und die Ausbeutung im Kolonial-Imperialismus sowohl auf das Schuldkonto der Nationen als auch auf das der Christen gesetzt werden. Das um so mehr, als bei manchen Völkern koloniale Beherrschung und christliche Mission einander in die Hand arbeiteten.

Dietrich Ernst Ralle

Kriegsdienstverweigerung — ein Ausnahmerecht?

Von den bisher gemusterten Wehrpflichtigen des Jahrganges 1937 hat nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl — aus Gründen, die im Rahmen dieses Aufsatzes nicht näher zu untersuchen sind — ihre Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragt. Diese durch Zahlen belegbare Tatsache scheint auf den ersten Blick der derzeitigen Bundesregierung und den Befürwortern der Aufrüstung recht zu geben, die immer wieder erklärten, das Kriegsdienstverweigerungsrecht sei ein „Ausnahmerecht" (vgl. auch die Blank-Broschüre „Vom künftigen deutschen Soldaten", S. 34!). Es ist deshalb dringend notwendig, der juristisch nicht haltbaren Auffassung dieser Herren entgegenzutreten, die mit dem Lächeln der Auguren davon profitieren, daß ein Rechtsunkundiger im allgemeinen nicht scharf genug unterscheidet zwischen einem Ausnahmerecht und einem Grundrecht, von dem nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht wird.

Ein Grundrecht kann seinem Wesen nach kein Ausnahmerecht sein. Bei den Grund-

Daß Wirtschafts- und Handelsinteressen zu Konflikten führen, ist unvermeidbar. Bei den heutigen Ausmaßen von Massenvernichtung und ihrer gleich schweren Rückwirkung auf Urheber und Opfer eines Angriffs können diese Konflikte nicht mehr mit Waffengewalt entschieden werden. Es muß der Gedanke zur Geltung kommen, daß die Millionen von Menschen wichtiger sind als die Millionen in den Bilanzen, und daß das Zusammenleben der Völker (Ko-Existenz!) nichts anderes ist als die naturgegebene und selbstverständliche Bedingung ihres Daseins auf dieser Erde. Auf die Anerkennung dieser Tatsache gründet sich jegliche Ordnung von der Familie bis hin zum Staat und zur Völkergemeinschaft.

Wie soll man aber die Weltmacht- und Geldmacht-Interessierten zu dieser Einsicht bringen, wenn selbst die christlichen Kirchen, die Träger weltweiter Brudergesinnung sein sollten, dem Geist des Verstehens so wenig zugänglich sind? Mit Recht führen die christlichen Kirchen bittere Klage gegen die Verfolgung der Kirchen im Osten und deren Unterdrückung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Diese berechtigte Klage verliert aber erheblich an Gewicht, wenn sich die katholische Kirche sagen lassen muß, daß sie es in katholischen Ländern (z. B. Spanien und Südamerika) nicht besser macht und sogar Glaubensbrüder christlicher Religionen verfolgt und sie schwer unter Druck setzt. Diese Dinge nimmt die nichtchristliche Welt sehr genau und mit ernster Kritik zur Kenntnis. Die Kirche gibt dadurch ihr Ansehen preis vor den Nichtchristen — und auch vor der Großzahl tolerant gesinnter Christen — und schwächt dadurch ihre Abwehrstellung in aller Welt in lebenswichtigen eigenen Anliegen. Wir haben dann aber auch nicht das Recht, anderen ihr antichristliches Denken und ihren Unglauben vorzuwerfen, wenn wir selbst kein besseres Zeugnis von Christus geben.

Mit ganz besonderem Bedauern ist hier festzustellen:

Die aggressive Haltung der Romkirche gegen die höchst duldsame Lutherkirche, die bei uns infolge der politischen Interessenverschränkung nach außen möglichst verdeckt wird, ist im Prinzip offenkundig. Wenn man sich die Aktivität des Klerikalismus, sein Vordringen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und die Tonart seiner Reden vergegenwärtigt, drängt sich bei dem jahrelangen Stillstand ernsthafter Planung für das Ziel unserer Einheit die Frage auf: wären wir in der Wiedervereinigung nicht weitergekommen, wenn die römische Kirche darauf verzichtet hätte, einerseits die westdeutsche Aufrüstung von Anfang an so entschieden zu unterstützen und andererseits aus dem westlichen Deutschland ein Missionsland mit dem Ziel einer Rekatholisierung zu machen und — unter Ausschaltung der überwiegend protestantischen Bevölkerung im Osten Deutschlands — gegenreformatorische Ziele anzustreben?

Es könnte unserm Volk und der Menschheit keineswegs besser gehen, wenn der Protestantismus von der so waffenbereiten Romkirche aufgesogen würde. Die Lage des

---

rechten handelt es sich, wie Prof. Dr. Giese sagt,

> „um ‚Menschenrechte', die im natürlichen Recht wurzeln, vom positiven Recht nicht geschaffen werden, sondern dem positiven Recht vorgegeben sind ..." (Kommentar zum Grundgesetz, 3. Aufl., Vorbem. II zu Abschn. I, S. 11).

Die Grundrechte sind das Fundament unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit, sie sind absolut und unabänderlich.

Ausnahmerechte dagegen sind Privilegien (z. B. privilegium de non appellando), sie gelten heute als unvereinbar mit der vom Rechtsstaat geforderten Gleichberechtigung aller Staatsbürger.

Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung könnte höchstens unter der Voraussetzung als Ausnahmerecht angesehen werden, daß eine moralisch und rechtlich allgemein verbindliche Grundpflicht zum Kriegsdienst bestünde. Eine derartige allgemein verbindliche Grundpflicht, die „im natürlichen Recht wurzelt", kennt unsere Verfassung nicht. Sie existiert nicht, und sie könnte nach dem Grundgesetz schon deswegen nicht existieren, weil eben jeder auf Grund einer freien, verfassungsrechtlich garantierten Gewissensentscheidung den Kriegsdienst verweigern darf. Bundespräsident Prof. Heuß hat diesen Sachverhalt schon am 9. Dezember 1949 richtig erfaßt, als er sagte:

> „Jeder Deutsche hat das Recht, den Dienst in einer bewaffneten Macht zu verweigern."

Wenn demnach jeder Staatsbürger das Recht hat, den Wehrdienst zu verweigern, so kann dieses Recht wohl kaum als Ausnahmerecht angesprochen werden.

Protestantismus ist ernst. Ein Blick auf Spanien kann ihm große Sorgen machen. Denn er muß hier sehen, wie der protestantischen Kirche jede Lebensmöglichkeit abgeschnitten werden soll — Schließung sogar des einzigen Predigerseminars! — und wie schonungslos die katholische Kirche in Glaubensdingen vorgeht. Der spanische Pater (SJ) L. Padrosa hat sich deshalb von ihr getrennt, weil er so schweres Unrecht nicht mehr mittragen konnte. Es ist bedrückend, daß Hierarchie selbst in kirchlichen Dingen keine besseren Formen im Geist christlichen Verstehens zeigt und sich trotz aller Not so wenig bemüht, dem „Frieden auf Erden" besser zu dienen.

2. Der Wiedervereinigung entstehen aber auch Schwierigkeiten aus wirtschaftlichen Gründen von seiten der westeuropäischen Staaten, obwohl diese sich im Potsdamer Abkommen verpflichtet haben, unsere Einheit wiederherzustellen. Wir dürfen ihnen nicht einmal verübeln, daß sie bei ihren schlimmen Erfahrungen seit 1914 und 1939 mit Sorge auf ein geeintes Deutschland sehen — nicht zuletzt aus Konkurrenzfurcht. Deswegen fordern sie trotz aller Bedenken unsere Aufrüstung, weil die deutsche Wirtschaft ohne Rüstungslasten die Weststaaten von dem Weltmarkt verdrängen könnte. In der führenden französischen Zeitung „Le Monde" war das seit 1950 wiederholt zu lesen. Auch in England wurden solche Stimmen laut (Lord Vansittart). Staaten, die unsere Aufrüstung verlangen, denken dabei nicht an die deutschen Interessen, sondern an ihre eigenen. Sie werden in gleicher Weise auch bei der Wiedervereinigung handeln. Wir dürfen ihnen das nicht einmal verargen, wenn wir selbst unsere Interessen nicht besser zu wahren suchen.

Wir hätten klüger getan, wenn wir uns bei den beachtlichen Gründen, die uns zur Seite standen und stehen, mit guter diplomatischer Form nach beiden Seiten hin neutral verhalten und jede Verschärfung der Dinge vermieden hätten. Wenn wir die Aktiv- und Passiv-Posten sowohl der Aufrüstung als auch der Wiedervereinigung vergleichen, müssen wir im Saldo einen empfindlichen Fehlbetrag verbuchen. Auch das Klein-Europa wirkt sich zu sehr auf der Passivseite aus und belastet unter anderem auch mit der Montanunion, ihren Preis-, Waren- und Zoll-Problemen und dem „Gemeinsamen Markt" die an sich schon so schwache Position der Wiedervereinigung. Es ist zu viel Gemachtes, zu wenig Durchdachtes. Kennzeichnend genug ist, daß der Bundeswirtschaftsminister dieses neue Vertragswerk mit scharfen Worten ablehnte. Aufs Ganze gesehen, äußert auch der belgische Außenminister Spaak seine Bedenken: „Ich fürchte nur — und das bekenne ich —, es könnte sich eine immer verworrenere Lage entwickeln, in der die westliche Welt nichts zu gewinnen hätte" („Das Parlament" v. 6. 3. 1957, S. 133). Wie kann sich da der Westen für die deutsche Einheit einsetzen!

3. Auch die Vertreter des Kommunismus haben ihre geheimen Gedanken. Sie sind, wie so viele von uns, von Mißtrauen erfüllt. Den Vertragsbruch Hitlers und den Überfall im Juni 1941 können sie nicht so leicht vergessen, und seit dem Beginn unserer Aufrüstung sehen sie die Atomwaffen des Westens — Sowjetrußland war damals noch ohne Atom-

---

Grundrechte, die nicht von allen Staatsbürgern in Anspruch genommen werden, wie z. B. das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Art. 5 Abs. 1 GG), sind deswegen noch keine Ausnahmerechte oder Privilegien für diejenigen, die von ihnen Gebrauch machen.

Weshalb aber legen die Bonner Rüstungspolitiker überhaupt so großen Wert auf die Feststellung, bei dem in Art. 4 Abs. 3 GG verankerten Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung handele es sich um ein „Ausnahmerecht"? Ganz einfach deswegen, weil Ausnahmevorschriften nach allgemeinen juristischen Grundsätzen eng auszulegen sind (sog. restriktive Interpretation). Beim Wehrpflichtgesetz haben diese vermeintlich hier anwendbaren Grundsätze schon einige Verfassungsbeschwerden ausgelöst. Im Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes ist nämlich einfach vom Gewissen die Rede („Niemand darf gegen sein Gewissen . . ."), während der § 25 des Wehrpflichtgesetzes schon eine deutliche Einengung der freien Gewissensentscheidung enthält („Wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt . . .").

Schon der bekannte Grundgesetz-Kommentar von Mangoldt-Klein (2. Aufl. 1955, S. 225) wandte sich gegen diese Ansicht. Auch Andreas Hamann stellt in seinem Kommentar zum Grundgesetz fest, daß es sich bei der Bestimmung des Art. 4 Abs. 3

waffen — als Drohung auf sich zukommen. Wir sollten mit dem Abbau des Mißtrauens beginnen. Denn im Grunde bestehen hier wenige Geheimnisse. Wir wissen, daß der Kommunismus den Kapitalismus vernichten will und daß er der Gegner der christlichen Kirchen ist, die leider politisch zu sehr auf seiten des Kapitals und der Kanonen standen. Und drüben im Osten weiß man, daß der Kapitalismus mit Hilfe der Kirchen den Kommunismus vernichten will. Also stehen zwei Ideologien, die gefährlich sind, weil sie aus Haß und Mißtrauen genährt sind, und zwei Institutionen im Kampf gegeneinander. Ideen lassen sich nicht mit Waffen bekämpfen; sie sollen es im geistigen Wettbewerb um beste Sozial- und Kultur-Leistungen tun, aber nicht mit den Mitteln der Gewalt, die die Völker das Leben kosten und die Menschen immer mehr in Not und Verzweiflung treiben. Sie haben genug gelitten und geblutet.

Wenn wir diese Ideologien: hier Christ — dort Antichrist; hier Privatkapital — dort Staatskapital mit Kollektivwirtschaft — ausschalten, bleibt kein Grund mehr, weshalb wir nicht auch mit den Völkern und der Wirtschaft des Ostens in Verbindung treten sollten. Dort hat man uns — in Ergänzung zum Westen — bei einer krisenfesteren entwicklungsfähigeren Wirtschaft sehr viel zu bieten, im Bezug wie in der Lieferung von Waren und Rohstoffen („Der Spiegel", Heft 12, S. 34). Die sowjetischen Staatsmänner waren vor einem Jahr in London sehr gern gesehen, als sie ihre Millionenaufträge für die englische Industrie übermittelten. Denn beim Geschäft, beim wirtschaftlichen Planen gibt es keinen Unterschied zwischen Ost und West — trotz aller Ideologien. „Ganz gewiß aber ist der Kommunismus nicht der Feind unserer westlichen bürgerlichen, kapitalistischen und materialistischen Zivilisation", sagt Fulton J. Sheen, der Bischof von New York (S. 38 in „Kommunismus und Gewissen der westlichen Welt"). Soll der „Todfeind" im Osten nur die Rolle des „Erbfeindes" im Westen übernehmen?

Aber auch die Ideologien selbst rechtfertigen nicht diese starre, geradezu dogmatische Ablehnung alles dessen, was vom Osten kommt. Wir dürfen auch hier auf Fulton J. Sheen hören, der nach sehr eingehender Untersuchung zu dem Ergebnis kommt: „Nicht darum ist der Kommunismus zu fürchten, weil er widergöttlich ist, sondern weil wir gottlos sind; nicht weil er stark ist, sondern weil wir schwach sind ..." (a. a. O., S. 45). In der Tat, der Kommunismus ist in den Zeiten unserer größten Schwäche — jeweils beim Zusammenbruch der „Politik der Stärke" (1917 und 1945) — zur Macht gelangt!

Es ist nicht zu verstehen, daß man aus ideologischen Gründen heraus im Osten wirtschaftstrennende und -hemmende Gräben aufreißt, obwohl die beiden Arten von Kapitalismus in dem gleichen Streben nach guten Geschäften, nach Wirtschaftsstabilisierung und nach wirtschaftlicher Machtsicherung Hand in Hand gehen. Jedenfalls bietet der Osten bei der Wiedervereinigung wohl kaum ein w i r t s c h a f t l i c h e s Hindernis. Denn er braucht die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht zu fürchten und unsere Aufrüstung nicht zu wünschen, um uns wirtschaftlich niederzuhalten.

„unbestrittenermaßen um ein echtes Grundrecht von aktueller, nicht nur programmatischer Bedeutung"

handele. Es stehe in engstem Zusammenhang mit der in Art. 4 Abs. 1 GG garantierten Gewissensfreiheit,

„die ihrerseits wiederum eine zwangsläufige Folgerung aus dem materiellen Hauptgrundrecht des Art. 1 Abs. 1 auf Wahrung der Menschenwürde darstellt."

Es sei daher „völlig abwegig", wenn das Kriegsdienstverweigerungsrecht in der amtlichen Begründung zum Regierungsentwurf des Wehrpflichtgesetzes (Bundestag-Drucksache 61/56, S. 31) als „Ausnahmerecht" bezeichnet werde, das lediglich eine Gruppe von Wehrpflichtigen von einer allgemeinen Staatsbürgerpflicht befreie. Hamann sieht im Kriegsdienstverweigerungsrecht vielmehr

„die K o n k r e t i s i e r u n g e i n e s a l l g e m e i n e n v o r - u n d ü b e r s t a a t l i c h e n R e c h t s p r i n z i p s, das als solches der Wehrpflicht als einer vom Staat geschaffenen Ordnung im Range vorgeht und für eine solche primär die Grenzen zieht. Für eine Anwendung des allgemeinen Grundsatzes, daß Ausnahmevorschriften eng auszulegen sind, ist daher hier überhaupt kein Raum mehr." (Sperrungen vom Verfasser.)

Diesen Worten des juristischen Kommentators ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Uns würde es nur interessieren, wie die regierungstreuen Verfechter des „Ausnahmerechtes" sich aus der Schlinge zögen, wenn eines Tages — was ja theoretisch immerhin möglich ist — die Gruppe der wehrdienstverweigernden Staatsbürger, die das „Ausnahmerecht" für sich in Anspruch nehmen, größer wäre als die der wehrfreudigen Untertanen, die ihrer „allgemeinen Staatsbürgerpflicht" nachkommen.

manität durch die Legalität zur Brutalität. Kann man den Ausdruck unseres heutigen Lebensstils, der alles, was aus Gemüt und Seele kommt, verdrängt hat und auf äußere Form, Verflachung und Lebesstandard eingestellt ist, anders bezeichnen? Und dann diese peinliche Legalität, die mit ihrer eiskalten Gesetzmäßigkeit an bestem Volkstum achtlos vorübergeht! In dieser Entwicklung konnte sich ein gesundes politisches Selbstbewußtsein und kritisches Denken zu wenig entfalten. Dieser Umstand verpflichtet aber die politischen Führer zu besonderer Leistung, vor allem bei den Wahlen.

In der politischen Restauration seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts wurde das Volk um seine Rechte gebracht und in die tiefste Erniedrigung gestürzt (1945). Nun sind wir in einer neuen Restauration. Sie wird unser Volk in weitere Not bringen, wenn die Politik bei dem alten traditionellen Geist verharrt. Wir brauchen den neuen politischen Geist, der die geistigen Elemente negativen Inhalts ausschaltet. Wir brauchen aber auch den Geist, der auf unser Volkstum bezogen ist. Die Wahlen müssen daher das erste Ziel haben, daß unsere Politik vom d e u t s c h e n Volksinteresse her bestimmt wird, unabhängig von Wünschen und Interessen der Westmächte oder des Ostblocks oder Roms. Es könnte uns aber ein Vorbild im Geiste Gandhis gegeben sein, dem es als dem führenden Politiker des 20. Jahrhunderts gelungen ist, die Grundforderungen der Humanitätsgesinnung und der Wahrung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten in der Verbindung mit einer weltweiten Religiosität, wie sie nur der christlichen Lehre eigen ist, in der Bürokratie des Kirchentums aber leider verkümmern mußte, politisch in Aktion zu setzen. Die politische Leistung Gandhis steht einzig in der Welt. Sie ist Richtschnur der Weltpolitik geworden, ja sogar die Voraussetzung zur Erhaltung der Menschheit in den Atomgefahren.

Mehr als sonst ist es notwendig, daß man mit der inneren Hingabe und der Gläubigkeit eines Gandhi an die Probleme herangeht. Wer sie mit Widerwillen und Unbehagen angreift, wird nie zum Erfolg kommen. Das hemmt auch die politische Arbeit.

Wenn wir uns auf die Höhen des Geistes aufzuschwingen vermögen, wie ihn E. Diesel fordert — eine Geistesvollendung, die uns über die Interessen-Bindungen und Feindschafts-Hemmungen hinausträgt — werden wir in den Wahlen die beste Vorarbeit für die kommenden Dinge leisten und die richtigen Ansatzpunkte finden für die Wiedervereinigung, für die übrigen Ostfragen und vor allem für den Friedensvertrag, der unserem Volk schon viel zu lange vorenthalten wird.

Die Probleme sind alle zu lösen. Man muß nur heraus aus den Vorbehalten und stillen Hemmungen, damit man in geistiger Anpassung an die Dinge auf die Ebene gelangt, von der aus sie allein zu lösen sind.

Politik ist nicht mehr die „Kunst des Möglichen" in bezug auf das Eigeninteresse, sondern weit mehr die „P f l i c h t d e s N o t w e n d i g e n" auf das Interesse des Ganzen bezogen.

Denken wir daran gerade im Wahljahr 1957!

Dr. H e i n z S i t t a

Rüstung und Frieden

In letzter Zeit hören wir vielfach die Meinung, es werde keinen dritten Weltkrieg geben, weil jeder der beiden Machtblöcke die Gefahr sehr genau kenne, der er sich auch in einem schließlich siegreichen Kriege aussetzen würde. Die Entwicklung der modernen Waffen, so wird argumentiert, macht den Krieg zu einem zu großen Wagnis. Jede der beiden Seiten weiß, daß die andere Macht selbst nach einem plötzlichen Überfall noch die Mittel zu wirkungsvollen Gegenschlägen hätte und daß ein Sieg daher mit fast völliger Vernichtung auch des eigenen Volkes und Landes bezahlt werden müßte. Ständige Rüstung sei notwendig, um den Gegner stets an dieses Risiko zu erinnern.

Dieser scheinbar bestechend logische Gedankengang ist in Wirklichkeit sehr gefährlich. Denn zunächst müßte man fragen: besteht nicht die Gefahr, daß die gegenwärtige „Sicher-

heit" — die auf einem Gleichgewicht der Vernichtungsmittel beruht — nur so lange erhalten bleibt wie eben jenes Gleichgewicht? Stärke bedeutet heute technische Überlegenheit, hängt also von Faktoren ab, die ständigen Veränderungen unterworfen sind. Nun ist es sehr wahrscheinlich, daß die Entwicklung der modernen Waffen, die ja keinen Stillstand kennt, zu irgendeinem Zeitpunkt einem der beiden Gegner wenigstens vorübergehend die absolute militärische Überlegenheit gibt. Dann aber ist zu befürchten, daß er diese günstige Situation (die ja in absehbarer Zeit beendet sein kann oder wird) zu einem Vernichtungsschlage gegen die im Augenblick unterlegene Macht ausnützt. Unberechenbare Faktoren spielen eine große Rolle im Prozeß der naturwissenschaftlichen Entdeckungen und technischen Erfindungen, heute kann diese, morgen jene Seite überlegen sein, und auch ein Staat, der im Grunde keinen Krieg wünscht, könnte dadurch versucht sein, den Augenblick der Überlegenheit militärisch wahrzunehmen, um nicht zu einem späteren Zeitpunkt das Opfer eines Überraschungsangriffs von der Gegenseite zu werden.

Davon ganz abgesehen, geht aber die optimistische Bewertung der „Abschreckung durch Aufrüstung" von der durch die Geschichte vielfach widerlegten Annahme aus, daß der Mensch seine Entscheidungen stets auf Grund rationaler Überlegungen und kühlen Abwägens von Für und Wider trifft. Wäre das richtig, würde in der Tat die Einsicht in die Sinnlosigkeit eines Krieges genügen, um den Frieden zu sichern. In Wirklichkeit spielen Vorstellungen und Gefühle auch in der Politik eine weit größere Rolle, als die meisten annehmen. Eine der gefährlichsten Grundstimmungen, die Menschen wie Staaten oft zu ihren Handlungen veranlaßt, wird gerade durch Vorsichtsmaßnahmen des möglichen Gegners begünstigt — es ist die Angst. Unübertrefflich hat der italienische Historiker Ferrero diese Entwicklung dargestellt:

> „Sobald zwei menschliche Gruppen in Berührung kommen, mißtrauen und fürchten sie einander wie die Individuen und aus dem gleichen Grunde: wegen der Waffen, die jede Gruppe besitzt. Die andere Gruppe hat keine bösen Absichten; wenn sie diese aber doch hätte? Sie hat sie heute nicht; wenn sie diese aber morgen haben würde? Vorsicht ist Gebot: man muß sich rüsten und den Führern gehorchen, die die Verteidigung organisieren. Doch diese Verteidigungsmaßnahmen erscheinen der anderen Gruppe immer als eine Drohung. Ihr gegenseitiges Mißtrauen spiegelt ihre Furcht wider, wie zwei einander gegenüber aufgestellte Spiegel bis in die Unendlichkeit die Bilder wiedergeben. In diesem Spiegelspiel der Furcht wurzelt der kosmische Ursprung des Krieges. Die Habsucht und der Ehrgeiz kommen später: Rechtfertigung oder begehrter Preis für die Mühe, Folgen und nicht Ursachen des Krieges, deren Anbeginn in der Furcht liegt." [1]

Daß es sich bei dieser Schilderung nicht um eine Konstruktion ohne Zusammenhang mit der Wirklichkeit handelt, beweist ein Blick in die Geschichte. Die Vorgeschichte des ersten Weltkrieges ist die beste Illustration zu Ferreros Darstellung. Heute ist es fast ein Gemeinplatz geworden, daß die letzte Ursache dieses Krieges der Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Rußland auf der Balkanhalbinsel gewesen sei. Seit dem Berliner Kongreß von 1878 oder mindestens seit der Bosnischen Krise von 1908 wäre der schließliche Konflikt unvermeidbar gewesen. Diese Entwicklung scheint also seit Jahren vorgezeichnet gewesen zu sein. In Wirklichkeit haben auch führende Staatsmänner jener Zeit die Lage weit weniger pessimistisch gesehen. So hat der Erzherzog Franz Ferdinand, der heute meistens als ein Vertreter eines „harten Kurses" in der österreichischen Außenpolitik betrachtet wird, während der Balkanwirren von 1912/13 den Gedanken eines Präventivkrieges und erst recht den an eine Eroberung serbischen Bodens von sich gewiesen. Zu Beginn des Jahres 1913 erklärte er ausdrücklich: „Ein Krieg mit Rußland ist unser Ende. Wenn wir gegen Serbien auftreten, so steht Rußland hinter ihm, und wir haben den Krieg mit Rußland. Sollten sich der Kaiser von Österreich und der Zar gegenseitig vom Throne stoßen und der Revolution freie Bahn geben?" [2]. Und noch wenige Tage vor seiner Ermordung am 28. Juni 1914 wollte er Kaiser Wilhelm „zur Erwägung stellen", ob man nicht das Dreikaiserbündnis mit Rußland neu erstehen lassen solle [3].

Im Juli 1914 hat mehr als alle tatsächlichen Gegensätzlichkeiten die überhitzte Atmosphäre jener Tage zum Kriegsausbruch geführt. „In dem Bemühen, den Krieg zu verhindern, war soviel von ihm gesprochen und an ihn gedacht worden, daß er immer näher herangefürchtet wurde. Einmal mußten die dünngeriebenen Nerven reißen" [4]. War es Sensationslust oder Nervosität, die den „Berliner Lokalanzeiger" am 30. Juli mittags dazu veranlaßte, die Mobilisierung der deutschen Armee und Flotte anzukündigen? Diese Nachricht, die von der russischen Botschaft sofort nach St. Petersburg gemeldet wurde, trug

wesentlich zur russischen Mobilmachung und zu der dadurch hervorgerufenen Spannung bei. Als der Zar, erschüttert durch die Ahnung kommenden Unheils, die Mobilisierung rückgängig zu machen befahl, weigerten sich die Führer seiner Armee, ihm zu gehorchen, da eine Störung des Aufmarsches die gefährlichsten Folgen haben könne. Die fast pathologische Angst vor einem zeitlichen Vorsprung des Gegners hat damals vielleicht mehr als alles andere die Entschlüsse der leitenden Politiker bestimmt.

Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges scheint allerdings Ferreros These zu widersprechen. War nicht Hitler unter allen Umständen entschlossen, Europa zu unterwerfen, und hat ihn nicht die Nachgiebigkeit der Westmächte in der Sudetenkrise erst recht zum Vorgehen gegen die übrige Tschechoslowakei und gegen Polen ermutigt? Es darf aber nicht vergessen werden, daß zwar die nationalsozialistische Bewegung ihrer Natur nach aggressiv war, daß aber das deutsche Volk in seiner Mehrheit ihre Machtpläne nicht teilte, sondern aus Schwäche oder auch aus ehrlicher Sorge um den Bestand und die Sicherheit Deutschlands den Krieg Hitlers unterstützte. Der Nationalsozialismus läßt sich jedoch nicht verstehen, wenn man ihn nicht als Folge der bitteren Jahre betrachtet, die der Weimarer Republik durch die Siegermächte bereitet worden waren. Hätten diese nach dem ersten Weltkriege der jungen Republik ihr Vertrauen geschenkt, hätten sie — anstatt einseitig Deutschland zu schwächen — ihren Versprechungen gemäß gleichfalls abgerüstet, dann wäre Hitler wahrscheinlich gar nicht zur Regierung gekommen, und der zweite Weltkrieg wäre uns erspart geblieben.

Zweifellos hat der Bolschewismus vieles mit dem Nationalsozialismus gemeinsam, aber es wäre verfehlt, daraus die Unvermeidlichkeit eines Krieges zu folgern. Selbst wenn man weiß, daß der Kommunismus eine Ausbreitung über die ganze Welt erstrebt, wie seine Führer selber ganz offen erklären, ist dabei doch eher an den Versuch einer allmählichen Eroberung durch Propaganda und Ausnutzung bestehender Mißstände oder Ressentiments zu denken als an eine militärische Aggression. Daß der Bolschewismus weit größere Aussichten als der Nationalsozialismus hat, sich ohne Krieg auszubreiten, läßt sich nicht bestreiten.

Kriege entstehen heute weniger, weil sie gewollt, als weil sie für unvermeidbar gehalten werden. Neben den Optimisten, die den Frieden durch die modernen Zerstörungsmittel gesichert sehen, treten die Pessimisten, die an ihm überhaupt verzweifeln. Eine Haltung ist so falsch wie die andere. Es kommt darauf an, nicht durch irgendwelche Mechanismen die Menschen vor den Auswirkungen ihrer bösen Gesinnung zu schützen, sondern diese selbst unermüdlich zu bekämpfen. Die Hoffnung darauf darf niemals aufhören, so lange es hüben und drüben noch M e n s c h e n sind, die da handeln und entscheiden.

Auch unter den leitenden Staatsmännern wird es immer gegensätzliche Beurteilungen der Lage und der erforderlichen Schritte geben. Es darf angenommen werden, daß sich auch heute unter den führenden Männern beider Machtblöcke ebenso Befürworter des Friedens finden wie Anhänger eines Präventiv- oder gar Eroberungskrieges. Jene gilt es zu stützen, diese zurückzudrängen.

Es läßt sich leicht denken, daß die Haltung des Auslandes in der Frage, welche der jeweiligen Auffassungen sich schließlich durchsetzen wird, von großer Bedeutung ist. Presse und Rundfunk werden auch auf der Gegenseite gelesen oder gehört und von ihr bei der Beurteilung der Situation berücksichtigt. „Was uns seit hundert Jahren nervös und des Teufels gemacht hat, ist vor allem die Presse, nicht sowohl durch ihre beständigen tatsächlichen Lügen, als durch die Über- und Unterschätzung, die falsche Beleuchtung, welche sie allen Dingen angedeihen läßt ... Wenn der Aneinanderhetzereien von Völkern und Parteien von heute an, auch nur auf ein Jahr, Stillschweigen geboten würde, ganz Europa würde in einen gesunden Schlaf versinken und zu Ostern 1894 genesen von allem Revanche- und Point d'honneur-Fieber erwachen" [5]. Welche Macht hat die Presse allein durch die Wahl der jeweiligen Überschriften, die in unserer gehetzten Zeit wahrscheinlich mehr die politische Meinung bestimmen als der ausführliche Text der Nachrichten und Kommentare — vor allem, weil sie das Unterbewußtsein ansprechen und beeinflussen!

Hier liegen die Aufgaben einer ehrlichen Friedensarbeit. Wir möchten glauben, daß gerade das deutsche Volk — einstmals Träger des Reiches, das „pax et iustitia" schirmte — dazu besonders berufen ist. Die Lage unserer Heimat in der Mitte Europas mag ein Glück oder ein Unglück sein, jedenfalls ist sie eine Verpflichtung. Vor allem aber lastet auf uns das Erbe jener Jahre des Nationalsozialismus und des von Hitler verursachten Krieges,

der letzten Endes Europa dorthin gebracht hat, wo es heute steht, und der auch der Sowjetunion die Möglichkeit gegeben hat, ihre Truppen bis zum Harz und bis zur Rhön vorrücken zu lassen. Die Frage der Kollektivschuld soll hier nicht aufgeworfen werden, aber wer stolz darauf ist, die Sprache Goethes und Schillers zu sprechen, kann nicht gleichgültig gegenüber dem sein, was Menschen seines Volkes bewirkt haben, auch wenn er persönlich keine Schuld daran trägt. Er wird bemüht sein, zu retten, was gerettet werden kann, und er wird niemals die Hoffnung aufgeben dürfen, daß es noch immer möglich ist, eine Atmosphäre des Friedens zu schaffen. Es war kein weltfremder Schwärmer, sondern einer der klügsten „Realpolitiker", der einmal gesagt hat:

„Nichts ist wirkungskräftiger als Vertrauen" (Talleyrand).

Quellenangaben:
1. Guglielmo Ferrero: Macht (Bern, 1944), S. 63 ff.
2. Rudolf Siszling: Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este (Graz — Köln, 1953), S. 196.
3. ebenda: S. 278.
4. Hans v. Hentig: Der Friedensschluß (Stuttgart, 1952), S. 277.
5. Jakob Burckhardt: An Friedrich v. Preen, am 1. April 1893.

Wirtschaft

Das Vertragswerk von Rom und der binnendeutsche Handel

Wir haben den Verfasser des Wirtschaftsaufsatzes im Märzheft der „Blätter", Herrn G. B. Kummer, gebeten, sich noch einmal zum Problem des Gemeinsamen Markts, und zwar mit besonderer Berücksichtigung des Interzonenhandels, zu äußern.
Die Redaktion der „Blätter".

Würde Sartre nochmals vor der Aufgabe stehen, „La grande nausée" („Der große Ekel") zu verfassen, und zwar heute, wer weiß, ob er dieses Thema nicht an der sog. Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft „aufhängen" würde! Denn schon unmittelbar nach der höchst unziemlich beschleunigten Unterzeichnung der Verträge in Rom gibt es eigentlich niemand mehr, der sich offen oder gar bereitwillig zur Vaterschaft an den Projekten von Euratom und Gemeinsamem Markt bekennt, während immer mehr und immer lautere Stimmen ertönen, die an dem in Brüssel gezeugten und in der italienischen Hauptstadt aus der Taufe gehobenen Kinde unaufhörlich neue Geburtsfehler und bedenkliche Erbanlagen entdecken.

In Holland z. B., dem nördlichsten Partner, gehen Politiker und Wirtschaftler mit mehr als pessimistischen Empfindungen an die parlamentarische Durchberatung der einschlägigen Gesetze. Die sach- und fachkundigen Männer haben nämlich erkannt, daß die gesamten Auswirkungen für die Niederlande und ihre nationale Wirtschaft sehr ungünstig sind und daß der Vorsitzende der Rotterdamer Handelskammer sich noch sehr zurückhaltend geäußert hat, als er die Verträge „einen Sprung ins Dunkle" nannte. Bei dem südlichsten Vertragspartner, dem italienischen, ist der europäische Firnis an Euratom und Wirtschaftsgemeinschaft längst abgekratzt, und man spricht offen von der Hoffnung, mit beiden Abmachungen den deutschen Konkurrenten sehr wirksam an die Kette gelegt zu haben und das Gespenst unseres Wettbewerbes auf dem Weltmarkt gebannt zu finden — die größte Wochenzeitung des Landes, die „Epoca", bejaht das Vertragswerk einzig wegen der Möglichkeit, ebenso wie die Franzosen eine Unzahl von Ausweichklauseln garantiert zu finden, die man so intensiv wie nur möglich zu nutzen gedenkt.

In der Tat — von „europäisch" und „Gemeinschaft" und „Wirtschaft" ist blitzwenig übriggeblieben! Selbst für Westeuropa ist nur eine weitere Unterteilung erfolgt, also praktisch eine dritte oder vierte Teilung des Kontinents. Gemeinschaft —? Die

neu errichtete Zollmauer etwa widerspricht eindeutig den westdeutschen Interessen und hat unserer Wirtschaft eigentlich nur als Zugeständnis abgerungen werden können, weil sie das Odium fürchtet, als nicht genügend europäisch orientiert und zu wenig gemeinschaftswillig hingestellt zu werden. Und sogar von den großen Sektoren der Wirtschaft sind die meisten aus den Verträgen „ausgeklammert" worden, einzig einige wirtschaftspolitische und handelstechnische Dinge hat man behandelt und geregelt, während beispielsweise die Franzosen munter weiter mit ihrer inflationistisch ausgehöhlten Währung manipulieren und die Rechnung für solche Eskapaden allen Partnern präsentieren dürfen, d. h.: vor allem uns. Begreifen wir nun, daß der Bundeswirtschaftsminister die Verträge (notabene: v o r ihrer Erörterung im Bundestag!) einen „volkswirtschaftlichen Unsinn" und eine „europäische Inzucht" genannt hat? Wird uns nun klar, warum unser Außenminister in diesem Zusammenhang erneut das „Primat der Politik" vor der Wirtschaft beschwören mußte, um die berechtigten ökonomischen Einwände zu übertönen? Und ermessen wir jetzt die besondere Pikanterie der Tatsache, daß ein so kluger und geschäftstüchtiger Mann wie Herr Pferdmenges ausgerechnet die Abwesenheit des Bundeskanzlers benutzt hat, um eine lebhafte Initiative zur Belebung ausgerechnet des — Osthandels zu entfalten und solcherart zu dokumentieren, was er, der besondere Vertraute des Kanzlers für Wirtschaftsfragen, von den römischen Verträgen hält —??

Eine besondere Sorge, die darin bestand, daß aus der neuen Bindung eine zusätzliche Erschwerung im Wirtschaftsverkehr zwischen beiden deutschen Teilstaaten erwartet werden mußte, scheint allerdings gegenstandslos geworden zu sein, nämlich die Befürchtung, an die Stelle der bisher immer noch bestehenden Zolleinheit würde zur politischen Trennung auch noch eine zollmäßige treten. Und dennoch sage ich absichtlich nur, es s c h e i n e so, und zwar mit guten Gründen.

Am 27. März fand zwischen berufenen Vertretern des Interzonenhandels in Hannover eine Aussprache statt, in der auch diese Frage behandelt wurde, sehr offen und in einem erfreulich guten (wenn auch leider sehr selten gewordenen) „Klima" der Diskussion. Darauf wird vielleicht ein anderes Mal näher einzugehen sein — hier sei nur festgehalten, daß der westdeutsche Hauptsprecher, Ministerialrat Dr. Woratz vom Bundeswirtschaftsministerium, einmal mehr die beruhigendsten Versicherungen abgab, es werde sich an der prinzipiellen Zollgemeinschaft zwischen DDR und Bundesrepublik nichts ändern, das sei vertraglich über jeden Zweifel hinaus festgelegt. Demgegenüber konnte Professor Freund aus Ostberlin — der Jahre hindurch die Wirtschaftsverhandlungen als Delegationschef geleitet hat — als wichtigster Sprecher der anderen Seite nur der Hoffnung Ausdruck geben, es möge auch wirklich so sein, wie Dr. Woratz verheißen habe . . .

Inzwischen sind die entsprechenden Bestimmungen, in einem Protokoll zum Vertrag über den Gemeinsamen Markt zusammengefaßt, bekanntgeworden, und da kann man nur sagen, daß der von Professor Freund geäußerte Pessimismus und Skeptizismus durchaus nicht als gegenstandslos erscheint — — vielmehr gewichtige Gründe für sich hat.

a) Der erste Punkt dieses Protokolls bestätigt, daß die Anwendung des neuen Vertrages in Deutschland keine Änderung im S y s t e m des Interzonenhandels mit sich bringe. Es bleibt also etwa bei der Grundlage des Berliner Vertrages von 1951 über den beiderseitigen Warenaustausch, der zur Zeit des massiven kalten Krieges mühsam ausgehandelt wurde und längst sehr gründlich den veränderten Gegebenheiten hätte angepaßt werden müssen. Es bleibt auch bei dem Schachern um Lieferungen und Bezüge, um Ausschreibungsfristen und Kontingente, und es bleibt vor allem bei der künstlichen Valuta der VE (Verrechnungs-Einheit) sowie dem westdeutscherseits rigoros und vernunftswidrig manipulierten, künstlich niedrig gehaltenen Kurse der DM (Ost) gegenüber unserer Währung.

b) Deutlicher wird schon Punkt zwei des Protokolls. Jeder Mitgliedsstaat des Gemeinsamen Marktes u n t e r r i c h t e t die anderen über seine Abkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik, er a c h t e t darauf, daß dabei keine Verstöße gegen das römische Vertragswerk unterlaufen, und insbesondere t r i f f t e r V o r k e h r u n g e n, um etwa daraus resultierende Schädigungen der Wirtschaft seiner Vertragspartner zu vermeiden. Das klingt ganz hübsch, bedeutet aber, daß wir ganz auf den guten und ehrlichen Willen der anderen Länder angewiesen sind . . . und ob dieser Wille — angesichts der einleitend

wiedergegebenen Tendenzen in Italien und erst recht in Frankreich — wirklich so g a n z gut und ehrlich gegenüber der Bundesrepublik ist, bleibt füglich zu bezweifeln.

c) Und dann bringt der letzte Protokollpunkt einen „ganz dicken Hund" von Vorbehalt. Danach ist jeder Partner des Vertragswerks von Rom berechtigt, „g e e i g n e t e M a ß n a h m e n" zu treffen, damit ihm aus dem Interzonenhandel keine „S c h w i e r i g k e i t e n" erwachsen. Schon heute dürfen wir unbedenklich jede Summe gegen einen Kirschkern wetten, d a ß sich solche „Schwierigkeiten" zeigen und derartige „geeignete Maßnahmen" als notwendig erweisen werden. Und glaubt jemand im Ernst, man werde sich in Bonn gerade hierbei als sehr hart im Nehmen zeigen und bereit sein, echte Opfer für die Erhaltung und Vermehrung des Warenverkehrs mit der DDR zu bringen? Denn die Deutsche Demokratische Republik besteht „offiziell" doch gar nicht! Also wird man einmal mehr nachgeben, im Interesse „Europas" und seiner angeblichen „Wirtschaftsgemeinschaft" — und auf Kosten der Deutschen auf der anderen Seite.

Da konnte es mir, und nicht etwa nur mir unter den Teilnehmern des Gesprächs von Hannover, nur als sehr „billige" Geste erscheinen, wenn Dr. Woratz abschließend bat, die DDR möge künftig nicht weiter wie bisher etwa 75 % ihres Wirtschaftsprodukts in ostwärtiger Richtung disponieren, sondern mehr zur Belebung des Interzonenhandels tun. Bonn sehe im vermehrten Warenaustausch hinüber und herüber eine Vorstufe zur Wiedervereinigung. Wie schön wäre es, wenn das zuträfe! Aber — unterschreibt man dann solche Gummiklauseln zu Ungunsten dieses Güterverkehrs? Glaubt man ernstlich, nach Europa zu kommen, bevor man Deutschland erreicht hat? Oder hält man regierungsseitig das römische Zusatzprotokoll wirklich für einen Schritt auf dem Wege zum „binnendeutschen Handel", wie ihn der Westberliner „Kurier" bezeichnete?

Viel eher steht angesichts dieser Gegebenheiten zu befürchten, daß Rom auf dem Wege zur gesamtdeutschen Wirtschaft und über sie zum gesamtdeutschen Staat nur neue Hindernisse zu den alten aufgetürmt hat.

G. B. Kummer

Berichte und Briefe aus dem Ausland

Mexikos Katzenkrieg für Algerien

Trotz der leichten und plauderhaften Form dieses Berichts haben wir geglaubt, ihn unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen: denn er deutet einen in den westlichen Ländern gern übersehenen Hintergrund zum Tagesgeschehen an, die weltweite Solidarität gegen antiquierte Methoden kolonialistischer Bedrückung.

Die Redaktion der „Blätter"

Drohend hängen an der riesigen Universitätsstadt von Mexico City überall Plakate studentischer Organisationen mit der Überschrift „Barbarie Francesa" (Französisches Barbarentum), und sie fordern: „Sehen Sie sich keine Filme der Mörder des Volkes von Algerien an! Hören Sie keine Vorträge der Mörder des algerischen Volkes! Lesen Sie keine Bücher der Mörder von Algier; Boykott!" Und dieser Boykott wird befolgt. Auch in der eleganten Avenida de la Reforma, im Wolkenkratzerviertel, im wundervollen Park von Chapultepec, an jedem Kino findet man Plakate und Klebezettel: „Mexiko kann sich niemals mit den verbrecherischen Franzosen einig fühlen, die das für seine Freiheit kämpfende Volk von Algerien massakrieren" oder „Herr Guy Mollet! Mexiko erlitt eine französische Invasion, und sein Volk vereinigte sich, um euren Imperialismus zu bekämpfen — heute kämpft das algerische Volk um Befreiung von der französischen Herrschaft, und Mexiko wird es in seinem Kampf um die Freiheit unterstützen!" Die großen Studentenverbände ULA, FUA und FEU (auch hierzulande grassiert

die Abkürzungsseuche) vereinigen sich immer wieder zu eindrucksvollen Demonstrationen für Algerien und gegen Frankreich, und mehr als einmal mußte die Polizei einschreiten, um massive Apostrophierungen amtierender Staatsmänner zu verhindern, so z. B. bei der Beschlagnahme eines Plakats mit der Aufschrift „P.P.P. = Pineau Puerco Pestifero!" (wobei puerco ein sehr nützliches fettes Haustier meint und pestifero für pestilenzialisch, ansteckend o. ä. m. steht).

Ein derartiger Demonstrationszug von Studenten und Jungarbeitern erschien kürzlich auch vor der Botschaft Frankreichs, und hier sollen unter dem Steinhagel der empörten Teilnehmer drei — an den Geschehnissen in Nordafrika einwandfrei unschuldige — Kätzchen den Tod gefunden haben. Prompt wurde das „Movimiento pro Libertad de Algeria" (Bewegung für die algerische Freiheit) beschuldigt, an diesem Katzenmassaker die Schuld zu tragen. Mit großer Geste sandte daraufhin der Präsident dieser Organisation, Don D. Velasquez, an den französischen Botschafter 20 mexikanische Pesos und schrieb dazu: „Mit großer Verwunderung unsererseits haben wir aus der Presse erfahren, daß boshafterweise drei Kätzchen ihrer Botschaft ermordet worden seien. Dieselbe Presse stellt als die angeblich Schuldigen für dieses nichtswürdige Verbrechen die mit der Sache Algeriens Sympathisierenden hin. Unsere Bewegung steht diesem Morde fern, zumal wir ja wissen, daß man den Tod verächtlicher algerischer Rebellen nicht mit der grausamen Ermordung dreier ruhmvoller Kater vergleichen kann. Dennoch, und weil in der Geschichte schon ein Konflikt zwischen Mexiko und Frankreich aus einer gleichermaßen schwerwiegenden Ursache verzeichnet ist — wir beziehen uns hier auf den sogenannten Kuchenkrieg — und zur Vermeidung internationaler Weiterungen übersenden wir Ihrem Postgiro 87 0 83 den Betrag von 20 mexikanischen Pesos, damit von diesem Betrag andere Kater beschafft werden können. Ohne mehr für heute versichern wir Sie unserer aufmerksamen Hochachtung — pp."

Studentische Vereinigungen haben sich an den Präsidenten des Landes mit der Forderung gewandt, Mexiko müsse die algerische Sache in der UNO unterstützen — die Gewerkschaft der mexikanischen Telegraphenarbeiter erhob geharnischten Protest „gegen die blutige Ausmordung des leidenden Volkes von Algerien durch die Schergen des französischen Imperialismus" — auf die Tür der Botschaft Frankreichs, Calle Havre 15 im eleganten Stadtteil Colonia Juárez, malten unbekannte Täter: „Es lebe das freie Algerien — Frankreich verrecke!" — die ORIT (Organisacion Regional Interamericana de Trabajadores), der in ganz Lateinamerika etwa 25 Millionen Arbeiter angehören, haben die Vereinten Nationen telegraphisch aufgefordert, sie möchten einen „höchst energischen" Druck auf Frankreich ausüben, damit es den Algeriern Freiheit und Unabhängigkeit gewähre — die großen Zeitungen Mexikos wie „Universal Grafico", „Excelsior", „El Popular" u. a. m. nehmen immer wieder in Meldungen, Artikeln und Kommentaren Stellung gegen „die französischen Massenmörder, Killer und Kolonialisten" und für die Träger des heldenhaften Freiheitskampfes in Nordafrika — — — was steckt dahinter? Was hat Mexiko mit dem so weit entfernten Algerien zu tun?

Nun, diese Volksstimmung ist ebenso spontan entstanden, wie sie immer aufs neue spontan ausbricht. Gewiß gibt es im Lande eine kleine Kolonie von Arabern, aber diese kleinen Kaufleute und Handwerker, Händler und Hausierer sind durchweg Syrer oder Libanesen und politisch absolut indifferent. Wenn es darüber hinaus hundert echte Algerier in ganz Mexiko gibt, so ist das sehr hoch gegriffen. Es fehlt auch völlig an geheimnisvollen Drahtziehern, vielleicht gar unter dem Schutze irgendeiner diplomatischen Exterritorialität, denen man die Erregung der Volksmeinung durch Propaganda, reiche Geldmittel usw. zur Last legen könnte. Nein — hier geht es um die unverfälschte und unbeeinflußte Äußerung des Volkswillens!

Als Anfang der sechziger Jahre im vorigen Jahrhundert Kaiser Napoleon III. die klerikale Partei Mexikos zu unterstützen begann und eine französische Armee übers Meer schickte, die den österreichischen Erzherzog Maximilian zum Kaiser des Landes machen und der Kirche ihren riesigen, vom Staate nationalisierten Latifundienbesitz zurückerobern sollte, zogen sich die Franzosen durch ihr Verhalten — obenan infolge der abscheulichen Plünderungen und Ausschreitungen in der Stadt Puebla — den siedenden Haß der Mexikaner zu. Und dieses Volk ist seiner Natur nach rachsüchtig. Der Mexikaner ist jedem, der ihn anständig, achtungsvoll und entgegenkommend be-

handelt, ein treuer Freund, doch ebenso beharrlich und unversöhnlich in seinem Haß gegen persönliche oder nationale Feinde, und die Abneigung gegen Frankreich ist generationenlang weitergegeben worden. Was solcherart als Funken unter der Asche glomm, ist durch die Kämpfe des algerischen Volkes jetzt wieder zu hellen Flammen aufgelodert.

Hinzu kommt noch ein anderes. Die mexikanische Jugend fühlt sich sehr bewußt als Erben der Azteken und Vorkämpfer des indianischen Erbes gegen jeden Kolonialismus. Wo auch immer in der Welt ein Volk gegen Fremdherrschaft streitet, fliegen ihm im Namen Montezumas und Guatemozins (des letzten, tragisch untergegangenen Aztekenkaiser) die jungen Herzen dieses Volkes zu. Ginge es einzig nach dem Willen der mexikanischen Studenten, würden sie in der Universitätsstadt von Mexico City studierende Delegationen aus allen unterdrückten Nationen aufnehmen, „damit sie hier die kompromißlose Liebe zur Freiheit und den Abscheu gegen Kolonialismus und Imperialismus lernen", wie es in einer von vielen ähnlichen Proklamationen heißt.

Diese Flamme echter Begeisterung glüht — wie könnte das unter den gewaltigen nationalrevolutionären Fresken von Diego Rivera in der Universitätsstadt auch anders sein? — für den Gedanken der nationalen Freiheit. Man würde sich sehr irren, wollte man versuchen, diese antikolonialistischen Strömungen in Mexiko — die parallele Erscheinung z. B. auch in den alten Inka-Ländern Bolivien und Peru geweckt haben — mit kommunistischen Tendenzen gleichzusetzen oder auch nur in Verbindung zu bringen. Diese Bewegungen sind zuerst und zur Gänze national, national schlechthin. Denn sie postulieren: „So lange ist diese Welt nicht frei, wie auch nur eine Nation noch die Dienerin einer anderen sein muß, noch ein Besatzungssoldat eines Landes auf dem Boden eines anderen steht, noch einem einzigen Volke das Selbstbestimmungsrecht versagt wird!"

Und ganz tief am Grunde brennt in den Herzen die Feindschaft gegen den „Coloso del Norte", den Riesen im Norden, die USA, schwelt alte aztekische Romantik, lebt das Feuer der großen Revolutionen unter Zapata und Pancho Villa. Es war kein Zufall, sondern ein echtes Symbol — als die Demonstrationszüge "Para la Libertad de Algeria!" (Für Algeriens Freiheit) gegen die französische Botschaft einschwenkten, erklang das alte Sturmlied:

„Mueran los traidores al dia de la ultima razon!
Los caballeristas de Pancho Villa van marchese a la revolucion —"

(Es sterben die Verräter am Tage der letzten Entscheidung. Die Reiter Pancho Villas ziehn für die Revolution ins Feld — — —)

Wer die Bewegung in den kolonialen und halbkolonialen Massen der Welt beobachtet und verstehen will, tut gut daran, das helle Feuer in der Seele des alten Anahuac (Aztekenland) nicht zu übersehen . . .

Renato Suarez Garcia, Mexico City

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die deutschen Atomforscher appellieren

Der am 12. April an die Bundesregierung und an die deutsche Öffentlichkeit ergangene aufsehenerregende Appell der 18 deutschen Kernphysiker hat folgenden Wortlaut:

„Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministerien ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlen sich daher verpflichtet, ihrerseits auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

Erstens: Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben.

Als ‚taktisch' bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als ‚klein' bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten ‚strategischen' Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

Grenzenlose Wirkung

Zweitens: Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebenausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebietes zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen. Unsere Tätigkeit, die der Tätigkeit der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.

Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig. Und wir halten die Gefahr im Falle ihres Versagens für tödlich.

Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Professor Fritz Bopp, Professor Max Born, Professor Rudolf Fleischmann, Professor Walther Gerlach, Professor Otto Hahn, Professor Otto Haxel, Professor Werner Heisenberg, Professor Hans Kopfermann, Professor Max von Laue, Professor Heinz Maier-Leibnitz, Professor Josef Mattauch, Professor Friedrich-Adolf Paneth, Professor Wolfgang Paul, Professor Wolfgang Riezler, Professor Fritz Straßmann, Professor Wilhelm Walcher, Professor Carl-Friedrich von Weizsäcker, Professor Karl Wirtz."